





# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Mit Augenmaß

Von Günther Bading

Der erste Tarifvertrag über eine Vorruhestandsregelung nach dem Muster des neuen Gesetzes zur Regelung solcher „Tarifrenten“ ist unter Dach und Fach. Was die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) am 10. April unterzeichnete, ist nur eine Vorstufe zu jenem Rahmen, den das Blümche Gesetz gezogen hat. Und im Baugewerbe haben Verhandlungen über eine Tarifrente erst begonnen.

Es wäre eigentlich gar nichts Besonderes an diesem Vertragsabschluß, denn er ist der Zielpunkt eines konsequent vom Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, verfolgten Weges zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Ein normaler Vorgang – viele der Vertragsabschlüsse nicht zusammen mit der Urabstimmung über Arbeitskämpfe zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverzicht in Hessen und mit der heutigen Entscheidung des IG Metall-Vorstands, wann dort und in Baden-Württemberg zum Streik aufgerufen werden soll.

Im Prinzip hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall der mächtigen Metallergewerkschaft dasselbe Angebot gemacht. Wenn das Metall-Eingangsgelohn 70 statt der von der NGG vereinbarten 75 Prozent des letzten Monatsbruttolohns als Tarifrente vorsieht, so stünde diesem Vertrag nicht entgegen. Das Angebot der Metall-Arbeitgeber war längst nicht „ausgereizt“. Gleich wären in beiden Fällen auch die „Gegenleistung“ der Gewerkschaft. Die NGG hat die Arbeitszeit-Rahmenverträge – im Klartext: 40 Stunden pro Woche – bis 1988 verlängert. Genau dies verlangte auch Gesamtmetall.

Den Weg der kleineren Gewerkschaft hat die mächtige, von ihren Funktionären auf die 35-Stunden-Woche eingeschworene IG Metall sich verbal verbaut. Und es wird sicherlich erst einmal zum Streik kommen. Welcher Spitzenfunktionär möchte sich schon vorwerfen lassen, er habe nicht genügend um die „Jahrbuch-Forderung“ der 35-Stunden-Woche gekämpft? Dödings Tarifabschluß mit Augenmaß wäre sicher kein Königsweg für die IG Metall, wenn er auch, mit zusätzlichen Leistungen, die diese starke Gewerkschaft den Arbeitgebern abtrotzen könnte, alles andere als ein Canossa-Gang wäre. Jedenfalls aber wird es einen Kompromiß auch für Metall geben müssen.

## Informieren allemal

Von Thomas Kielinger

Als US-Botschafter Charles Bohlen eines Oktobertages 1962 mit einem Koffer voller Luftaufnahmen von sowjetischen Raketen in Kuba vor den französischen Staatspräsidenten trat, fragte ihn Charles de Gaulle spitz: „Wollen Sie mich konsultieren oder informieren?“ Der verdatterte Diplomat, nicht wissend, in welche Falle er mit einer schnellen Antwort tappen könnte, murmelte, er habe Bilder, und die solle de Gaulle sich doch wenigstens erst einmal ansehen. „Danke“, sagte der General. „Das brauche ich nicht. Wir glauben Ihnen auch so. Au revoir.“

Die Gaulle war kein Berufsdiplomat, aber er war ein politischer Kopf und wußte, daß es Lebensfragen gibt, in denen eine Großmacht nicht um Rat oder gar Zustimmung fragen, sondern motu proprio entscheiden muß. Seit seinem Tode sind die politischen Köpfe nicht zahlreicher geworden. Bundesaußenminister Genscher zog dieser Tage aus, die Reagan-Administration das Konsultieren zu lehnen. Sie solle doch über die neuen Abwehrkräfte im Weltraum mit dem Osten reden, und mit den NATO-Partnern obendrein, ließ er bereits vor seinen Gesprächen mit Shultz und Reagan wissen. Und nun verbreitet er, man habe sich „auf regelmäßige Konsultationen zu diesem Thema geeinigt.“

Demgegenüber bestätigte die amerikanische Seite, daß die Europäer natürlich über die Entwicklung der Abwehrkräfte im Weltraum informiert würden. Ansonsten freilich sagte ein Sprecher des Weißen Hauses trocken, aber höchst offiziell und zum Zitieren: „Wir machen mit der Planung weiter und haben nicht die Absicht, Konzessionen zu machen.“ Womit die Relationen wieder hergestellt wären. Mittlerweile weiß ohnehin jeder, daß nicht einmal Moskau behauptet, Abüstungsgepläne scheiterten an einer Zueknöpftheit Reagans. Andererseits wird die zukünftige Verteidigung der freien Welt gegen sowjetische Raketenbedrohungen nicht daran scheitern, daß die FDP einer gewissen Klientel ostwestliche Geschäftigkeit zu signalisieren wünscht.

## Von eigenen Gnaden

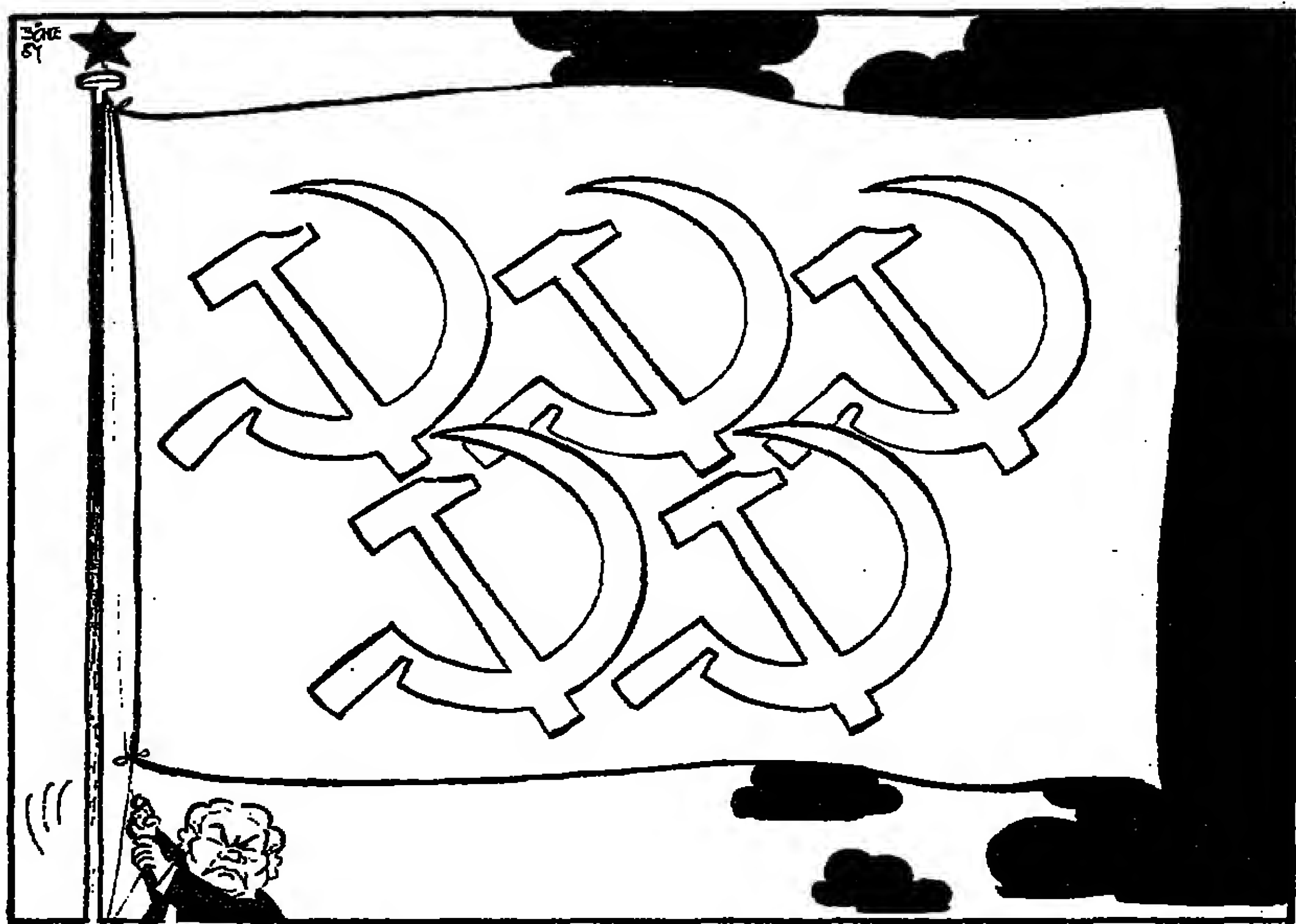
Von Rolf Görtz

Die Trennung des Baskenlandes von Spanien, die Gründung eines eigenen Staates – „neben Kastilien, Katalonien und vielleicht auch Galizien“ – beschrieb der baskische Landesministerpräsident Garaikotxea schon vor einem Jahr als das Fernziel seiner nationalistischen Baskenpartei PNV. Und „Zustände wie in Ulster“ prophezeite er, falls Madrid den „Autonomie-Prozess“, wie er ihn versteht, stoppen sollte.

Nun, ein Bürgerkrieg braucht Jahre, bis er voll entbrannt. Schossen bisher nur die Terroristen der linksextremen ETA, so wird jetzt immer mehr zurückgeschossen. Von den Terroristen des Antiterrorismus, GAL. Unter dem jahrelangen Druck der mit Todesdrohungen verbundenen Revolutionssteuern verließen Zehntausende von Basken ihre Heimat. Mit ihnen geht ihr Kapital. Das wachsende Elend soll die Revolution beschleunigen. Das ist nicht das Konzept der PNV, wohl aber die Langzeitstrategie der roten Revolutionäre und ihres internationalen Hintergrundes. Umso beunruhigender ist es, wie Garaikotxea auf der Welle der Gesetzesverletzungen zur Herausforderung der Staatsautorität mitreitet.

Nach seiner Wiederwahl zum Landesministerpräsidenten setzte er, ohne die dazu notwendige Ernennung des Königs abzuwarten, seine eigene Vereidigung an. Der Lendakari (Führer der Basken) krönte sich sozusagen selber. In einem zweifelhaften Versuch, ihr Gesicht zu wahren – und das des Königs als Symbol des Staates –, schob die Madrider Regierung in letzter Minute das königliche Ernennungsdekret in das bereits ohne das Dekret gedruckte Staatsbulletin nach.

Regierungschef González wird in der nächsten Woche mit dem Lendakari „hart, wenn es sein muß“, reden, um die Einheit Spaniens zu erhalten. González Bemühen um eine europäische Konferenz über Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zeigt, wie ernst er die Lage einschätzt. Hier steht mehr auf dem Spiel als der bloße Separatismus einer nationalistischen Bewegung; das muß nicht nur die Spanier interessieren. Ein selbständiges Baskenland mit Revolution könnte zu einem europäischen Sicherheitsrisiko werden. Das ist der Unterschied zu Ulster.



Moskau zeigt Flagge

ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

## Olympisches Störfeuer

Von Herbert Kremp

Der sowjetische Machtstaat veranstaltet bei seiner Frühjahrs-offensive in Afghanistan gerade wieder ein jüngstes Gericht. Es fließt viel Blut. Daher ist es ganz gut, es ist jedenfalls konsequent, daß die Sowjets an den Olympischen Spielen nicht teilnehmen werden. Sie haben eingesehen, daß sie dort keine gute Figur gemacht hätten.

Die Sowjets beklagen sich darüber, daß in den Vereinigten Staaten gegen sie demonstriert wird. Wer will das in einem freien Land unterbinden – und wie? Etwa mit einer Lex Los Angeles, einem verschärften Demonstrationsstrafrecht? In den westlichen Ländern gibt es Demonstrationen der verschiedensten Art. Zum Beispiel die der Friedensbewegungen, die sich vornehmlich gegen die USA richten. Darüber sind die Sowjets sehr erfreut; diese Demonstrationen unterstützen sie. Sie wissen also durchaus, was Freiheit ist und wie man sie nutzen kann. Wer so weit fortgeschritten ist, muß gewärtigen, daß Demonstrationen auch einmal eine andere Richtung einschlagen können. Man muß das nicht gleich für „primitiven Antikommunismus“ halten.

Die Beschwerden und Beschwerden, die Moskau zur Absage veranlaßten, sind freilich nichts als Vorwände. Der Gedanke, sich für den amerikanischen Boykott der Olympiade von 1980 zu rächen, spielte wahrscheinlich eine Rolle, aber nicht die entscheidende. In Wirklichkeit hatten die Sowjets Angst nach Los Angeles zu gehen. Sie mußten befürchten, daß ihnen Athleten davonlaufen. Vor den vereinigten Kameras der Welt. Wer außer ihren Funktionären hätte sie auch daran gehindert? Los Angeles ist eine Stadt in einem freien Land.

Deshalb empfinden die Sowjets selber ihre Absage keineswegs als eine Katastrophe, sondern eher als eine Erleichterung. Die Flucht von Sportlern hätte tiefer getroffen als jede Demonstration. Ihre seit Monaten vorgetragene Forderung, die „Sicherheit“ der Athleten zu gewährleisten, betraf keineswegs deren leibliches Wohl oder den Schutz vor terroristischen Übergriffen. Sie lief vielmehr auf das Ansinnen hinaus, eventuelle Flüch-

ten zu verhindern und geflüchtete Sportler sofort wieder dem Eigentümer zu überstellen. In der freien Welt macht man so etwas mit Hunden, aber nicht mit Menschen. Die USA sind nicht bereit ihr Asylrecht auszusetzen, nur weil sowjetische Funktionäre befürchten, sie könnten ihre Leute nicht zusammenhalten.

So sind die Olympischen Spiele also wieder einmal vom Stürzel der Weltpolitik herumgewirbelt worden, in dem sie sich schon lange befinden. Dies ist bedauerlich, wie manches Unvermeidliche. Man muß es mit Stoizismus tragen. Wer sich daran erinnern kann, wird auch die Olympischen Spiele von 1936 in Berlin als ein hochpolitisches Ereignis einschätzen. Sie waren Hitlers großes internationales Festival, und die SS trug weiße Handschuhe. 1972 wurden die tänzerischen Spiele von München, die das Deutschland der heiteren Reformen ausweisen sollten, durch den Überfall der PLO-Terroristen auf die israelische Mannschaft und durch das Massaker von Fürstentum zerstört. 1980 veranlaßte der sowjetische Einfall in Afghanistan rund dreißig Länder – neben den USA u. a. die Bundesrepublik Deutschland, China, Japan, Kanada, Italien –, auf die Teilnahme in Moskau zu verzichten.

Es wäre schön, wenn es Gegenbeispiele zu berichten und zu erinnern gäbe. Und man wird es jetzt sicher nicht an Versuchen fehlen



Sie machten Moskau Angst: Die „Ban the Soviets Coalition“ in Los Angeles mit ihrem Vorsitzenden David Balsiger (rechts). FOTO: AP

lassen, die Sowjetunion doch noch zum Gang nach Los Angeles zu bewegen. Einen weltpolitischen Beitrag will Außenminister Genscher leisten. Kurz vor seiner Abreise aus den USA sagte er, er wolle bei seiner anstehenden Moskau-Visite die Sowjets ermuntern, ihre Haltung zu ändern. Ein Wirbel diplomatischer Aktivitäten kündigt sich an. Zwischen Demarchen und Bittprozessionen wird schwer zu unterscheiden sein. Die Sowjets selber schließen ein Einlenken nicht aus. Sie wünschen allerdings, wie ihr Amerika-Spezialist Arbatow andeutete, von ihrem Flucht- und Demonstrations-Trauma befreit zu werden. Sie fordern von den USA, in der Bannmeile der Spiele sowjetische Verhältnisse zu schaffen. Das ist nicht akzeptabel.

Der Druck, den die Sowjets in den nächsten Tagen gegen die USA entfalten werden, hat freilich noch einen anderen Grund. Der sowjetische Boykott spielte bei der Außenminister-Konferenz der Warschauer Paktstaaten in Budapest am 19. und 20. April eine große und kontroverse Rolle. Von Bulgarien und der Tschechoslowakei abgesehen, begeherten die Länder gegen den Plan der Absage auf. Sie brauchen die Spiele, weil der staatsgeleitete und parteigeleitete Sport der einzige Totempfehl ist, um den man die Völker einigen kann. Wer nichts zu sagen hat, soll wenigstens jubeln können, wenn eine Medaille anfällt.

Wie nicht anders zu erwarten, setzte sich die Sowjetunion in Budapest durch. Sie möchte dem amerikanischen Präsidenten Reagan keine Wahlkampfhilfe leisten; überdies ließ sie durchblicken, daß sie die Mannschaften der „Brüderländer“ für gefährdet halte. Damit sind die Diskussion und das Zäheknirschen aber nicht beendet. Besonders in der „DDR“, wo die Deutschen auf nichts stolzer sind als auf ihre hervorragenden Athleten, wird es der Führung schwer fallen, den Verzicht zu interpretieren. Die Gegen-Spiele in Sofia sind für die sportlichen Verbündeten der Sowjets kein Ersatz. Sie wären nicht mehr als die „Asian Games“, jene Kopie der alten Olympischen Spiele: Bunt, aber nicht bedeutend.

## IM GESPRÄCH Rolf Lange

### Pawelczyks Nachfolger

Von Herbert Schütte

Die „Bergedorfer Mafia“ der Hamburger SPD ist müde und verbraucht. Der frühere Parteichef Oswald Faulig ist auf's politische Altenteil, der Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt auf Vortragsreisen gegangen; der ehemalige Bergedorfer Kreisvorsitzende Jörg König setzte seine Karriere an der Leitplanke einer Stadtautobahn ein Ende. Um so mehr hat die „Wandsbeker Riege“ der hanseatischen Genossen ihren Einfluß ausgedehnt. Der jüngste Zuwachs im Machtzentrum des Rathauses heißt Rolf Lange. Der 42jährige Politologe soll im nächsten Monat das Amt des Innensenators übernehmen. Als Nachfolger des Mannes, der Lange stets gefördert hat und der künftig in Bonn als Bevollmächtigter des Senats politisches Terrain für die Interessen des Stadtstaates zurückgewinnen soll: Alfons Pawelczyk.

Lange gehört zu den rar gewordenen SPD-Politikern, die nicht über Hochschule mit Anschluß an einen Posten in einem Gewerkschafts- oder öffentlichen Unternehmen auf dem hochdotierten Sessel eines Staatsamtes landeten. Der in Hamburg-Barmbek Geborene – in diesem Stadtteil sind auch Helmut Schmidt und Hans Apel aufgewachsen – besuchte nach der Mittleren Reife die Seemannsschule auf Finkenwerder, fuhr auf einem Küstenmotorschiff, absolvierte eine Lehre als Groß- und Außenhandelskaufmann, arbeitete als Briefträger, Anstreicher und Schichtarbeiter in einer Druckerei, bevor er mit dem nachgehobenen Abitur in der Tasche in seiner Heimatstadt das Studium aufnahm. Vor fünf Jahren machte er seinen Dr. phil. mit einer Dissertation über „Kommunale Selbstverwaltung in Hamburg“.

Im Jahr darauf bekam Lange Gelegenheit, dieses Thema in der Praxis auszuprobieren: Er wurde zum Bezirksamtsleiter von Wandsbek bestellt. Nach vierjähriger Tätigkeit in der Bezirksversammlung stand er nun an der Spitze einer Verwaltung



Der Senator von Wandsbek: Lange. FOTO: CHRISTA KUJATH

von Großstadt-Zuschritt: Mit 380 000 Einwohnern ist Wandsbek der größte Hamburger Bezirk.

Rolf Lange war zwar eng in die Partei eingebunden, die in Wandsbek von Alfons Pawelczyk geführt wird, doch er machte sich als „Bezirks-Bürgermeister“ von parteipolitischen Scheuklappen frei. Die örtliche Wirtschaft fand in ihm einen aufgeschlossenen Gesprächspartner, die Fraktionen der Bezirksversammlung lernten ihn als einen fairen Verwaltungschef kennen. Sein Weggang nach vier Jahren Amtszeit wird in Wandsbek allgemein bedauert.

In der Innenbehörde erwartet den Selbmademan ein härteres Pflaster. Pawelczyk hat die Behörde an der kurzen Leine geführt. Polizei und Feuerwehr bekamen der Kurs der kurzen und klaren Entscheidungen gut. In der „Hamburger Linie“ bei Hausbesetzungen ist Lange ein Pawelczyk-Mann: Wenn morgens besetzt wird, ist abends geräumt. Doch das ist in Hamburg kein Thema. Stärker wird den neuen Innensenator der Kampf gegen die Kriminalität fordern. Denn hier sind die Zuwachsraten in der Metropole geradezu beängstigend.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

Moskau: Olympische Absage wird von vielen Zeitungen kommentiert.

### The Daily Telegraph

Eine Welle von Übertritten in Los Angeles wäre aber nicht nur für das KGB sehr peinlich, sondern auch für den neuen sowjetischen Führer Tschernenko, der ohnehin schon wegen der Ost-West-Beziehungen in einer hinreichend schlechten Stimmung ist. (London)

### Basler Zeitung

Sicher ist, daß „LA 84“ trotzdem abgehalten wird, die Organisatoren finanziell über die Runden kommen werden, und sicher ist auch, daß sich die Amerikaner an der Absage der sowjetischen Athleten nicht groß stören werden.

### LIBERATION

Gegenüber den in Höchstform befindlichen Amerikanern und den super-vorbereiteten Ostdeutschen hatten die Sowjets alle Aussicht, auf den dritten Platz abzusinken. ... Unter diesen Bedingungen kann die dritte Stufe auf der Siegestreppe einem gleichzeitigen Mißerfolg von mehreren Fünf-Jahres-Plänen gleichkommen. (Paris)

### LE MATIN

Seit Dezember, seit dem Eintreffen der ersten amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa, sagt Moskau zu allem nein. ... Auch haben die sowjetischen Führer in letzter Zeit

keinen Hehl daraus gemacht, daß sie dem „antisowjetischen amerikanischen Präsidenten, den sie je erlebt haben“, keinerlei Wahlgeschenke machen wollen. (Paris)

### Frankfurter Allgemeine

Die Absage des Olympischen Komitees der Sowjetunion an die Spiele in Los Angeles ist ein politischer Affront. Er gewinnt an Schärfe noch dadurch, daß in Moskau die neue Führung unter Tschernenko in der großen Ost-West-Politik zunächst die Attitüde des Abwartens vorgezeigt hatte.

### BERLINER MORGENPOST

Die sowjetischen Sportfunktionäre haben natürlich eine Heidenangst davor, daß ihre Spitzensportler, einmal in Kalifornien, für immer aus dem sozialistischen Lager aussteigen.

### NEUE FUHR ZEITUNG

Ist die sowjetische Entscheidung wirklich endgültig, obwohl die Anmeldefrist erst im Juni abläuft? Oder ist sie eine letzte Drohung, um antisowjetische Proteste in Los Angeles zu unterbinden? Das wäre in der Tat ein dreister Versuch im Land der Meinungsfreiheit. (Essen)

### SÜDKURIER

Wer anderes erhofft hatte, vermute wohl Kuhnigk, wo Revanchedenken vorherrschen. (Konstanz)

## Die Zweifel des Justizministers an den deutschen Richtern

Amnestie: Der Bundestag muß den Vorreiter machen / Von Enno v. Loewenstern

Mit Erleichterung wurde allgemein registriert, daß die letzte Hürde zum Inkrafttreten des vom Bundestag verabschiedeten Amnestiegesetzes genommen wurde: auch der Bundesrat stimmte zu. Damit wurde das Ziel Wirklichkeit, Straffreiheit für alle Straftaten zu erreichen, die „zur Einwirkung auf die politische Meinungsbildung“ begangen wurden (so beschreibt der Gesetzestext die Bundesregierung elegant die heftig umstrittenen Handlungen, die wohl erheblich dazu beigetragen haben, den Weg der neuen Koalition an die Macht zu ebnen). Es handelt sich nach amtlicher Auskunft um einige tausend Täter, denen Geldstrafen oder Freiheitsstrafen erlassen wurden, soweit es sich nicht um schwere Straftaten handelte und soweit sie nicht aus Eigennutz begangen wurden.

War diese Amnestie wirklich nötig? Viele prominente Freunde der neuen Regierung hatten sie von Anfang an leidenschaftlich gedrängt, den mit der Strafrechtsple-

ge in Konflikt geratenen Leuten einen gesetzgeberischen Akt einzuräumen, daß ihrem Vorgehen nicht eine kriminelle, sondern in aller Regel achtenswerte Gesinnung zugrundelag. Freilich bleibt die Frage unstritten, ab es achtenswert sein kann, in gesetzdrücker Weise auf die politische Meinungsbildung einzuwirken zu wollen.

Die Opposition jedenfalls warf der Regierung vor, „daß bei dem Amnestiegesetz in unerträglicher Weise mit zweierlei Maß gemessen“ werde. Die Sprecher der Regierungskoalition räumten ein, „daß möglicherweise die Öffentlichkeit mehrheitlich diese Amnestie ablehne“, man sah jedoch darin kein Problem: es sei „Pflicht des Parlaments, sich als Vorreiter der Öffentlichkeit zu fühlen“, wie einer der prominenten Rechtspolitiker der Kanzlerpartei ungerührt mitteilte. Die Opposition hatte vor allem die Frage aufgeworfen, ob nicht die Richter im Einzelfall entscheiden sollten, wann mangelndes Unrechtsbewußtsein von Ange-

klagten zur Einstellung des Verfahrens oder zum Freispruch führen müßte. Aber da war sie beim Bundesjustizminister schlecht angekommen, der aus seinen Zweifeln an der Urteilsfähigkeit der deutschen Richter keinen Hehl machte.

„Der Ausgang vieler Verfahren hängt offenkundig vom ideologischen Standpunkt des Richters ab“, sagte der Minister zum „Spiegel“. „Ich weiß auch, daß es unter den Richtern solche gibt, die mit ihren Vorstellungen noch ein bißchen hinter der Zeit herhinken.“ Allerdings räumte er ein: „Der gegenwärtige Rechtszustand ist unzureichend, und deshalb ist der einzelne Richter auch überfordert.“ Im Gegenteil, man dürfe mit der Amnestie nicht zu lange zögern: „Daß dies eine Aufgabe ist, bei der es auf schnelle Ergebnisse ankommt, weiß ich.“

Es spielte schließlich auch keine Rolle mehr in der öffentlichen Diskussion, daß einflußreiche Leute aus Kreisen der Koalitionsparteien und deren Freunde sich an den

Handlungen beteiligt hätten – und offensichtlich weiter beteiligen wollten –, die den Gegenstand des Gesetzes bilden. Selbstbegünstigung? Man war der Meinung, daß das Gesetz bis zur nächsten Wahl vergessen oder jedenfalls akzeptiert sein werde und daß die Parteien, die es durchboxten, davon keinen Nachteil haben würden. Zwar beklagte eine in Frankfurt erscheinende Zeitung, eher der Opposition nahestehend, „die großen und mangels eines realen Hintergrundes ein wenig hohl verhallenden Worte für die Amnestie“. Aber es ist eine Tatsache, daß die Regierung keinen erkennbaren Schaden durch das Amnestiegesetz genommen hat.

Sie ist zwei Jahre später, 1972, sogar das Risiko einer vorgezogenen Bundestagswahl eingegangen und hat sie klar gewonnen. Die Amnestie von 1970 für die Gewalttäter auf den Straßen, die einer solchen Gewalttätigkeiten erleichternden Strafrechts-Reform folgte, wurde von der Klientel der Regie-

ringsparteien – unter der sich viele dieser Gewalttäter und ihres Umfeldes befanden – mit Begeisterung und von der anderen Seite mit Resignation akzeptiert. Muß das dieselbe SPD, für die damals der Justizminister Jahn, der Rechtspolitiker die With und viele andere einen Freibrief für die eigenen Leute als „der Stillehüter letzten Schuß empfahlen, heute daran hindern einen Freibrief für die eigenen Leute als „hustere Mächtschaff“ hinzustellen? Nicht unbedingt, so ist das nun mal in der Politik. Müssen Union und FDP – diese letztere sozusagen als Garant der Kontinuität auch auf dem Gebiet der selbstwühligen Amnestie – deswegen genau so wenig Schaden bei der nächsten Wahl nehmen wie die Koalitionäre damals? Nicht unbedingt, so ist das nun mal in der Politik. Die anderen hatten nämlich die Straße für sich und eine geschickte Vorbereitung dazu. Und so kann aus der Wiederholung der Farce durchaus ein Trauerspiel werden.



## Die politische Spaltung der Olympischen Spiele – Niedergang einer Idee, Tiefschlag für den Sport

## Olympia – seit 1945 Schritt für Schritt dem Abgrund näher

Von KLAUS BLUME

Man muß es den Sowjets lassen: Der Zeitpunkt der Olympia-Absage war sorgfältig gewählt, der dramaturgische Effekt von kaum mehr überbietbarem Zynismus: Es war am Tage, als die olympische Flamme der Amerikaner vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York übergeben und in Osteuropa der 39. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges begangen wurde. Man könnte demnach zur olympischen Tagesordnung übergehen, gemäß Artikel 9 der IOC-Regeln: „Das Internationale Olympische Komitee ist zuständig für die regelmäßige Abhaltung der Spiele.“ Denn das zeigt seit 1945 die Entwicklung der olympischen Bewegung: Die Durchführung der Spiele war für das IOC allemal wichtiger als die Bedingungen, unter denen sie stattfanden.

Die UdSSR boykottiert Los Angeles, und wer die sportpolitische Geographie einigermaßen beherrscht, der weiß, daß mindestens 30 weitere Nationale Olympische Komitees dem Krenl-Beispiel folgen werden – ohne Folgen für Olympia?

Nelson Pailou, der französische NOK-Präsident, bezeichnet den Schritt Moskaus als „tödlichen Schlag“, weil nach dem Palästinaer-Attentat in München 1972 und dem amerikanischen Boykott in Moskau 1980 der sowjetische Boykott von der olympischen Bewegung kaum verkräftet werden könne. Hans Hansen (Kiel), als Vize-Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) Sprecher der deutschen Olympiamannschaft für Los Angeles: „Für mich ist das der Anfang vom Ende der olympischen Idee und der Spiele. Die Welt ist damit um eine Hoffnung ärmer. Ich gehe davon aus, daß große Teile des Ostblocks der Sowjetunion folgen werden. Dieser Boykott ist im Grunde nicht vergleichbar mit dem von Moskau. Sicherlich ist er auch eine Folge der gesamtpolitischen Lage und der politischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den USA und eine Art Revanche für 1980.“

Das ist die Bankrott-Erklärung der olympischen Idee, die einer ihrer eifrigsten Verfechter, der deutsche NOK-Präsident Willi Daume, längst schon ad absurdum geführt hat: „Es geht um politischen Mißbrauch, um Beweise für die Überlegenheit des einen Gesellschaftssystems bzw. der eigenen Ideologie, es geht um Propaganda. Es geht um die Auftristung des menschlichen Körpers durch extreme Arten von Training. Alles das gleicht sehr ernsthaft den militärischen Begriffen von Rüstung und Aufrüstung.“ Aber auch ohne diesen Hinweis – die olympische Idee ist spätestens seit 1945 zur Farce geworden, denn die Geschichte der Olympischen Spiele ist zugleich auch eine Geschichte des stets sich wiederholenden Olympia-Boykotts.

Schon 1953 tauchten Zweifel auf, ob Melbourne die Spiele überhaupt durchführen kann. Die oppositionelle Labour-Partei Australiens wollte wegen der angeblich zu hohen Baukosten boykottieren.

Am 23. Oktober 1956 kam es in

Ungarn zum Aufstand gegen das kommunistische Regime, am 4. November marschierten sowjetische Truppen in Ungarn ein, um den Volksaufstand niederzuschlagen. Am 30. Oktober überschritten israelische Truppen die Grenze zu Ägypten und besetzten die Sinai-Halbinsel. Im Juli hatte Ägypten den von England kontrollierten Suezkanal verstaatlicht. Aus Solidarität mit den Ungarn boykottierten Spanien, Holland und die Schweiz die Olympischen Spiele 1956. Dem Boykott Ägyptens schlossen sich damals Libanon und Irak an. Die in Ungarn einmarschierte UdSSR stellte hingegen ihre Teilnahme nie in Zweifel.

1968, bei den Spielen in Mexiko-City nahm der damalige IOC-Präsident, der Amerikaner Avery Brundage, gemäß seiner These, „daß kriegerische Auseinandersetzungen zu ignorieren sind, es sei denn, sie gefährden die Sicherheit der Olympiade“, keine Rücksicht auf den Krieg in Vietnam und auf den Einmarsch von fünf Warschauer Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei. In Mexiko erhielten die tschechoslowakischen Sportler lediglich die IOC-Genehmigung, nicht gemeinsam mit den Athleten aus der UdSSR und der „DDR“ spazieren zu müssen.

1972 in München drangen acht palästinensische Terroristen ins olympische Dorf ein, erschossen zwei Israelis und nahmen neun als Geiseln. Bei einem Feuergefecht mit Scharfschützen der Polizei sprengten die Palästinenser die Transporthubschrauber, in denen die Geiseln saßen, in die Luft. Alle starben, ebenso fünf der Attentäter und ein Polizist.

1976 in Montreal wurde Taiwan in



Schlechte Nachrichten: Don Miller, NOK-Direktor der USA

die Knie gezwungen, und 22 afrikanische Länder mit 441 Athleten reisten wegen der Südafrika-Problematik wieder ab. Willi Daume damals: „Die Chance, daß die Olympischen Spiele überleben werden, beträgt nur noch zwanzig Prozent.“

Und dann kam 1980. Wegen des Einmarschs der Sowjetunion in Afghanistan boykottierten 30 NOKs demonstrativ, weitere 33 Länder meldeten erst gar nicht, weil das Gastgeberland UdSSR mit jenem kriegerischen Akt die olympische Charta mit Füßen getreten habe. Der Boykott von 1980 hatte Folgen – die am 8. Mai 1984 erfolgte Retourkutsche der Sowjetunion mit dem fadenscheinigen Hintergrund, in Los Angeles könne

## Olympisch – friedlich

Ist die Olympische Idee am Ende? Die alle vier Jahre wiederkehrende Veranstaltung unter dem Etikett „Olympische Spiele“ wohl noch nicht, sicher aber deren geistige Grundausrichtung. Der verstorbene Soziologe Helmut Schelsky definierte sie so: „Nicht der olympische Sieg ist die Grundidee der Olympischen Spiele, sondern der olympische Friede, der erst den Sieg und die Niederlage vereint und versöhnt. Weil sie beide zum Frieden, dieser höchsten politischen Leistung des Menschen, beigetragen haben, kann sich der Sieger uneingeschränkt freuen, braucht sich der Verlierer nicht zu schämen. Dies ist die Bedeutung des oft erwähnten, aber unterschätzten oder banalisierten Spruches: daß es auf die Teilnahme, nicht auf den Sieg ankommt. Teilnahme won? Eben nicht nur an den Wettkämpfen, sondern an der sie tragenden zeitweiligen Friedensstiftung im internationalen sportlichen Wettbewerb. Wer die Olympischen Spiele, einen der wenigen sinnfälligen und viele Menschen ergreifenden Akte grundsätzlicher Friedensbereitschaft jenseits von Machtpolitik,

politischen Selbstbehauptung, Aggression und wirtschaftlicher Ausbeutung, zumindest der Sportler selbst, dazu benutzt, seine rassen-, volks- oder staatspolitischen Ziele durchzusetzen auf Kosten dieser alle Menschen vereinigenden Gemeinsamkeit der Bezeugung, daß der Friede das höchste menschliche Gut ist, demerit seine eigene olympische Teilnahme und verleumdet die Idee der Olympischen Spiele.“

Die Kommerzialisierung der Spiele, die Amateurfrage – das alles sind im Grunde innerhalb der olympischen Idee nur Nebensächlichkeiten, die leider zu populären Hauptsträngen geworden sind. Unter der Maxime der olympischen Forderung nach „Frieden auf Zeit“ hätte die UdSSR bereits 1980 aus der olympischen Gemeinschaft ausgeschlossen werden müssen. Und die Tatsache, daß ein Land, das ein anderes noch immer besetzt hält, die Spiele boykottiert, stellt die olympische Idee auf den Kopf.

Das IOC ist machtlos. „Die olympische Bewegung verfügt über keine eigenen Bataillone“, hat Willi Daume einmal gesagt. Bleibt also nur das Prinzip Hoffnung. (K. Bl.)

## Der Traum Ost-Berlins von der Nr. 1 ist geplatzt

Von H. R. KARUTZ

Achtundvierzig Stunden vor dem Eröffnungsspektakel der Ostberliner im Moskauer Olympia-Winter. In Cafés, in der U-Bahn, an den Taktischen der VEB's und selbst in den Büros der Ministerien beherrschte ein Thema die Kollegengespräche: „Bleiben wir auch zu Hause?“ Kein anderer Sachverhalt als das Weltmeistertreffen des zum politischen Gütezeichen des „DDR“-Sozialismus erhobenen Sports eint in diesem Falle Volk und Führung. Der erwartete kalifornische Medallionseng für die Equipe der „DDR“ hätte auch beim „normalen“ Bürger die Brust vor Stolz schwellen lassen.

Rückkehrer nach West-Berlin, die gestern beim „small talk“ in der anderen Stadthälfte die Stimmung testeten, berichteten einhellig: „Die Leute diskutieren ziemlich heiß über die Frage, ob nun auch die DDR absagt.“ In der U-Bahn unter dem Ostberliner Pfaster habe ein Fahrgast zu seinem Nachbarn gesagt: „Wenn die Russen nicht gehen, dann werden die auch boykottieren.“ Mit „die“ meinte er, in Richtung Erdbeberfläche weisend, die staatliche Sportführung Ost-Berlins. Der Thor vieler Gespräche und Debatten in Ost-Berlin sei gewesen, bezügelte Besucher: „Schönster Mist, was können Sportler für die Politik...“

Die Spannung über die künftige olympische Reise-Routen der „DDR“ ist begrifflich. Denn aus zwei Gründen lag Ost-Berlin besonders viel an diesen Spielen der XXIII. Olympiade. Erstmals bot sich die Chance, die seit Jahren goldbegehrten „DDR“-Cracks auch in der Fühle des kapitalistischen

stischen Löwen, auf Tartanbahn und Ruderkanal, siegen zu sehen.

Schon bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften im August 1983 in Helsinki rangierte die mitteldeutsche Equipe nach Medaillen vor den Amerikanern und – natürlich – vor den sowjetischen Bruder-Kämpfern um Bronze, Gold und Silber.

Da sich auch regimelkritische „DDR“-Bürger mit erheblicher Staatsferne die Siege einer Sprint-Königin Marlies Göhr oder eines Kugelstoß-Siegherts wie Udo Bayer sentimental zu eigen machen, wäre eine Erfolgsflut im Vorfeld der 33-Jahr-Feiern im Herbst höchst willkommen gewesen.

Im „Nationalen Olympischen Komitee“ an der Behrenstraße nahe der Komischen Oper standen die Telefone unter Nr. 21 24 98 gestern morgen nicht still: West-Korrespondenten fragten nach offiziellen Reaktionen. „Kein Kommentar“, lautete die stereotypische Feststellung. Auf die Frage, ob eine KOK-Sondersitzung anberaumt werde, bekamen sie ebenfalls lediglich zu hören: „Dazu können wir auch nichts sagen.“

Zwar unter Schmerzen, aber auf einen Moskauer Wink hin ohne größeres Zögern würde die olympische Sportführung in Ost-Berlin unter Manfred Ewald (SED) die Tickets für Los Angeles zugunsten einer ungeübten Luftreise nach Sofia umbuchen. Bulgarische Spieler – „gegenwärtig mit großem Trainingsfleiß und Einsatz auf ihren Olympiastart vorbereiten.“

Übersiedler aus der „DDR“, die am Dienstagabend an der ZDF-Diskussion „Deutschland – was ist das?“ teilnahmen, wunderten sich weniger über die Nachricht. Eine Frau aus

Halle sagte ins Mikrofon: „Für einen ehemaligen DDR-Bürger ist es nicht überraschend, daß es zu dieser Ablenkung gekommen ist. Das mußte einfach so kommen. Da die USA damals nicht zu den Spielen nach Moskau gefahren ist, war es für uns eigentlich sicher, daß die Sowjetunion nie zu den Spielen nach Amerika fährt.“

Noch am Morgen des Tages, an dem Moskau für sich und seine Verbündeten die Flamme ausblies, schien der olympische Frieden gesichert: Auf der ehemaligen Stalinallee in Ost-Berlin saß Erich Honecker bei der Premiere der „Friedensfahrt“ Berlin-Frag-Warschau auf der Ehrentribüne und applaudierte den Pedalrittern begeistert. Diese Szenen, funkte das Ost-Fernsehen, bevor sich um 19 Uhr 52 die griesgrämige Miene des Sprechers der „Aktuellen Kamera“ noch mehr verfinsterte. Knapp kühler und erst an fünfter Stelle wurde die Tass-Meldung über den Olympia-Boykott verlesen.

Wie wenig die „DDR“-Führung in der Euphorie über ihre glänzend arbeitenden Medallien-Schmiedern wirklich ernsthaft einen Sowjet-Boykott vermutet hatte, läßt sich aus dem Pflicht-Brief von Manfred Ewald an den Präsidenten des US-Organisationskomitees ablesen. Mitte April schrieb er dem Deutsch-Amerikaner Peter Ueberroth: Die Spiele seien „ein weltweites Symbol der Völkerverständigung“, und er wies auf die „DDR“-Sportler hin, die sich – offenbar ohne Boykott-Furcht – „gegenwärtig mit großem Trainingsfleiß und Einsatz auf ihren Olympiastart vorbereiten.“

In Gedanken saß die halbe „DDR“ schon unter der Sonne Kaliforniens.

## „Unter diesen Bedingungen unmöglich“

Die von der amtlichen Moskauer Nachrichtenagentur Tass am Dienstag verbreitete Erklärung des Nationalen Olympischen Komitees der UdSSR hat nach einer dpa-Übersetzung folgenden Wortlaut: „Das Nationale Olympische Komitee (NOK) der UdSSR hat ausführlich die Lage um die Spiele der 23. Olympiade in der Stadt Los Angeles analysiert und die Frage der Teilnahme der sowjetischen Sportdelegation an ihnen erörtert.“

Bekanntlich hat das NOK der UdSSR in seiner Erklärung vom 10. April 1984 seine ernste Besorgnis im Zusammenhang mit groben Verletzungen von Regeln der olympischen Charta durch die Organisatoren der Spiele und der von reaktionären Kreisen der USA mit stillschweigendem Einverständnis offizieller Behörden entfalteten antisowjetischen Kampagne ausgedrückt und sich an das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit der Bitte gewandt, die entstehende Lage zu erörtern. Am 24. April dieses Jahres hat das IOC auf seiner Sitzung die Rechtmäßigkeit und begründete Position des NOK der UdSSR anerkannt.

Allerdings mischen sich die Behörden der USA unter Mißachtung der Meinung des IOC weiter grob in Angelegenheiten ein, die sich ausschließlich in der Kompetenz des Organisationskomitees in Los Angeles (LAOC) befinden. Es ist bekannt, daß die amerikanische Administration von den ersten Tagen der Vorbe-

reitung zur gegenwärtigen Olympiade an einen Kurs eingeklagelt hat, die Spiele für ihre politischen Ziele zu nutzen. Im Lande werden eine chauvinistische Stimmung entfacht und eine antisowjetische Hysterie aufgepeitscht.

Verschiedene Arten von extremistischen Organisationen und Gruppierungen, die sich offen das Ziel setzen, für die Ankunft der Delegation der UdSSR und das Auftreten sowjetischer Sportler „unerträgliche Bedingungen“ zu schaffen, haben mit stillschweigendem Einverständnis der amerikanischen Behörden ihre Aktivitäten heftig gesteigert. Es werden der UdSSR gegenüber feindselige Demonstrationen vorbereitet und unverhüllte Drohungen gegen das NOK der UdSSR, sowjetische Athleten und offizielle Vertreter gemacht. Die Anfänger antisowjetischer, antisozialistischer Organisationen werden von offiziellen Vertretern der US-Regierung empfangen und ihre Aktivität von den Massenmedien breit publiziert. Zur Rechtfertigung dieser Kampagne nehmen die US-Behörden und die olympischen Organisatoren ständig Bezug auf verschiedene Gesetzgebungsakte.

In letzter Zeit hat Washington seine Bereitschaft versichert, die Regeln der olympischen Charta zu befolgen. Die praktischen Taten der amerikanischen Seite zeigen jedoch, daß sie nicht beabsichtigt, die Sicherheit aller Sportler zu gewährleisten, ihre

Rechte und Menschenwürde zu achten und normale Bedingungen für die Durchführung der Spiele zu schaffen.

Die unverfrorene Haltung der amerikanischen Behörden gegenüber der olympischen Charta, die grobe Verletzung der Ideale und Traditionen der olympischen Bewegung sind direkt darauf gerichtet, sie zu unterhöhlen. Unter diesen Voraussetzungen ist das Nationale Olympische Komitee gezwungen, zu erklären, daß die Teilnahme der sowjetischen Sportler an den Spielen der 23. Olympiade in Los Angeles unmöglich ist. Anders zu handeln, käme der Billigung der antisowjetischen Aktionen der US-Behörden und der Organisatoren der Spiele gleich.

Mit der Annahme dieser Entscheidung möchten wir keinesfalls einen Schatten auf die amerikanische Öffentlichkeit werfen und die guten Gefühle, die die Sportler unserer Länder verbinden, trüben.

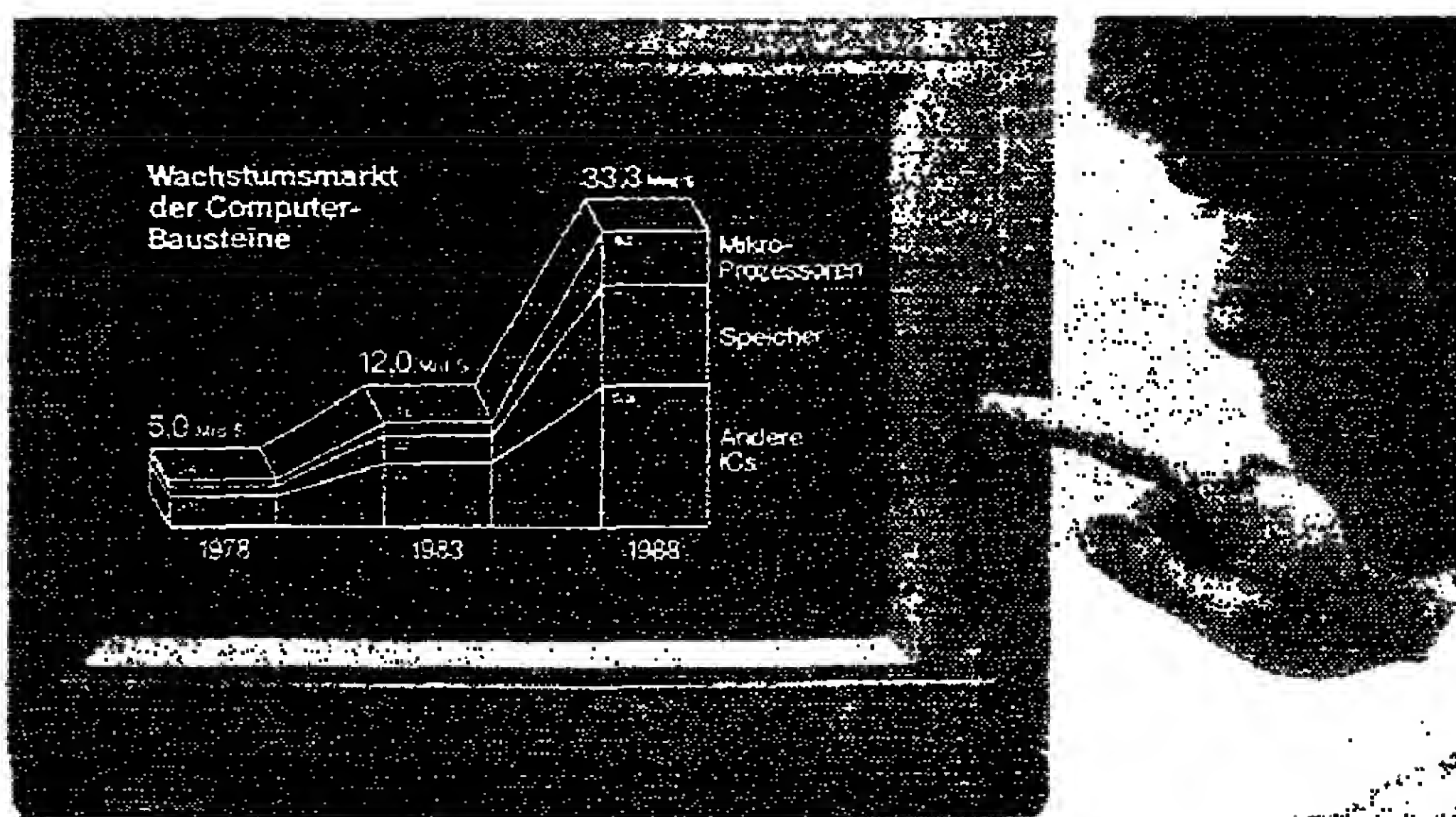
Das Nationale Olympische Komitee der UdSSR, die Sportorganisationen unseres Landes werden auch künftig die Anstrengungen des Internationalen Olympischen Komitees, des Verbandes der Nationalen Olympischen Komitees, der Internationalen Sportföderationen, des Internationalen Verbandes der Sportjournalisten unterstützen, die auf die Stärkung der internationalen olympischen Bewegung zielen, für die Erhaltung ihrer Reinheit und Einheit kämpfen.“

## DWS-TECHNOLOGIEFONDS: So beteiligen Sie sich an den Gewinnchancen zukunftsweisender Technologien.

Neue Technologien bestimmen mehr und mehr unsere Zukunft. Vor allem in den Bereichen Mikroelektronik, Computer- und Informationssysteme, Büro- und Industrieautomatisierung, Luft-, Raumfahrt, Telekommunikation. Technologieaktien sind ein aussichtsreiches Investment. Der DWS-TECHNOLOGIEFONDS investiert gezielt in ausgewählten internationalen Technologieaktien mit guten Gewinnaussichten. Die Konsolidierung der Börsen in den vergangenen Monaten bildet eine interessante Basis für Ihre Anlage.

## Der DWS-TECHNOLOGIEFONDS bietet Ihnen doppelten Vorteil

Der Fonds verbindet Vorteile der Direktanlage mit denen der klassischen Investmentanlage. Wie bei der Direktanlage investieren Sie in Wertpapieren eines speziellen Bereichs. Damit erwerben Sie besondere Chancen, aber auch höhere Risiken. Wie bei der klassischen Investmentanlage steht hinter Ihrer Vermögensanlage ein flexibles, professionelles Fonds-Management.



## Sprechen Sie mit dem Anlageberater einer unserer Gesellschafterbanken

Es sind die ☒ Deutsche Bank und weitere renommierte deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns. Wir schicken Ihnen gern Informationsmaterial.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen  
Postfach 2634 · 6000 Frankfurt 1



Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen



Die WELT berichtet vom 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in Stuttgart

178 Delegierte stimmten gegen die geplante Amnestie

MANFRED SCHELL, Stuttgart  
In geheimer Abstimmung hat sich eine überraschend hohe Anzahl von CDU-Parteimitgliedern gestern Abend in Stuttgart gegen die Amnestie für Steuerhinterzuger bei Parteispenden ausgesprochen. Immerhin unterstützten 178 Delegierte einen entsprechenden Antrag, den die Junge Union eingebracht hatte. 478 Delegierte stimmten gegen diesen Antrag. Außerdem gab es 38 Enthaltungen und 3 ungültige Stimmen. „Ich werde im Deutschen Bundestag für das Amnestiegesetz sprechen und stimmen“, mit dieser Ankündigung hatte Bundeskanzler Helmut Kohl gestern Abend auf dem CDU-Bundesparteitag eine kontroverse Debatte zu diesem auch in der Union umstrittenen Thema eröffnet.

Der Kanzler fand mit seinem Ja zur Amnestie für Steuerhinterzuger bei Parteispenden vor allem eine Unterstützung durch Bundesfinanzminister Stoltenberg, den Fraktionsvorsitzenden Dregger und durch Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann. Entschiedenem Widerspruch gab es von den Vertretern der Jungen Union und des RCDS, die in einem Antrag die Ablehnung des Amnestiegesetzes forderten. Kohl erklärte, es dürfe nicht dazu kommen, daß unbescholtene Bürger an den „Pranger“ gestellt werden und er weigere sich zuzulassen, daß „Mitbürger kriminalisiert werden, die bereit waren, den demokratischen Parteien zu helfen“. Er, Kohl, habe bei seiner Haltung ein „gutes Gewissen“. Die Spender hätten sich nicht bereichert und dies unterscheidet sie von Steuer-Straftätern. Hiergegen sei immer wieder Widerstand von der SPD gekommen, der Kohl „Heuchelei“ vorwarf. Der CDU-Vorsitzende Strauß hatte schon zuvor erklärt, daß die Amnestie, die er befürwortet, solle ein „Schlußstrich unter eine juristische Grauzone“ gezogen werden. An die Staatsanwaltschaft richtete er die Frage, warum sie sich nicht um die Akten, die SPD und auch die FDP in früheren Jahren betreffen, kümmere.

In der sachlich geführten Debatte forderte der JU-Vorsitzende Böhr die Ablehnung der Amnestie. Er verwies darauf, daß man eine solche Schritt auch nicht gegenüber Hausbesetzern oder den kleinen Weinbauern an der Mosel getan habe. Eine Amnestie würde negative Auswirkungen auf das Rechtsbewußtsein der Bürger haben und eine „ganze Fülle von Vorurteilen“ gegen die Parteien bestärken. Wallmann, der Böhr antwortete und dabei für die Amnestie plädierte, wies den Vergleich mit Hausbesetzern zurück. Dies sei für ihn „kein akzeptables Beispiel“.

Ablehnend äußerten sich hingegen der Bundestagsabgeordnete Göhner und Sprecher des RCDS. Bundesfinanzminister Stoltenberg nannte es ein „schweres und unentschuldigbares Versäumnis“ der SPD, bis 1982 keine neuen Rechtsgrundlagen für Parteispenden geschaffen zu haben. In diesem Wissen habe die SPD auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, zuletzt 1980, Millionen Spenden gesammelt und steuervorgünstigt im Wahlkampf eingesetzt. Was die SPD jetzt betreibt, sei ein „schlimmes Beispiel von doppeltem Moral“, erklärte Stoltenberg.

CDU-Schatzmeister Kiep schilderte, er habe der Staatsanwaltschaft das Angebot gemacht, ihn und die CDU in einen Anklagezustand zu versetzen, damit man auf dem Wege eines Musterprozesses alle strittigen Fragen klären könne, ehe man eine Lawine von Untersuchungsverfahren gegen unbescholtene Bürger einleite. Dieser Vorschlag sei im April 1983 abgelehnt worden. Stattdessen sei die Staatsanwaltschaft den „Weg des großangelegten Massenverfahrens gegangen“.

Kohl ist fest entschlossen, die Amnestie durchzusetzen

MANFRED SCHELL, Stuttgart  
Die geplante Amnestie für Steuerhinterzuger bei Parteispenden bewegt die Gemüter auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart mehr, als es nach außen hin den Anschein haben mag. Bundeskanzler Helmut Kohl ist fest entschlossen, dieses umstrittene Gesetz, über das auch so manche seiner Parteifreunde die Nase rümpfen, im Bundestag durchzusetzen. Er hat es zu seiner persönlichen Sache gemacht, eingedenk aller Risiken, die damit verbunden sind. „Speiße“, so sagte Kohl vor Beginn des Parteitages in der internen Beratung des Parteivorstandes, werde es ihm, wenn er die Haltung der SPD in diesem Zusammenhang sehe.

Die Risiken, die der Bundeskanzler einkalkulieren muß, liegen nicht bei der Union. Hier ist trotz vereinzelter kritischer Stimmen die Mehrheit gesichert. Die Junge Union war sich zunächst unschlüssig, ob sie einen eigenen Antrag einbringen will; später legte sie ihn vor. Die Sozialausschüsse sind von Norbert Blum vergrößert worden, bei abweichenden Meinungen keinesfalls im Namen der CDA zu sprechen.

FDP-Votum ungewiß

Viel unterschiedliche Kritik war an der Parteibasis vor allem an der „Überrumpelung“ durch die Parteioberen geübt worden. Aber sie wird nicht öffentlich artikuliert, weil dies angesichts des Engagements von Kohl sehr leicht als direkte Kritik an dessen Person gedeutet werden könnte. Und das wollen die meisten nicht. Kohl ist unumstritten, sowohl als Kanzler wie auch als CDU-Bundesvorsitzender.

Die Unsicherheiten liegen auf anderen Feldern. Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat den Gesetzentwurf mit beschlossen. Seine Partei habe ebenfalls ein elementares Interesse daran. Aber nicht abzusehen ist, wie das endgültige Votum der

FDP aussehen wird, wenn der Druck von den Mitgliedern und den Landesvorsitzenden weiterhin anhält oder aber der Parteitag in Münster Anfang Juni die Ablehnung der Amnestie fordern sollte.

Für die CSU hat Franz Josef Strauß vor der CDU/CSU-Bundesstabskonferenz erklärt, daß seine Partei die Amnestie und den eingeschlagenen Weg für richtig hält. Strauß hatte freilich eine „harte Auseinandersetzung“ vorhergesagt und davor gewarnt, sich als Zwei-Klassen-Politiker zu begreifen. Nach dem Motto, die einen seien anrüchliche Politiker und die anderen könnten so tun, als gehe sie das alles nichts an. Bislang steht die CSU zu ihrem Wort. Es gibt keine abweichende Stimme aus ihren Reihen. Aber Kohl weiß natürlich, daß Strauß der FDP „an die Gurgel“ gehen würde, wie es gestern ein prominenter Delegierter formuliert, wenn diese aus dem Amnestie-Beschluß ausbrechen sollte. Für Strauß wäre dann die Situation erreicht, in der er die Koalitionsfrage stellen könnte.

Ein drittes Risiko, das überhaupt nicht abzuschätzen ist, wird das Verhalten des Bundespräsidenten sein, der seine Unterschrift unter das Gesetz verweigern kann. Gleich, ob es noch Karl Carstens oder dem neuen Staatsoberhaupt, Richard von Weizsäcker, vorgelegt werden sollte, von vornherein ist die Zustimmung nicht gewiß. Carstens hätte Gründe zur Kritik am jetzigen Verfahren. Er hatte schließlich mit der Einsetzung einer Sachverständigenkommission den Parteien Luft in der unpopulären Diskussion über die Parteispenden verschafft. Nun fühlen sich die Mitglieder dieser Kommission dupliert, und sie sprechen dies öffentlich aus. Die Kommission ist von einem Amnestie-Verzicht ausgegangen. Das war für sie, wie Professor Hans-Peter Schneider sagte, gewissermaßen die Geschäftsgrundlage.

Kohl hat sich im CDU-Bundesvorstand dazu, wie stabil die FDP in

dieser Frage ist, nicht geäußert. Er sagte nur einen Satz, der in diese Richtung geht. Es sei nicht Sache der Union, sich den Kopf zu zerbrechen, ob andere in der Lage sind, dies „durchzustehen“. Norbert Blum erklärte im CDA-Vorstand, es müsse klar sein, daß es um die Spender gehe und „nicht um die krumme Sache, die in die Diskussion gehen. Er sei gern bereit, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich im Zusammenhang mit Flick um Parteispenden kümmere, zehn Stunden Zeit zu opfern und dort zur Gesamtproblematik Stellung zu nehmen.

Alternative zur Amnestie

Er könne die Leute nicht alleine lassen, die in schwierigen Zeiten und in gutem Glauben der Union geholfen hätten. So habe die Wirtschaft in der schwierigen Zeit 1973/74 der CDU in staatsmännischem Sinne geholfen. Die Alternative zu der Amnestie, so Kohl, wäre ein drei- bis vierjähriger qualifzierender Prozeß gewesen. Diese Absicht hätten die Linken verfolgt. Ein solches Verfahren, das darauf hinausläufe, die Wirtschaft zu schädigen, sie und Parteien moralisch in die Ecke zu stellen, lehne er ab. Kohl betonte, er sei von der Rechtmäßigkeit des eingeschlagenen Verfahrens überzeugt.

Die Vertreter des RCDS wiederholten im Parteivorstand ihre Kritik: Das Rechtsbewußtsein der jungen Generation werde beschädigt. Kurt Biese, CDU-Schatzmeister, erklärte, er sei heute von der Staatsanwaltschaft nicht zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen gehört worden. Das Parlament wird sich erstmals am 24. Mai mit dem Gesetzentwurf befassen.

Zitate aus der Rede des CDU-Vorsitzenden

DW, Stuttgart

Die WELT dokumentiert Zitate aus der Grundsatzrede des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl:

„Es geht wieder aufwärts mit Deutschland.“

„Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft hat eine unübersehbare Trendwende herbeigeführt.“

„Mit dem Geld des Bürgers wird wieder solide gewirtschaftet.“

„Wer Ja sagt zur Einheit der Nation, muß auf die Menschen in der DDR zugehen, muß zu ihnen gehen, muß die Chance des Miteinanders nutzen.“

„Die deutsche Nation ist Wirklichkeit im Bewußtsein der Deutschen. Wir finden uns mit der Teilung nicht

Wettbewerb herausfordern. Wir setzen auf Leistungswillen und Lebensmut.“

„Zwischen Demokratie und Diktatur gibt es keinen Mittelweg. Wir wissen, wo wir stehen: auf der Seite der Freiheit.“

„Wie keine andere Institution hatten Ehe und Familie in den letzten anderthalb Jahrzehnten unter den Ideologien der Linken zu leiden.“

„Familien Sinn kann nur in der Familie selbst wachsen.“

„Kinder brauchen die Autorität und das Vorbild der Eltern.“

„Der Staat der Daseinsvorsorge hat zu viele Aufgaben an sich gezogen, denen er sich immer weniger gewachsen zeigt.“

„Der wichtigste Rohstoff unseres Landes sind Intelligenz und Talent des Menschen.“

„Diese große und eindrucksvolle Hilfsbereitschaft ist doch der Beweis dafür, daß wir keine Ellenbogengesellschaft sind.“

„Für uns gilt: Im Zweifel für die Vielfalt und gegen die Schablone.“

„Wer Kinder großzieht, soll weniger Steuern zahlen als jene, die ihren Beitrag zum Generationenvertrag nur finanziell leisten.“

„Wir sind auch deshalb gegen Gleichmacherei, weil ohne Anreiz zur Leistung am Ende nur noch Mangel zur Verteilung übrigbleibt.“

„Für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft ist es entscheidend, daß wir aus Zuversicht und berechtigtem Selbstvertrauen neue Kraft schöpfen.“

„Ethische Maßstäbe bei der Einführung neuer Techniken kann jedoch nur entwickelt und durchgesetzt werden, wer selbst an der Spitze des Fortschritts steht. Nur er kann voraussehend mitgestalten.“

„Wir haben Macht, aber wir sind keine Machthaber.“

„Der Wähler hat stets das letzte Wort; ein Schlußwort spricht er nie.“



Helmut Kohl

ab, die Geschichte spricht kein letztes Wort, sie schafft keinen endgültigen Zustand. Wir bleiben unseren Landsleuten in der DDR verpflichtet.“

„Diese Zuversicht, dieser Optimismus sind mehr als eine Stimmungslage; sie sind Ausdruck unserer Lebenshaltung und unseres christlichen Menschenbildes.“

„Christliche Zuversicht steht gegen die aus Glaubensverlust entstandene Lebensangst unserer Zeit.“

„Wir sind dabei, die großen Reserven an geistiger, moralischer und materieller Kraft unseres Landes neu zu mobilisieren.“

„Wir wollen die Selbstständigkeit des Bürgers. Wir wollen Vielfalt und

Kohl würdigt die Männer des 20. Juli

XING-HU KUO, Stuttgart

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zu Beginn des CDU-Bundesparteitages der CDU in Stuttgart die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 gewürdigt. Wenige Wochen vor dem 40. Jahrestag des missglückten Versuchs des Widerstandsbewegungs, durch ein Attentat auf Hitler den Krieg zu beenden, erklärte der Bundeskanzler, die Opfer des deutschen Widerstandes seien „nicht umsonst gewesen“.

Kohl erinnerte die Delegierten in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle daran, daß die „mutige Tat“ des 20. Juli eine der Voraussetzungen gewesen sei, daß eine „Brücke zwischen den Feinden von gestern und den Deutschen“ habe geschlagen werden können.

Der Widerstand des 20. Juli habe ferner die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht, die „ein Staat des Rechts, der freiheitlichen Verfassung und des Friedenswillens“ sei. Unser Staat werde von der Zustimmung der Bevölkerung getragen.

Als einen der ethisch wichtigsten Aspekte des deutschen Widerstandes, der sich keineswegs nur auf die Tat der Männer und Frauen des 20. Juli beschränkt, sondern aus vielen Gruppen, die aus vielen moralischen Quellen schöpfen, bestanden habe, nannte der Bundeskanzler den „Verzicht, Politik und Moral wieder zusammenzuführen“. Denn Politik und Moral, so Kohl seien „nicht voneinander zu trennen“. Im Widerstand war

jene „moralische Größe“ zu finden. Diese „große Leistung“ des deutschen Widerstandes wirke aber auch „heute und in die Zukunft“.

Nicht nur für die CDU, sondern auch für alle Menschen guten Willens bestehe die historische Verpflichtung, das Vermächtnis der Männer und Frauen des Widerstandes zu wahren und in ihrem Sinne zu wirken, betonte Kohl.

Der Bundeskanzler hob insbesondere die „menschliche Größe“ der Widerstandskämpfer, die im Angesichts des Todes mehr an ihre Angehörigen und Freunde dachten als an sich selbst hervor: „Uns bleibt die Trauer um die Taten des deutschen Widerstandes, Anteilnahme und herzliche Sympathie für deren Familien, Achtung vor dieser Haltung und der Tat, die bis heute so groß bleibt, wie sie damals einsam war.“

Niemand könne heutzutage ermessen, wie groß der Schmerz und das Leiden der Verschwörer des 20. Juli waren, die in Kenntnis der „tödlichen Gefahr“ und der Folgen auch für ihre Angehörigen dennoch versuchten, die „Katastrophe“ abzuwenden, sagte Kohl.

Herzliche Worte richtete der Bundeskanzler an die Witwe des hingerichteten Claus Graf Schenk von Stauffenberg, der der Verschwörung des 20. Juli 1944 angehörte, sowie an Ulrich Goerdeler, den Sohn des Widerstandskämpfers und Leipziger Oberbürgermeisters Karl Goerdeler. Kohl überreichte ihnen Blumen.

Strauß: Streiks wären jetzt unverantwortlich

MANFRED SCHELL, Stuttgart

Als unverantwortlich hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß Streiks in der jetzigen Wirtschaftslage unseres Landes bezeichnet. Vor den Delegierten des CDU-Bundesparteitages sagte Strauß gestern in Stuttgart, mit Streiks würden „Steine auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung geworfen“. Er frage sich, was in den „Köpfen derer vor sich geht, die Streiks vom Zaun brechen, die überflüssiger sind als ein Kropf und schädlicher als ein Hochwasser“. Das Gebot der Stunde sei vielmehr, Arbeitsplätze zu bewahren, zu sichern und zu vermehren.

Strauß, der mit freudlichem Beifall begrüßt wurde, erklärte, der wirtschaftliche Aufschwung sei nun da. Der Aufschwung laufe, ob er sich aber selber trage, werde man erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilen können. Erschwert werde dieses Ziel, wenn es zu Arbeitskämpfen käme. Die Adresse der Gewerkschaften gerichtet sagte der CSU-Vorsitzende, es sei ein großer Irrtum anzunehmen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich würde automatisch mehr Arbeitsplätze schaffen. Unbestritten sei andererseits, daß weitere Kostenbelastungen für die Wirtschaft, vor allem für den Mittelstand, „Gift“ seien.

Die Wende auf dem Gebiet der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik sei gelungen, betonte Strauß, der ausdrücklich die Leistungen von Bundesfinanzminister Gerhard Stol-

tenberg würdigte. Einige „Schutt“ aus der Vergangenheit müsse auf anderen Gebieten noch aufgeräumt werden. Das Ziel, eine geistige Erneuerung herbeizuführen, dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Da zu gehöre vorrangig, „wieder geschichtlichem Bewußtsein und Verantwortung zu vermitteln“, insbesondere auch im Hinblick auf den anderen Teil Deutschlands. Die deutsche Geschichte habe schließlich nicht mit Hitler begonnen, sie sei auch nicht mit ihm untergegangen.

Es gelte auch, so forderte Strauß, der „Entscheidung“ der Politik entgegenzuwirken. Politik könne sich nicht so darstellen, daß – wie an einer Wascheleine – auf der einen Seite die Bürgerinitiativen und auf der anderen Gerichtsurteile aufrehten seien. Die Politik habe ihren Beitrag zur geistigen Führung zu leisten. Wer davor zurückweiche, sei ein „Feigling“. Zu dieser geistigen Erneuerung gehöre auch, der „Entmoralisierung des Verbrechens“ entgegenzuwirken.

Kritisch merkte der CSU-Vorsitzende zu Aussagen des FDP-Vorsitzenden Genscher an, der sich vor dem „Popanz“ verbeugt und erklärt habe, mit der FDP werde es keine konservative Gegenrevolution geben. Darum gehe es überhaupt nicht, sondern um die „Rückkehr zu liberal-konservativen Maßstäben“. Außerdem müsse einmal eine grundsätzliche Definition des Begriffs „liberal“ herbeigeführt werden, betonte Strauß.

Dregger mahnt „DDR“ zur Liberalisierung

ms, Stuttgart

Unmißverständliche Worte richtete der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundesstabskonferenz, Alfred Dregger, in seinem Rechenschaftsbericht an die Adresse der „DDR“-Führung. Er forderte Ost-Berlin auf, nicht nur technisch und ökonomisch eine Spitzenstellung im Ostblock einzunehmen, sondern auch in der inneren Liberalisierung. Bonn habe kein Interesse daran, daß Mitteldeutschland von Deutschen entblößt werde.

Dregger fügte hinzu: „Aber wenn es der Volksrepublik Ungarn möglich ist, jedem Bürger einmal im Jahr eine West-Reise zu erlauben, dann sollte das auch der DDR möglich sein, ohne daß das gleich in eine Massenflucht ausartet. Je mehr der Druck auf unsere Landsleute drückt, desto mehr werden sie selbstverständlicher werden, sie bei freiem Reiserecht in ihre angestammte Heimat zurückkehren.“

Dregger ging auch auf den bevorstehenden Besuch des SED-Chefs Honecker in der Bundesrepublik Deutschland ein. Es sei gut, daß Honecker seine alte Heimat besuchen wolle; auch er sei deutscher Staatsbürger. Dregger: „Aber bitte, Herr Generalsekretär, kommen Sie nicht mit leeren Händen. Wir erwarten mehr von Ihnen als die Korrektur in letzter Zeit entstandenen Mißbeligungen. Wir erwarten substantielle Verbesserungen für das Zusammenleben der Deutschen in Deutschland.“ Sonst wäre seine Begegnung mit Helmut Kohl sinnlos.

US-Finanzhilfe für Zypern bei Einigung

dpa, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat Zypern Finanzhilfe von bis zu 250 Millionen Dollar geboten, wenn die türkischen und griechischen Volksgruppen auf der Insel selbst zu einer Einigung kommen. Für das laufende Jahr gab Washington dem Inselstaat 18 Millionen Dollar Wirtschaft- und Sicherheitshilfe und stellte neun Millionen Dollar für die UN-Truppen auf der Insel bereit. Reagan sagte, statt die Türkei zu bestrafen, sollte man die Parteien auf Zypern selbst ermutigen. Bisher hatte der Kongreß versucht, die Türkei durch Kürzungen der für sie bestimmten Finanzhilfe zu einem Einlenken in Zypern zu zwingen.

Die jetzt von Reagan angebotene Summe, der noch der Kongreß zustimmen mußte, soll gezahlt werden, wenn die griechischen und türkischen Zyprioten Fortschritte zu einer Einigung erzielen. Im November 1983 hatte die türkische Minderheit im Norden der Insel eine unabhängige Republik ausgerufen.

CSU-Chef nennt Kritik der SPD „Heuchelei“

DW/AP, Bonn

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat sich für die von der Bundesregierung geplante Parteispendenamnestie ausgesprochen und die Kritik der Opposition als „Heuchelei“ bezeichnet. In einem Interview in der heutigen Ausgabe der „Bild“-Zeitung sagte Strauß, an der Solidarität der CSU, um das Gesetz im Bundestag durchzubringen, werde „es nicht fehlen“. Strauß zeigte sich überzeugt, daß das Amnestiegesetz vom Parlament beschlossen werden wird. Er verweise sich dabei in diesem Punkt auf die Autorität von Bundeskanzler Kohl und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, sagte der bayerische Ministerpräsident.

Seit Jahren habe er auf eine saubere Klärung der Spendenpraxis gedrungen. Strauß: „Die Rechtslage war nicht einwandfrei. Niemand sollte ihm erzählen, daß die Finanz- und Justizminister „nichts davon gewußt haben“. Die Kritik der SPD an dem geplanten Gesetz nannte Strauß „blanke Heuchelei“.

Spannungen im Warschauer Pakt

Die „DDR“, Ungarn und Rumänien betonen Eigeninteressen / Ein Kanzler-Hinweis

MANFRED SCHELL, Stuttgart

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in den außenpolitischen Teil seiner Parteitagrede einen Satz eingeflochten, der – auf den ersten Blick betrachtet – unwesentlich erscheinen mag: „Ich habe sowohl Generalsekretär Andropow als auch Generalsekretär Tschernenko gesagt: Wir werden keine Politik verfolgen, die einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegeneinander ausspielt.“ Diese Aussage des Bundeskanzlers war offenkundig zur Beruhigung der sowjetischen Führung gedacht.

In Bonn liegen Informationen vor, die zu der Einschätzung geführt haben, daß die „DDR“, Ungarn und Rumänien nicht an einer Vereisung der Ost-West-Beziehungen interessiert sind und diese Regierungen, in Deutungen, auf eine gewisse Distanz zu Moskau gegangen sind. Dahinter stecken handfeste ökonomische und technologische Interessen, aber auch Absichten, auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit dem Westen zusammenzuarbeiten. Es ist aufgefallen, daß die „DDR“ und Ungarn als einzi-

ge Ostblockstaaten Delegationen zur Vorbesprechung für die internationale Umweltschutzkonferenz in München entsandt haben.

Bei dem Treffen der Außenminister des Warschauer Paktes Ende April, so besagen Informationen, hätten die „DDR“, Ungarn und Rumänien versucht, Moskau zu einer flexiblen Haltung hinsichtlich der Wiederaufnahme der Genfer Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu bewegen. Tatsächlich war das Kommuniqué über diese Außenministerkonferenz frei von aggressiven Tönen. Moskau hat bisher als Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der USA gefordert, die NATO müsse die Situation wiederherstellen, die vor der Realisierung ihres Nachrüstungsbeschlusses bestanden habe. Die drei Regierungen in Ost-Berlin, Budapest und Bukarest wünschen offenkundig, daß schon eine entsprechende Bereitschaftserklärung der NATO eine Fortsetzung der Verhandlungen in Genf ermöglichen sollte.

In Bonn liegen auch zuverlässige

Informationen über den Verlauf der Vorgespräche für den nächsten RGW-Gipfel des Ostblocks im Juli vor. Auch dabei, so heißt es, hätten die „DDR“, Ungarn und Rumänien versucht, eine Entwicklung zu verhindern, die darauf abziele, die Beziehungen zum Westen einzuschränken. Unübersehbar sei, daß Moskau die Zügel anziehen wolle. So habe es bei dieser Gelegenheit Proteste gegen das „Preisdiikt“ Moskaus bei Rohstoffen gegeben.

Im April hat es in Prag eine vertrauliche Sitzung von Delegierten aus der Tschechoslowakei und der „DDR“ gegeben, bei der es ebenfalls über die Frage der Westbeziehung ging. Dabei hat die „DDR“-Seite unmißverständlich ihr Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen und zwar aus ökonomischen und technologischen Gründen bekundet. In Bonn ist auch aufmerksam registriert worden, daß von der Tschechoslowakei aus eine Pressekampagne gegen die „Westbeziehung“ gestartet – und dabei vor allem Ungarn mit Kritik bedacht worden war.

Berliner FDP: Absage an das Amnestiegesetz

F.D. Berlin

Der Berliner FDP-Landesausschuß hat sich gestern auf einer Sitzung mit großer Mehrheit gegen den Gesetzentwurf zur Straffreiheit für Parteispenden ausgesprochen. Der Berliner Landesvorsitzende Rasch forderte die FDP-Bundestagsfraktion auf, ihre Unterstützung für diesen Entwurf zurückzuziehen und nicht „weiter zu verfolgen“. Gleichzeitig will der FDP-Landesvorstand auf dem bevorstehenden FDP-Bundesparteitag einen Antrag einbringen, der den Gesetzentwurf verurteilt.

Begründung: „Der Versuch, Steuererlagen im Zusammenhang mit Parteispenden unter Amnestie zu stellen, hat schon zu einer weiten Entfremdung zwischen den politischen Parteien – auch und besonders der FDP – geführt. Politische Parteien, die sich mit guten Argumenten dagegen wehren, beispielsweise bei Vergehen im Zusammenhang mit den Häuserbesetzungen, Amnestie zu gewähren, können nicht in eigener Sache Strafverfolgungen abwehren.“

Für Benda hat Steuergeheimnis Verfassungsrang

HEINZ HECK, Bonn

Das Steuergeheimnis hat Verfassungsrang. Diese Auffassung vertrat der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Ernst Benda, gestern in einem Vortrag auf dem Deutschen Steuerberaterkongreß in Bonn zum Thema „Steuergeheimnis: Kann der Bürger noch darauf vertrauen?“. Benda befaßte sich vor allem mit der Frage, welche Auswirkungen das Verfassungsgerichts-urteil zur Volkszählung vom 15. Dezember 1983 und zum dort beschriebenen „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ auf das Steuergeheimnis habe. Die gesteigerte Notwendigkeit eines verfassungsrechtlich verbürgten Schutzes der Privatsphäre ergebe sich aus der technischen Entwicklung sowie aus dem „eigenständlichen Nebeneinander der zunehmenden Anonymität der allgemeinen Lebensverhältnisse und der wachsenden Fähigkeit, den einzelnen in seiner Lebensgestaltung zu beobachten, zu analysieren und zu registrieren“.

Nach Ansicht Bendas dürfe man nach der Volkszählungsentscheidung nicht mehr unterscheiden zwischen Daten, die einen letzten Bereich menschlichen Eigenlebens betreffen, und anderen, weniger sensiblen Daten. Vielmehr gebe es unter den heutigen Bedingungen „keine völlig unsensiblen und belanglosen Daten mehr“. Alles, was in dem Urteil zur Statistik gesagt sei, gilt nach Meinung Bendas auch für das Steuergeheimnis.

Umweltschutz durch Marine

AP, Bonn

Die Bundesmarine will ihre Anstrengungen für den Umweltschutz auf der Nord- und Ostsee verstärken. Wie Marineinspektor Asgar Bethge gestern in einem in Bonn veröffentlichten Brief an den FDP-Bundestagsabgeordneten Torsten Wolgramm mitteilte, könne die Marine – möglicherweise in Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften der Nordsee-Anliegerstaaten – weitere Aufgaben übernehmen. Bethge erklärte, daß bis 1985 die Umrüstung von zwei Propellermaschinen des Typs DO-28 beendet sein werde, deren Elektronik Ölspuren auf dem Wasser feststellen könne. Zur Kontrolle eignen sich 19 langsam fliegende See-Überwachungs- und U-Boot-Jagdflugzeuge, und Minenjagdboote könnten auf der Suche nach Giftkassern Hilfe leisten. Außerdem sei in Zusammenarbeit mit dem Bundesverkehrsministerium eine Radarüberwachung der Deutschen Bucht vorgesehen und in Kürze werde die Bundesmarine ein spezielles Ölauffangschiff übernehmen.

Grenzkontrollen in EG nötig

dpa, Koblenz

Die Sicherheit der Grenzkontrollen darf auch auf dem Weg zu einem vereinten Europa nicht unterschätzt werden. Der Direktor der für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Grenzschutzdirektion Koblenz, Horst Eisel, bekräftigte diese Ansicht mit dem Hinweis auf die international organisierte Kriminalität. Für die Bundesrepublik sei daher ein Kompromiß zwischen den Sicherheitsinteressen und einer größtmöglichen Freizügigkeit der Bürger nötig. Eisel bedauerte, daß mit Blick auf die bevorstehende Europawahl mit Begriffen „gearbeitet werde, die keiner Überprüfung standhalten“. Ein Fortfall der bestehenden nationalen Grenzen wäre auch beim Zustandekommen der „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht zu erwarten. Jede Grenze bleibe als optimale polizeitaktische Linie bestehen und behalte ihre lebenswichtige Funktion für die Bürger des jeweiligen Landes. International organisierte kriminelle Gruppierungen, die mit allen Mitteln der modernen Technik ausgerüstet seien, müßten schon an „vorderster Front“ dingfest gemacht werden. Dies bedeute ein Maximum an Freiheit für die Bürger im Inland, da ohne Grenzkontrollen die Polizeidichte erhöht und Polizeibefugnisse erweitert werden müßten.

„DDR“-Bonn auf Konfrontationskurs

dpa, Ost-Berlin

Die „DDR“ hat der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, sich „in den verschärften Konfrontationskurs der USA“ einzunordnen. Auf einer Veranstaltung in Ost-Berlin zum 35. Jahrestag der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg erklärte SED-Politbüromitglied Alfred Neumann, „Erscheinungen von Antisowjetismus und Nationalismus“ in der Bundesrepublik lösten Besorgnis aus. Angesichts der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa stelle sich „nachdrücklicher denn je“ die Frage nach den Garantien, die die Bundesrepublik biete, daß von ihrem Gebiet nicht ein neuer Krieg ausgehe.



# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Ben Wisch und Korruption

„Wahrheiten über ein Land, das gegen Israel 'Heiligen Krieg' führt“; WELT vom 27. April

Sehr geehrter Herr Springer, ich danke Ihnen für die Veröffentlichung Ihrer Antwort auf das Schreiben von H. J. Wischniewski.

Ich wußte schon immer, daß es noch mutige Menschen gibt, die auf Wahrheit mehr Wert legen als auf Öl. Sie sind einer davon. Wischniewski will im „Interesse Deutschlands“ Ihnen das Recht, die Wahrheit zu schreiben, abstreifen. Der Richter „Geschichte“ wird uns zeigen, wer den Interessen Deutschlands besser gedient hat. Ich bin zuversichtlich.

H. J. Wischniewskis Einsatz für ein korruptes, feudales Land zeigt mir, wie erstaunlich tief seine moralischen Werte liegen. Und das von einem Präsidiumsmitglied einer fortschrittlichen Partei? Vielleicht fortschrittlich im saudi-arabischen Sinne.

Herr Springer, Sie werden die Meinung Wischniewskis nicht ändern können, denn er gebraucht ein anderes Argument: Das Öl muß von der anderen Seite fließen. Bitte lassen Sie sich von solchen Menschen nicht aufhalten, denn es ist schade, die teure

Munition für soviel Mäßigkeit zu verschwenden.

Mit freundlichem Gruß  
Dr. G. Lanzer,  
Düsseldorf

Sehr geehrte Redaktion, von einer längeren Reise zurückgekehrt, lese ich mit Erstaunen, wie eifrig der prominente SPD-Politiker Wischniewski die saudischen Prinzen verteidigt (Ausgabe vom 27. April). Es ist markwürdig: Bei uns will die SPD die Partei der sozialen und humanitären Reformen, der sozialen Gerechtigkeit und des allgemeinen Fortschritts sein; sie solidarisiert sich mit den Gewerkschaften, wenn diese kürzere Arbeitszeiten fordern, zum Beispiel die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Doch ein Mitglied des SPD-Präsidiums findet nichts dabei, daß Saudi-Arabien von einem Feudal-Regime reaktionär regiert wird?

Ich verstehe nicht, wie man so mit zweierlei Maß messen kann.

Mit freundlichen Grüßen  
R. Krause,  
Berlin

## Solidarität auf Befehl?

„Solidarität ist der beste Verbündete der IG Metall“; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

tritt die Pflicht zur (gedankenlosen) Solidarität wieder an die Stelle des blinden Gehorsams? Wenn Arbeitnehmer sagen, sie seien zwar eigentlich auch gegen den Streik, aber sie müßten sich ja solidarisch mit ihrer Gewerkschaft verhalten, dann erinnert dies in fataler Weise an die Diskussionen über blinden Gehorsam oder die Pflicht zur Befehlsverweigerung. Zahlreiche Urteilsbegründungen nach dem Krieg sollten uns eigentlich bewußt gemacht haben, daß wir auch dann die persönliche Verantwortung für unsere Entscheidungen und Handlungen tragen, wenn wir sie „auf Befehl“ oder „in Solidarität“ ausführen.

Aus der Mitverantwortung für einen möglichen wirtschaftlichen und politischen Scheiternhaufen soll sich niemand unter Berufung auf einen „Solidaritätsnotstand“ heraushebeln.

Wenn im übrigen die IG Metall der Auffassung ist, daß in den zu ihrem Geltungsbereich gehörenden Industrien wieder genug zu verteilen ist, so daß dafür gestreikt werden muß (Karola Sommerer in Höfers „Frühschoppen“ am 23. 4. 1984), so muß ich verlangen, daß z. B. für die Eisen-, Stahl- und Werftindustrie ab sofort sämtliche Subventionen gestrichen werden. Ich kann es nicht billigen, daß meine Steuergroschen zur Unterstützung von Industrien verwendet werden, die es sich leisten können, für mehr Geld weniger zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. G. Haefeker,  
Hamburg 36

Sehr geehrte Herren, der ideologisch harte Kern der Gewerkschaften hat zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, daß in seiner Vorstellungswelt die marktwirtschaftliche Ordnung ein systemwidriges Element ist. Allein unter dieser Betrachtungsweise kann die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche ihre Erklärung finden. Maßstäbe wirtschaftlicher Vernunft jedenfalls können es nicht gewesen sein, die zu dieser Forderung geführt haben.

Die mit der geforderten Arbeitszeitverkürzung zusätzlich anfallenden Lohn- und Arbeitsplatzkosten werden, soweit sie nicht durch höhere Effektivität aufgefangen werden können, im Preis verdient werden müssen. Verstärkter Inflationsdruck, sowie wachsender Leistungs- und Rationalisierungsdruck sind dann unvermeidlich. Wo aber das hiernach Erforderliche am Markt bzw. in den

Betrieben nicht durchgesetzt werden kann, wird der Abbau von Arbeitsplätzen oder gar die Aufgabe von Betrieben die Folge sein.

Die 35-Stunden-Woche, gleichgültig, ob mit oder ohne vollen Lohnausgleich, kann einen sinnvollen Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme nicht leisten. Wer unter den gegebenen Umständen eine solche Arbeitszeitverkürzung fordert, der betreibt Tarifpolitik gegen den Arbeitnehmer und letztlich auch gegen den Arbeitslosen. Er wird sich fragen lassen müssen, was seine wirklichen Ziele sind. Franz Steinkühler von der IG Metall hat es ganz offen gesagt: Es geht um die Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Und er ist nicht der einzige Gewerkschaftsführer, der das will. Diese Herren wollen eine andere Gesellschaftsordnung, oder, wie es der ehemalige Bundesfinanzminister Prof. Schiller einmal ausdrückte: eine „andere Republik“. Und am Ende dieses Weges könnte dann die Forderung stehen: „Alle Macht den Räten!“

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Bodo Ehmer,  
Gabsheim

In den derzeitigen Verhandlungen und Debatten zwischen den Arbeitgeber- und Gewerkschafts-Vertretern wird leider kaum einmal die Frage an die Gewerkschaftsvertreter gerichtet, warum diese in ihren vielen eigenen Unternehmungen und Verwaltungen nicht zuallererst als Vorreiter und beispielgebend die 35-Stunden-Woche einzuführen sich entschließen bzw. schon längst entschlossen haben. Denn diese vielen Verwaltungen und Unternehmungen sind ja durchaus keine unbedeutenden Arbeitgeber, die nach meiner Schätzung schon alleine einige zehntausend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könnten.

Gute Beispiele finden bekanntlich immer Nachahmer, und was man von anderen verlangt, sollte man selbst tunlichst erstmal vorzeigern, wenn man glaubwürdig sein und bleiben will. Eine bessere Propaganda für die 35-Stunden-Woche gäbe es ja doch gar nicht.

Aber ich vermute, daß die Gewerkschaften selbst nicht die Courage dazu haben und sie das Risiko, das damit verbunden ist, scheuen. Möglicherweise fehlt es den Gewerkschaften selbst auch an den geeigneten und fähigen Managern, die sich bei ihren eigenen Genossen durchsetzen vermögen. Und schließlich würde eine solche Maßnahme die Gewerkschaften auch eine ganz schöne Stange Geld kosten, womit die Gewerkschaften wohlweislich aber sparsam umgehen werden wollen und auch müssen. Denn im Falle eines möglichen längeren Streiks und einer längeren Aussperrung kommen mit Sicherheit ganz erhebliche finanzielle Belastungen auf die Gewerkschaften zu.

Freundliche Grüße!  
Hermann Hillbrecht,  
Hattorf/Harz

Sehr geehrte Damen und Herren, die Funktionäre des DGB und seiner Einzelgewerkschaften lassen jegliches Demokratieverständnis fehlen, indem sie sich diktatorisch über die Meinung der Mehrzahl ihrer Mitglieder hinwegsetzen und ihnen damit die Mündigkeit nehmen! Es ist erstaunlich und zugleich beängstigend, daß die Gewerkschaftler sich diese Bevormundung bieten lassen. Sie sind aufgerufen, sich zu wehren, zu streiken gegen ihre Funktionäre und für mehr Mitbestimmung in der eigenen Organisation!

Mit freundlichem Gruß  
Heinrich Strack,  
Holtland

## RWE UMWELT-BILANZ 1984 TEIL 5



## SCHWEFELBREMSE

oder: RWE investiert Milliarden für den Umweltschutz.

Rund 3 Mrd. DM wird das RWE in den nächsten Jahren allein für die Entschwefelung seiner Kohlekraftwerke ausgeben. Weiter geben wir 5 Mrd. DM für den Bau neuer, umweltfreundlicherer Braunkohleblöcke aus. Zusammen rund 8 Mrd. DM.

Damit wird das RWE in diesem Bereich die Entwicklung und Anwendung neuer Umweltschutz-Technologien weiter vorantreiben. Kalk dient uns dabei als Schwefelbremse.

Umfassende Maßnahmen

1. Schnellstmögliche Inbetrieb-

nahme von vier neuen 600-MW-Blöcken mit nasser Rauchgasentschwefelung. Stilllegung alter, nicht so umweltfreundlicher Kraftwerke.

2. Ausrüstung aller Braunkohlekraftwerke, die längerfristig betrieben werden sollen, mit Naßentschwefelungsanlagen.

3. Frühzeitige - d.h. eher als gefordert - Reduzierung des Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>)-Ausstoßes in geeigneten Braunkohlekraftwerken durch die Anwendung des von uns entwickelten Trocken-Additiv-Verfahrens.

4. Erprobung und Weiterentwicklung alternativer Entschwefelungsverfahren.

Wie sauber wird unsere Luft?

Das RWE wird durch den Bau neuer und die Ausrüstung vorhandener Kraftwerke mit Entschwefelungsanlagen den Gesamt-SO<sub>2</sub>-Ausstoß seiner Braunkohlekraftwerke um rund 75% reduzieren. Allerdings sind die deutschen Kraftwerke am SO<sub>2</sub>-Niederschlag nur zu rund 20% beteiligt. Rund 30% kommen aus Haushalt und Gewerbe. Die restlichen 50% stammen aus dem Ausland.

Wenn Sie an zusätzlichen Informationen zum Thema umweltfreundliche Stromerzeugung interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Wir halten umfangreiches Informationsmaterial für Sie bereit.

# RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG  
4300 Essen, Kruppstraße 5

## Wort des Tages

„Das vollständige Leben, die vollkommene Erfüllung, enthält sowohl das Alter, als die Zeit der Jugend und der Reife. Das Alter hat seine Vorzüge, die, obzwar andere, kaum kleiner sind als die der Jugend. Der alte Mensch hat mehr Zeit als der junge. Das Alter ist bereit, Aufgaben zu übernehmen, vor denen die Jugend zurückschreckt, weil ihre Erfüllung zu lange Zeit brauchen würde. Im Alter verbessert sich der Geschmack. Alter birgt die Genugtuung seiner eigenen Erfüllung in sich.“

W. Somerset Maugham; engl. Autor (1874-1955)



**BUNTE**

# DIE GOLDENEN 90er JAHRE.



Diether Stolze

Verliert die Bundesrepublik ihren Stamplatz in der vordersten Reihe der Industrienationen? Die Antwort auf die wohl wichtigste Frage unserer Zeit gibt Diether Stolze in BUNTE.

Der ehemalige Mitherausgeber der „Zeit“, Regierungssprecher im ersten Kabinett Kohl und vertraute Berater des Bundeskanzlers hat die wirtschaftlichen Entwicklungen in aller Welt analysiert und ist zu einem beruhigenden Ergebnis gekommen: Stolze hat nicht nur in Amerika und England, sondern auch in Deutschland einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend entdeckt, der uns alle in die goldenen 90er Jahre führen könnte.

Ermutigende Gründe dafür liefert er ab sofort in der neuen BUNTE-Serie „Die goldenen 90er Jahre“. Lesen Sie die BUNTE.



# Die Universitäten sollen sich mehr Selbstständigkeit erkämpfen

Aufforderung aus Herdecke an staatliche Hochschulen: Studenten selbst auswählen

**PETER PHILIPPS, Bonn**  
Vor Wettbewerb und Leistungs-kontrollen scheinen sich viele deutsche Studenten mehr als vor dem Beizeub zu fürchten. Dieser Eindruck wurde jetzt wieder in Hannover bekräftigt, als die dort versammelten mehr als 180 Rektoren und Präsidenten der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland mit Politikern über „Differenzierung und Wettbewerb“ im universitären Bereich diskutierten wollten. Sie wurden schon am Eingang der Tierärztlichen Hochschule mit Spruchbändern empfangen, auf den Sätzen wie „Solidarität gegen Differenzierung und Elitebildung“ standen. Und wenn der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, es im Saal wagte darauf hinzuweisen, daß „nicht wir die Menschen in mehr oder minder Begabte einteilen, sondern der liebe Gott“, dann waren ihm Prüfte und Zwischenrufe wie „Sozialdarwinismus“ aus den Reihen der zuhörenden Studenten sicher.

## Ideologische Reizwirkung

Der Stein, den Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher mit seinen politisierten Stellungnahmen zu mehr Wettbewerb und Elitedifferenzierung im Bereich der Hochschul-Forschung und Lehre ins Wasser der öffentlichen Meinung geworfen hatte, hat mit seinen Kreisen jenseits der Verantwortlichen an den staatlichen Universitäten inzwischen erreicht. Ohne die öffentliche Diskussion darüber wäre dies wohl nicht das Thema der diesjährigen WRK-Versammlung geworden.

Von der „ideologischen Reizwirkung“ sprach Berchem, die sich hier entfalten könne, weshalb man die Thematik in „aller Nüchternheit abklopfen“ müsse. Differenzierung dürfe nicht Selbstzweck sein, und mit

Sicherheit könne man keine Abhilfe für die festgestellten Wettbewerbsdefizite, die im Bereich der Lehre am größten seien, in vermehrter staatlicher Einflussnahme suchen. Auch am Ende der zweitägigen Rektoren-Tagung stellte sich jedenfalls nicht der Befund so negativ dar, daß man die „Flucht in neue private Institutionen“ antreten müsse, auch wenn die staatlichen „Universitäten“ den Wettbewerbs-Anstoß von dort akzeptieren. Hinzukommen müsse allerdings die Einlösung des Versprechens aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl, nämlich die „überfällige Reform des Stiftungs- und Steuerrechts“.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, ihr niederrheinischer Kollege Johann-Tönjes Cassens (CDU) und die Universitäts-Leiter Heinrich Seidel (Hannover) sowie Horst Sund (Konstanz) saßen mit Berchem auf dem Podium der Abschluß-Diskussion – und mitten unter ihnen auch Konrad Schily, Vorstandsvorsitzender des Universitätsvereins Witten/Herdecke, der einzigen bisher arbeitenden deutschen privaten Hochschule. Als Hecht im Karpenteich mochte er sich noch nicht fühlen, eher als „Stichling“. Er muß den anwesenden, auf Staatskassen lernenden Studenten wie eine Erscheinung aus einer anderen Welt erschienen sein. Wenn sein Gesichtsausdruck nicht täuschte, muß es ihm umgekehrt während der Diskussion ähnlich ergangen sein.

Er sagte jedenfalls in eindrucksvoller Klarheit, daß sich die von ihm repräsentierte Privat-Uni vor allem „wie ein Garten in der Kolchose“ Freiheit an den Hochschulen sei „im Moment nur über Privatisierung zu erreichen“. Solange die staatlichen Universitäten nicht dafür kämpfen, sich ihre Studenten auch selbst auszusuchen, würden sie nie die von ihnen

geforderte Autonomie von staatlicher Gängelung erreichen. Immer wieder gab es sorgvolle Unruhe unter den studentischen Zuhörern, daß solche Wahrheiten auf fruchtbaren Boden fallen könnten. Sie steigerte sich noch, als Schily darauf hinwies, daß man für die erstrebte „Freiheit“ auch in die Verantwortung gehen müsse. Es sei zum Beispiel die Frage, ob mit diesem Prinzip das Berufsbeamtentum der Hochschul-Professoren vereinbar sei. Er habe aber, sagte Schily, keine Sorge, daß bei einer entsprechenden Universitäts-Reform „die Professoren sehr schnell lernen würden, wie man zu Studenten kommt“.

## Zusage aus Bonn

Allzu groß war hier gar nicht die Distanz zu den Repräsentanten der staatlichen Hochschulen. Denn die Forderungen nach größerer Haushaltsautonomie, nach mehr Möglichkeiten, sich seine Studenten selbst auszusuchen hatten die Diskussionen der zweitägigen Rektoren-Tagung wie ein roter Faden durchgezogen. Bundesbildungsministerin Wilms sagte jedenfalls, daß die Bundesregierung diesen Überlegungen offen gegenüberstehe. Bei der Auswahl von Studenten habe es einen „ersten Einstieg“ durch den größeren Spielraum der Universitäten bei der Medizin-Studien-Zulassung gegeben, die 1986 in Kraft treten wird. Zu den Eckpunkten der von ihr angestrebten Novellierung des Hochschul-Rahmengesetzes werde es außerdem gehören, den Hochschulen auch mehr Spielraum bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses wie bei der Bewirtschaftung der vom Staat zugewiesenen Haushaltsmittel zu geben – also generell die Suche nach mehr „Staatsfreiheit“ für die Universitäten zur Förderung eines qualitätssteigernden Wettbewerbs.

## Masuren werden von den Polen diskriminiert

JOACHIM G. GÖRICH, Bonn

Im polnischen Parlament ist es zwischen dem aus Oberschlesien stammenden parteilosen Sejm-Abgeordneten, dem bekannten Publizisten Edmund Osmańczyk, und seinem kommunistischen Kollegen Bogdan Gawronski zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Minderheitenpolitik der polnischen Regierung gegenüber den Masuren gekommen, berichtet die KP-Wochenzeitung „Polityka“. Danach hat Osmańczyk, der bis 1945 deutscher Staatsbürger war, seiner Regierung vorgeworfen, daß nach dem Kriegsende rund 100 000 Masuren, die sich „von ihr abgetrennt“ fühlen, als „Deutsche ausgesiedelt“ wurden.

Die Zahl der Masuren in ihrer angestammten Ostpreußen-Heimat sei auf heute 6000 zusammengeschmolzen, sagte Osmańczyk. Er forderte gleichzeitig eine Amnestie für all diejenigen Polen, die aus ihrem Land in letzter Zeit in den Westen geflohen sind.

Zur Jahreswende hat sich die „Polityka“ schon einmal positiv mit den in den Masuren verbliebenen Protestanten befaßt. Sie wies darauf hin, daß in Löten noch 154 Familien (700 Personen) und in Rhein 300 Masuren leben. Eine größere Gemeinde gebe es noch in Ortelburg. Die anderen Gemeinden in Ostpreußen sind in einem Radius von 30 Kilometern verstreut.

Die Wochenzeitung hob ferner hervor, daß in Masuren noch immer polnische Protestanten mit den Deutschen identifiziert und von den zugewanderten Polen beschimpft werden. Besetzungen von evangelischen Kirchen hätten noch vor zwei Jahren Schlagzeilen gemacht. Hakenkreuzschmierereien an Haustüren und Grabmälern evangelischer Masuren sowie Brandstiftung an masurischen Gebäuden seien an der Tagesordnung gewesen, weil es denen nach Meinung polnischer Nachbarn „zu gut geht“.

## Arbeiterunruhen in der Ukraine

ms. Bonn

Zu Unruhen unter sowjetischen Arbeitern ist es im März und April in Charkow (Ukraine) gekommen. Nach zuverlässigen Informationen aus Bonn haben die Arbeiter gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen protestiert.

Berichtet haben über diese Vorgänge polnische Arbeiter, die zu dieser Zeit zum Arbeitseinsatz in Charkow waren. Die Polen wurden aufgrund dieser Vorfälle allesamt zurückgeschickt. Ihnen wurde von sowjetischer Seite vorgeworfen, sie seien Mitglieder der in Polen inzwischen verbotenen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ und seien für diese Unruhen unter den sowjetischen Arbeitern verantwortlich. Nicht bekannt ist, ob die sowjetischen Behörden gegen die protestierenden Arbeiter Waffengewalt eingesetzt haben.

## Britten schätzen „Made in Germany“

AP, London

In Großbritannien genießen nach einer Gallup-Umfrage Erzeugnisse aus der Bundesrepublik Deutschland unter ausländischen Produkten das höchste Ansehen. Waren aus den USA hingegen, die bei einer ähnlichen Umfrage im Jahr 1980 noch 56 von hundert möglichen Punkten, Japan 46, die Schweiz und Neuseeland je 25 und die USA 22 Punkte. Bei der Umfrage von 1980 lagen die USA mit 62 Punkten an der Spitze, gefolgt von Australien mit 46, der Bundesrepublik mit 43 sowie Kanada, Neuseeland und der Schweiz mit je 42 Punkten. Japan lag damals noch mit nur acht Punkten auf Platz 23.

Die Erfolgsaussichten einer Gesetzesänderung im Plenum werden von allen vom Verhalten der „Reformer“ in der CDU – immerhin 13 von 65 Abgeordneten, abhängig. Vermutlich reichen die 71 Gesamtstimmen von CDU und FDP aus, eine Änderung zu verhindern.

## Europäer gegen Terrorismus

dpa, Straßburg

Die Ratifizierung der Konvention über die Terrorismus-Bekämpfung in allen 21 Mitgliedsländern des Europarates und eine Gipfelkonferenz über internationale Zusammenarbeit gegen den Terrorismus hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates gestern in Straßburg gefordert. Irland und Malta haben die Konvention noch nicht unterzeichnet, während sieben Mitgliedsländer sie noch nicht ratifiziert haben. Die Konvention sieht erleichterte Verfahren zur Auslieferung von Terroristen vor, die durch nationale Bestimmungen über „politische Verfolgung“ und Praktiken des politischen Asyls in verschiedenen Mitgliedsländern geschützt sind.

DIE WELT (usps 055-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 35.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

## Personalien

### VERANSTALTUNG

Gemeinsam mit New York ist Hamburg der größte Konsularplatz der Erde: Generalkonsul Wang Yanyi, Vertreter der Volksrepublik China, 77. Mitglied des Konsularkorps, machte am Dienstag seinen Antrittsbesuch im Hamburger Rathaus, doch er konnte aus protokoliarischen Gründen am Abend an dem 28. Jahresessen des Konsularkorps für Senat und Bürgerschaft nicht dabei sein. Der Doyen, Hans Andreas Djurhuus aus Dänemark, dankte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi für die „wohlwollende Zusammenarbeit mit der Residenzstadt Hamburg“. Und der Rathaus-Regent – erleichtert über die überwiegend mit Zustimmung quitierte Schnelligkeit der Senatsumgebung – pries Hamburgs kosmopolitisches Selbstverständnis ebenso wie seine führende Rolle im Außenhandel und seine Sonnenscheindauer („im letzten Jahr mehr als in München“). Unter den Gästen im weißen Saal des Hotels „Atlantico“ befanden sich auch die Zweite Bürgermeisterin, Helga Elst-

ner mit ihrem Ehemann Franz Elstner, Justizsenatorin Eva Leithäuser, Elsbeth Weichmann, die Frau des 1983 verstorbenen Hamburger Bürgermeisters Herbert Weichmann, Bürgerschaftspräsident Peter Scholz, der Lübecker Bürgermeister Gustav Robert Knüppel, der Präsident des Oberlandesgerichts, Walther Stiebele, der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Dieter Claus sowie Hamburgs großer Mäzen, der Initiator der Stiftung F. V. S., Alfred C. Toepfer. Mit ihnen feierten u. a. der stellvertretende Doyen, Anders Hulten aus Finnland, der amerikanische Generalkonsul Grant E. Mosser III und der sowjetische Generalkonsul Barnitschew.

### AUSZEICHNUNG

Am Sonnabend wird an den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertens, während eines Festaktes in der Godesberger Redoute die Thomas-Morus-Medaille 1984 verliehen. Die Laudatio für Mertens wird der belgische Außenminister

Léo-Clement Tindemans zum Thema „Ein christlicher Humanist in der Politik“ halten. Die Medaille der Thomas-Morus-Gesellschaft wird an Persönlichkeiten verliehen, die sich durch besonderen Mut und die Standhaftigkeit des Gewissens im öffentlichen Leben ausgezeichnet haben. Der bayerische Kultusminister Dr. Hans Maier und der Münchener Philosophie-Professor Dr. Robert Spaemann sind bisher mit der Thomas-Morus-Medaille ausgezeichnet worden.

### VERÄNDERUNG

Mit einem Empfang im Bonner Hotel „Königshof“ verabschiedete der Zentrale Kreditausschuß, in dem die zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Kreditwirtschaft vertreten sind, die Präsidentin des Bundesamts für Kreditwesen, Dr. Inge Lore Bähre. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Bernhard Schramm, betonte in seiner Laudatio, daß die Tätigkeit von Frau Bähre, ihre Amtsdauer überdauern wird, weil sie die deutsche Bankaufsicht geprägt und dafür Maßstäbe gesetzt hat.

Der Ehrenpräsident des Bundesverbandes der freien Berufe, Dr. Rolf Schloegell, bis vor kurzem noch Präsident der Organisation, ist am Dienstag in Köln gestorben. Der Mediziner Schloegell, 1921 in Bremen geboren, war bereits 1943 Mitbegründer der „Arbeitsgemeinschaft Jungärzte“ in Hessen und wurde ein Jahr später zweiter geschäftsführender Arzt der „Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Ärztekammern“. Von 1951 bis 1977 widmete sich Schloegell als Hauptgeschäftsführer der kassenärztlichen Bundesvereinigung in Köln insbesondere der Zulassungsordnung für Ärzte, den Richtlinien für Mutterschaftsvorsorge und Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten bei Kindern.



Auf dem Empfang im Hotel Atlantico: v. I. Anders Hulten, Lise Djurhuus, Doyen Hans Andreas Djurhuus, Helga und Franz Elstner

FOTO: CHRISTA KUJATH

## Berlin diskutiert schärfere Trennung von Amt und Mandat im Parlament

Gesetzesänderung trafe vor allem CDU-Fraktionsvize Landowsky / Nur wenig Chancen

F.D./kar, Berlin

In Berlin haben Anstrengungen der oppositionellen SPD und AL, im Landesparlament künftig eine schärfere Trennung von Amt und Mandat durchzusetzen, einen weiteren Fortschritt erfahren. Nachdem zu Wochenbeginn der Parlamentsausschuß für Inneres überraschend und mit den unerwarteten Stimmen zweier CDU-Abgeordneter für eine Gesetzesänderung stimmte, wird sich das Berliner Abgeordnetenhaus voraussichtlich noch vor der Sommerpause mit dem Entwurf befassen. Das Papier sieht vor, daß Mitarbeiter senats-eigener Unternehmen oder Betriebe, an denen das Land Berlin mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, nicht gleichzeitig Abgeordnete sein dürfen.

Der jetzt diskutierte Gesetzesentwurf geht noch auf die Senatsräte Hans-Jochen Vogels zurück, der wegen heftiger „Fitz“-Vorwürfe gegen den sozialliberalen Senat nach dem Sturz Dietrich Stobbes (SPD) im Januar 1981 eine „große Lösung“ anstrebte, um Amt und Mandat nicht zu verquicken: Nach Vogels Wunsch sollten sich öffentlich Bedienstete nur im Parlament einfinden, wenn sie sich vorher beurlauben ließen.

Die „große Lösung“ Vogels scheiterte nicht zuletzt am Widerstand der Betroffenen, denn nahezu die Hälfte des Berliner Landesparlaments steht im öffentlichen Dienst in Lohn. Nachdem das Thema danach mehr als zwei Jahre im Innenausschuß auf Eis lag, wurde es von der Alternativen Liste wiederbelebt und erfuhr nicht nur die

Unterstützung der SPD, sondern auch von den CDU-Abgeordneten Ekkehard Wruck und Ursula Besser. Sie plädieren, allerdings gegen den Mehrheitswillen der Union und den Koalitionspartner FDP, für eine „kleine Lösung“ des ehemaligen Vogel-Plans, die leitende Mitarbeiter von öffentlichen Unternehmen aus dem Plenarsaal verbannen will.

Eine derartige Änderung trafe vor allem den engsten politischen Mitstreiter des Regierenden Bürgermeisters, Klaus Landowsky. Er hält als Vize-Fraktionschef die Machtfragen in der CDU-Fraktion. Der Rechtsanwalt wurde 1978 noch zu SPD/FDP-Senatszeiten zum Doppel-Direktor der städtischen „Pfandbriefbank“ und „Wohnungsbaukreditanstalt“ bestellt. Landowsky, der Dieppeng politisch den Rücken in der CDU-Fraktion freihält, kündigte für einen Fall der Gesetzesänderung schon in internen Unionszirkeln an, er werde dann nicht ins Parlament zurückkehren, sondern seinen Bankiersposten beibehalten – eine Entscheidung, die nicht zuletzt auch unter beruflichen Karriere-Aspekten gesehen werden muß: Während Landowsky heute ein sechsstelliges Jahreseinkommen bezieht, blieben ihm nach einer Beurlaubung das 5000-Mark-Bruttogehalt eines Berliner Abgeordneten.

Daß die beabsichtigte Gesetzesänderung der SPD und AL vor allem auf die Person Landowskys zielt, ist die Ursache dafür, daß sich die CDU (bis auf die zwei Abgeordneten) und die FDP gegen die „kleine Lösung“ der

Trennung von Amt und Mandat sträuben. Zudem wäre neben Landowsky mit dem Abgeordneten Heinz-Viktor Simon (CDU) der Direktor einer städtischen Wohnungsbau-gesellschaft tangiert.

Auf Seiten der Opposition wäre der frühere Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) von einer Neuregelung betroffen, wenn er für die Wahlen am 10. März 1985 kandidieren sollte. Riebschläger hatte im Januar 1981 von seinem im Senatsgesetz verbrieften Rückkehrrecht aus dem Senat auf den Posten eines Direktors der Wohnungsbau-Kreditanstalt Gebrauch gemacht und damals auf seine Senatoren-Pension verzichtet.

Die Stimmen der beiden CDU-Vertreter – Rechtsanwalt Wruck und die frühere Alterspräsidentin Besser – für die Gesetzesverschärfung hängen nicht zuletzt mit innerparteilichen Zwisten zusammen. Wruck zählt als Befürworter von Hannarenate Laurien als „Regierende“, zur Minderheitsgruppe der „Reformer“ in der Berliner Union, während Frau Besser 1981 wohl Parlamentspräsidentin geworden wäre, hätte nicht die CDU-Machtgruppe um Dieppeng und Landowsky den bis dahin unbekannten Peter Rebsch benannt.

Die Erfolgsaussichten einer Gesetzesänderung im Plenum werden von allen vom Verhalten der „Reformer“ in der CDU – immerhin 13 von 65 Abgeordneten, abhängig. Vermutlich reichen die 71 Gesamtstimmen von CDU und FDP aus, eine Änderung zu verhindern.

## Schwache Wahlbeteiligung befürchtet

Bei den Wählern hat Europa an Ansehen verloren / Tagung in München

PETER SCHMALZ, München

Befürchtungen der Politiker über eine schwache Wahlbeteiligung bei der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni erachtet der Nürnberger Kommunikationswissenschaftler Professor Winfried Schulz auf Grund umfangreicher empirischer Studien als begründet. Es sei eine problematische Wahl, da sich „aus der Spannung zwischen europäischer Idee und Wirklichkeit, zwischen dem Anspruch und den Realitäten europäischer Politik Enttäuschung, Frustration und Ablehnung aufgebaut habe“, erklärte der Wissenschaftler gestern vor dem 6. Medienkongreß der Hanns-Seidel-Stiftung in München, der dem Thema „Europa in den Medien“ gewidmet war. Schulz: „Es gibt ein latentes europapolitisches Protestpotential in Deutschland.“

Während die Erstwahl vor fünf Jahren noch einen Neukitwert und einen Europa-Bonus hatte – und die Bundesrepublik mit einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent besser als die meisten anderen Nationen lag –, muß sich diesmal das Parlament an den Ergebnissen seiner Arbeit messen lassen. Diese aber ist, so Professor Schulz, „technokratisch, politisch

abstrakt, wenig öffentlichkeitswirksam, der Bezug zum Lebensalltag der Bevölkerung ist kaum sichtbar“.

Nach einer Enmnid-Umfrage, die im Februar und März durchgeführt wurde, weiß die Hälfte der Befragten nicht, was die Europaabgeordneten „wirklich tun“. 40 Prozent sind der Meinung, dieses Parlament habe für das tägliche Leben „überhaupt keine Bedeutung“.

Schlimmer noch: Einem Fünftel der Wahlberechtigten ist die Existenz des EG-Parlaments unbekannt, die Mehrheit weiß nicht, daß in diesem Jahr Europawahlen stattfinden. Und mehr als zwei Drittel der Bevölkerung weiß nicht einen einzigen Politiker zu nennen, der sich besonders für die europäische Einigung einsetzt.

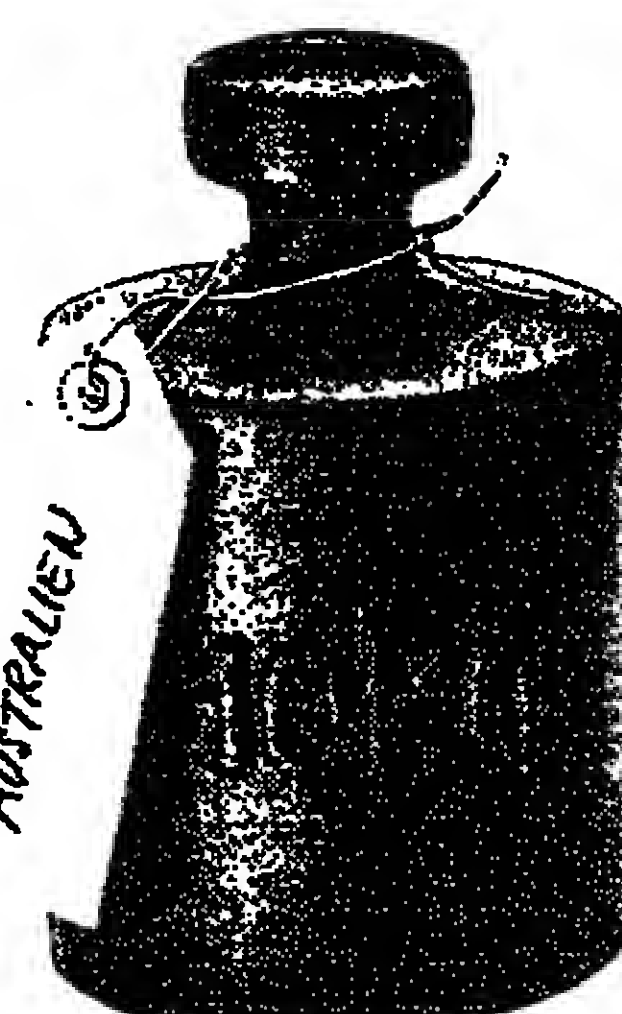
Europapolitische Vorgänge, meinte der CSU-Spitzenkandidat Fritz Pirkel dazu, sind für die meisten Bürger noch nicht unmittelbar erlebbar, was Pirkel auch als Ergebnis der schwachen Medienpräsenz an den Schauplätzen der EG-Politik sieht: Von den Bundespressekongressen in Bonn würden 375 Journalisten für deutsche Medien berichten, aus Brüssel nur 35 und aus Straßburg nur zwei

(einer davon ist der WELT-Korrespondent Ulrich Lücke).

Aber wie sollen die Parteien in den wenigen noch verbleibenden Wochen auf diese Negativ-Schau reagieren? Ein Patentrezept konnte die Tagung dafür nicht liefern, eher die Erkenntnis, daß noch größere Anstrengungen notwendig sind, die Bevölkerung vom Sinn europäischer Politik zu überzeugen, wenngleich auch darin erhebliche Risiken liegen, wie Professor Schulz vortrug. Ein konzentrierter Wahlkampf in den Massenmedien sei „ein zweischneidiges Schwert“, meinte der Wissenschaftler und verwies auf die Daten einer empirischen Untersuchung zur Europawahl 1979.

So würde zwar einerseits das Informationsniveau über Europa und die Europapolitik in kürzester Zeit verbessert, doch dieser Effekt liege nur über den Umweg der Parteiloyalität und nur bei einem Teil der Wähler zu einem positiven Engagement und zur Stimmabgabe. „Ein erheblicher Teil aber“, so Schulz, „wird dagegen demotiviert, bei vielen verschlechtert sich die Einstellung zu Europa und seinen Institutionen.“ Eine intensive Berichterstattung mache die Schattenseiten der Europapolitik bewußt.

„Per SALdo eine sehr ausgewogene Entscheidung“, lobte der Chef die Herren vom Versand über alle Gebühren.



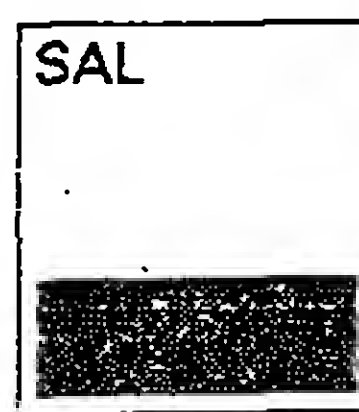
Luftpostpaket, 10 kg:  
Laufzeit\*: ca. 2 Tage  
Gebühren: DM 229,40



SAL-Paket, 10 kg:  
Laufzeit\*: ca. 6 Tage  
Gebühren: DM 114,40



Seewegpaket, 10 kg:  
Laufzeit\*: ca. 40 Tage  
Gebühren: DM 30,10



Das SAL-Paket nach Übersee ist das Postpaket mit den kombinierten Vorteilen: Preiswerter als das Luftpostpaket und schneller als das Seewegpaket. Zwischen den Kontinenten wird es mit dem Flugzeug befördert, hier bei uns und in Übersee auf Straße und/oder Schiene. Per SALdo ist es der geländereiche Mittelweg in 17 Länder: Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Kanada, Kenia, Namibia, Philippinen, Singapur, Südafrika, Tansania, Venezuela, USA. Weitere Länder folgen.

Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen unser Kundenberater, wenn Sie uns den Beratungs-coupon zusenden.

Post



**Beratungs-Coupon**  
Wir würden Ihnen gerne die Vorteile unserer Postpakete mitteilen.  
Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Geburtsdatum: \_\_\_\_\_  
Geburtsort: \_\_\_\_\_  
Straße und Haus-Nr. oder Postfach: \_\_\_\_\_  
Postleitzahl: \_\_\_\_\_  
Bestimmungsort: \_\_\_\_\_  
An die Deutsche Bundespost P12 W 25-29  
Postfach 11 80  
6100 Darmstadt  
4 631/026 B55



## Moskau verstärkt seine Truppen in Afghanistan

Widerstandskämpfer berichten über Massaker

DW, Islamabad  
Die sowjetischen Besatzer in Afghanistan konzentrieren ihre Operationen offensichtlich auf das strategisch wichtige Panshir-Tal. Zusätzliches Fallschirmmaterial und neues Kriegsmaterial kamen in den vergangenen Tagen direkt aus der UdSSR. An der Offensive gegen die afghanischen Widerstandskämpfer nahmen nach Informationen westlicher Diplomaten in Islamabad kaum afghanische Soldaten teil, ein mögliches Indiz dafür, daß die Truppen des Karmal-Regimes bei den Sowjets zunehmend als unzuverlässig eingestuft werden. Die Offensive gegen die Widerstandskämpfer, die bislang das Panshir-Tal beherrschten, war am 21. April eingeleitet worden.

Die sowjetischen Fallschirmjäger sprangen am 1. Mai etwa in der Mitte des 100 Kilometer langen Tals ab. Die Sowjets versuchten, nach den in Islamabad vorliegenden Berichten, auch das Tal von außen her abzuriegeln. Die Paß-Zugänge im Süden und ein Seitenzugang im Norden sollen jedoch immer noch offen sein. Wie es heißt, befindet sich der Anführer der afghanischen Widerstandskämpfer, das Tal verteidigend, Ahmed Schah Massoud, außerhalb dieser Region. In den vergangenen Tagen war berichtet worden, die Sowjets hätten Massoud gefangen genommen.

Aus diplomatischen Kreisen in Neu-Delhi verlautete, den sowjetischen und afghanischen Truppen sei es gelungen, das Panshir-Tal zur

Hälfte zu besetzen. Die Widerstandskämpfer hätten sich zumeist in Nebentälern zurückgezogen und größere Gefechte vermieden. Eine Einheit von 400 Freischärlern sei von sowjetischen Kampftruppen auf offenem Gelände angegriffen worden. Dabei seien mehr als 200 der Widerstandskämpfer gefallen.

Freischärler berichteten auch wieder über Massaker der Sowjets unter der Zivilbevölkerung. So seien Ende März „mehrere hundert“ Zivilpersonen in zwei nördlich von Kabul gelegenen Dörfern getötet worden. Einheiten der Roten Armee sollen die Dörfer mit Panzern und Gewehr-Schützen umstellt und dann von Hubschraubern aus bombardiert haben. Scharfschützen hätten fliehende Bewohner erschossen.

Westliche Diplomaten verfügen über Informationen, nach denen die Widerstandskämpfer in mehreren afghanischen Städten die Feiern zum 6. Jahrestag der „Kommunistischen Revolution“ am 26. April erheblich gestört hätten. Es soll zu zahlreichen Toten und Verletzten gekommen sein. In Kandahar und Herat, Zentren des Widerstands, wurde von vornherein auf Kundgebungen zum Revolutionstag verzichtet.

In der Hauptstadt Kabul griffen Mujaheddin in der vergangenen Woche die sowjetische Botschaft und die von den Sowjets als Kaserne genutzte Festung Bala Hissar mit Raketen an. Außerdem wurden mehrere Bomben gezündet.

## Oppositioneller leitet die Warschauer Uni

Professor Szaniawski unterstützte „Solidarnosc“

DW/dpa, Warschau  
Ein führender Oppositioneller ist zum Rektor der Universität Warschau gewählt worden. Das Lektorenkollegium der Hochschule stimmte mit großer Mehrheit für den Philosophen Klemens Szaniawski, der sich 1981 stark für die inzwischen verbotene Gewerkschaft „Solidarnosc“ eingesetzt hatte. Professor Szaniawski war nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 zwei Tage interniert worden. Erst auf Bitten von Primas Kardinal Józef Glemp wurde der Hochschullehrer freigelassen.

Möglicherweise wird das Warschauer Regime sein Veto gegen die Berufung Szaniawskis einlegen. Regierungssprecher Jerzy Urban ließ allerdings unmittelbar nach der Wahl offen, wie sich das Hochschulministerium verhalten wird. Der Minister, so Urban, habe drei Wochen Zeit dafür. Westliche Beobachter vermuten, daß die Behörden erst abwarten wollen, welche Stellvertreter der Rektor erhält.

Ärger hatte bei den Warschauer Behörden vor einigen Monaten bereits die Wahl des Senats der Universität der polnischen Hauptstadt bereitet. Anhänger der „Solidarnosc“ haben dort die Mehrheit. Zum Senat wurde auch der ehemalige Sprecher der unabhängigen Gewerkschaft, Janusz Onyszkiewicz, gewählt. Seither wurde der Senat nicht mehr einberufen.

Gegenwärtig finden in allen polnischen Hochschulen Wahlen nach dem neuen Hochschulgesetz statt,

das eine weitgehende Autonomie zusichert. Die Autonomie ist jedoch durch das Veto-Recht des Hochschulministers eingeschränkt. Nach offiziellen Angaben gehören von den bereits 30 gewählten Rektoren 16 der kommunistischen Partei an. Nur in einem Fall wurde bislang ein Veto eingelegt. Es betrifft die Wahl des Rektors in Posen, Professor Jerzy Fiedorowski. In Krakau wurde der Historiker Professor Józef Gierowski, der vor Verhängung des Kriegsrechts ebenfalls in der „Solidarnosc“ engagiert war, wiedergewählt. Ihm hat Partei- und Regierungschef General Jaruzelski ausdrücklich gratuliert.

Das Warschauer Regime hat große Mühe, die „Solidarnosc“-Front der polnischen Akademiker, insbesondere der Hochschullehrer, zu brechen. Als 1982 fast alle in der Reformzeit des Jahres 1980 gewählten Rektoren und Prorektoren abgesetzt wurden, verblieb die Mehrzahl der gewählten Dekane und Institutsdirektoren im Amt. Auch dieser Personenkreis zeigte starke Sympathien für den Widerstand gegen das Regime. In der Zeit nach der Kriegsverhängung wurde zwar die Wiedereinführung obligatorischer ideologischer Fächer durchgesetzt, aber auf den Inhalt der Vorlesungen und Seminare konnten die Warschauer Behörden kaum Einfluß nehmen. Hinzu kommt, daß die auf Geheiß des Staates gelehrte Politik bei den Studenten unbeliebt ist, weil sie mit der Wirklichkeit am wenigsten zu tun hat.

## Weltraumrüstung wird in der NATO diskutiert

Genscher verabredete mit Shultz regelmäßige Abstimmung

PETER PHILIPPS, Bonn

Die USA sind offensichtlich bereit, die Fragen einer „Weltraumrüstung“ frühzeitig und grundsätzlich innerhalb der westlichen Allianz zu diskutieren. Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher hat jedenfalls nach seinem Washington-Besuch erklärt, daß er sich mit seinen amerikanischen Gesprächspartnern „auf regelmäßige Konsultationen zu diesem Thema geeinigt“ habe, und hat damit zugleich indirekt gegenteiligen Berichten in der amerikanischen Presse widersprochen.

Wie es im Bonner Auswärtigen Amt dazu ergänzend heißt, sei eine „kontinuierliche Fortsetzung des von ihm jetzt begonnenen Konsultationsprozesses sowohl bilateral als auch im NATO-Rat“ vereinbart worden. Genscher habe seinen Gesprächspartnern deutlich gemacht, daß „vitalen europäischen Sicherheitsinteressen betroffen“ seien.

Der Bundesaußenminister hat darüber hinaus die Zusage der Regierung Reagan erhalten, auch mit den Sowjets das Gespräch über die geplanten Defensiv-Waffen im Weltraum zu suchen. Außenminister Shultz habe dazu gesagt, daß Washington bereits im vergangenen Jahr Moskau entsprechende Gespräche vorgeschlagen habe. Da die Antwort ausbleibe, habe die US-Regierung ihr Angebot in jüngster Vergangenheit noch einmal erneuert. Zum Komplex der sogenannten Killer-Satelliten haben die

Amerikaner allerdings eine Kontaktaufnahme mit den Sowjets zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. Denn man sei erst dann zu Verhandlungen bereit, wenn man einen verifizierbaren Vorschlag entwickelt habe, der die US-Sicherheitsinteressen berücksichtige. Genscher habe auch hier das Interesse an Gesprächen mit Moskau deutlich gemacht.

Genscher, der seinen Washington-Besuch ausdrücklich in engen Zusammenhang mit seiner bevorstehenden Moskau-Reise stellte, zugleich aber jede Funktion als „Zwischenträger“ zwischen den Großmächten ablehnte, ist sich mit den Amerikanern darin einig gewesen, die langfristige West-Ost-Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu suchen. Man dürfe das Verhältnis nicht auf die Rüstungskontrollverhandlungen einengen, die „jetzt nicht stattfinden“. Es dürfe aber, auch darüber hat in Washington Einigkeit geherrscht, keine „Prämie“ für die Sowjets für die Rückkehr zu den Verhandlungstischen in Genf geben. Die westlichen Angebote lägen vor, wenn Moskau komme, werde es einen „zu konstruktiven und ideenreichen Verhandlungen“ bereiten. „Westen vorfinden“, sagte Genscher. Darüber hinaus sei geplant, mit einer politischen Erklärung der NATO-Frühjahrstagung in Washington das „Signal von Brüssel“ an die Sowjetunion zu bekräftigen.

Seite 2: Informieren allezeit

## Tel Aviv weist Gerüchte über Waffenexport an Rebellen zurück

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nach den Worten des israelischen Staatssekretärs im Außenministerium, David Kimche, hat Israel keine Waffen an die Rebellen in Nicaragua geliefert. In einem Pressesgespräch in dem Kimche die Rüstungsindustrie und den Rüstungsexport Israels unter Hinweis auf die Notwendigkeit modernster Waffen verteidigte, betonte der Staatssekretär: „Die Gerüchte, daß wir Waffen an die Rebellen in Nicaragua liefern, sind unwahr.“ Das Thema sei auch bei seinem kürzlichen Besuch in den Vereinigten Staaten nicht angesprochen worden. Kimche fuhr fort, daß Israel Rüstungsprodukte nur an legal konstituierte Regierungen liefere und seine Waffenexportpolitik nach ähnlichen Grundsätzen betreiben wie Frankreich, Großbritannien und Schweden.

Mit Blick auf die neue libanesische Regierung unter Führung von Rashid Karame erklärte Kimche, daß sie wenig Aussicht auf Stabilität habe. Schließlich sei sie in Damaskus und nicht in Beirut gegründet worden. Kimche: „Das ist eine Regierung mit alten Konflikten, nicht mit neuen Hoffnungen.“

Weiterhin erklärte der Staatssekretär, daß Israel beabsichtige, seine Truppen aus dem gesamten Libanon zurückzuziehen, sobald die nötigen Sicherheitsmaßnahmen bestünden. Durch die einseitige Kündigung des mit Israel im vergangenen Jahr abgeschlossenen Vertrages habe Beirut das Recht verwirkt, den Rückzug israelischer Truppen zu fordern. Der Staatssekretär betonte, daß Tel Aviv erst dann seine Truppen zurückziehen würde, wenn die Regierung von der Gewährleistung der Sicherheitsinteressen überzeugt sei. Schließlich müsse die Rückkehr der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in den Südlibanon verhindert werden. In diesem Zusammenhang erklärte Kimche, daß die libanesische Armee unter dem Befehl von Oberst Lachad, dem Nachfolger Majors Haddads, „wertvolle Dienste leistet und sich als Bindeglied zwischen Israel und Libanon erweisen kann“.

(SAD)

## Riad: Tankerangriff unbeabsichtigt

rti, Kuwait

Der Irak hat nach Ansicht des saudiarabischen Ölmisters, Scheich Ahmed Saki Yamani, den zu Beginn der Woche im Golf in Brand geschossenen saudiarabischen Tanker „Al-Ahmad“ nicht mit Absicht angegriffen. Nach einer Meldung der kuwaitischen Nachrichtenagentur begründete der Ölmister das Versähen mit der Schwierigkeit des Piloten, die Nationalität eines Schiffes aus der Luft ausmachen zu können. Die „Al-Ahmad“ hatte an der iranischen Ölnähe Chah 140 000 Tonnen Rohöl geladen, als sie von einer Rakete getroffen wurde. Sie treibt seither als Totalverlust brennend im Golf. Nach bisher noch nicht bestätigten Berichten soll ein Besatzungsmitglied bei dem Beschuß getötet worden sein. Die übrige Crew war von einem griechischen Schiff aufgenommen worden.

Die irakische Nachrichtenagentur INA hatte unter Berufung auf einen offiziellen Sprecher den Angriff auf zwei Schiffe, die von Chah aus in See gestochen waren, bestätigt. Die Nachrichtenagentur erinnerte daran, daß die Schiffe in dem Gebiet angegriffen wurden, das von Bagdad im August 1982 zur militärischen Sperrzone erklärt worden war. Der Vorfall hat sich an fast derselben Stelle ereignet, an der vor knapp zwei Wochen der saudische Tanker „Safina al Arab“ angegriffen worden war.

Im Zusammenhang mit dem Schiffsverkehr im Golf drohte der iranische Parlamentspräsident Rafsanjani indessen erneut die Schließung des Golfes und Kamikaze-Angriffe auf ausländische Schiffe an.

## Hart siegt in Ohio und Indiana

AP, Washington

Im Rennen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten hat der vom früheren Vizepräsidenten Walter Mondale inzwischen weit überstrahlte Senator Gary Hart wieder etwas aufgeholt. Aus den Vorwahlen in Ohio und Indiana ging er als Sieger hervor. Mondale hingegen sicherte sich erwartungsgemäß in North Carolina und Maryland die meisten Delegiertenstimmen für den Nominierungsparteitag im Juli in San Francisco. Nach seinen Erfolgen kündigte Hart an, ein Auscheiden aus dem Rennen sei „das letzte, was mir in den Sinn kommt“. Vor den Wahlen hatte Mondale 1252 Delegierte hinter sich, Hart 788 und der dritte Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Jesse Jackson, 237. Für eine Kandidatur sind mindestens 1907 Delegiertenstimmen notwendig.

## China legt für Hinrichtungen regelrecht Planziffern fest

Tausende sind Opfer dieser „Abschreckung“ / Wirtschaftsverbrechen im Vordergrund

OSKAR WEGGEL, Hamburg  
Kriminalstatistiken in China werden, soweit es sie überhaupt gibt, wie ein Staatsgeheimnis gehütet. Wenn trotzdem manchmal Einzelheiten ins Ausland durchsickern, so hängt dies mit den Verfolgungskampagnen zusammen, die seit 1981 jeweils in den Frühjahrs- und Sommermonaten über China hinweggehen und von zahlreichen Hinrichtungen begleitet sind.

Zwei Gruppen von Verbrechen stehen vor allem im Visier der Strafjustiz, nämlich Gewalt- und Wirtschaftsdelikte.

Diebstähle machen nach allem, was zu erfahren ist, den Löwenanteil aller Straftaten – rund 80 Prozent – aus. Etwa acht Prozent sind Gewaltverbrechen, nämlich Mord, Raub, Überfall und Vergewaltigung (1982 waren es insgesamt rund 60 000 solcher Fälle). Täter sind in der Regel Arbeitslose, Straftateneinsteiger oder aber illegal in die Städte zurückgekehrte Jugendliche. Nach der offiziellen Interpretation sind sie „Opfer der Viererbande“ und des Einflusses „bürgerlichen Gedankenenguts“.

### Kriminalität steigt an

Die Führung hat auf das Ansteigen der Gewaltkriminalität mit Verschärfung der Strafbestimmungen reagiert, mit Abkürzung der Prozeduren für die Bestätigung von Todesurteilen, sowie durch spektakuläre Massenverhaftungen und -hinrichtungen. Im Juli 1983 wurden in einem ZK-Dokument regelrechte Planziffern für Verhaftungen und Hinrichtungen festgelegt, womit Abschreckung demonstriert werden sollte. In der Tat setzte Mitte 1983 dann eine Hinrichtungsphase ein, die bis Mitte

Oktober dauerte und der zwischen 3000 und 5000 Personen zum Opfer fielen.

Die zweite Gruppe umfaßt die sogenannten „Wirtschaftsverbrechen“. Das allem Anschein nach am weitesten verbreitete Übel ist hier die Steuerhinterziehung von Seiten staatlicher oder kollektiver Betriebe – von den privaten Handels- und Handwerksbetrieben ganz zu schweigen. Seit die Betriebe anstelle der pauschalen Gewinnabführung nur mehr Steuern zahlen müssen, hat sich ein Abgrund aufgetan: 40 Prozent aller öffentlichen Betriebe Shangkais wurden bei Steuerhinterziehung erfaßt – und dies, obwohl die Mitwisser in der Regel „dichtgehalten“. Nach offizieller Schätzung wurden von Juni 1983 bis Anfang 1984 3,5 Milliarden Yuan (ungefähr 4,7 Milliarden Mark) hinterzogen – und dies bei Gesamteinnahmen von rund 125 Milliarden Yuan.

Regional, und zwar auf die südlichen Küstenprovinzen Guangdong, Zhejiang und Fujian begrenzt, ist das Schmuggelwesen. Ganze Schiffsladungen (zumeist aus Hongkong und Taiwan) mit Armbanduhr, Radiorekordern, Nähmaschinen und Textilien wurden 1982/83 in die Volksrepublik verbracht – zumeist gegen Bezahlung in Silber.

Von 1980 bis Mitte 1981 sollen nach westlichen Schätzungen Silbermünzen im Werte von etwa 200 Millionen Pfund Sterling ins Ausland gegangen sein. Die Behörden des Kreises Jin-feng (Provinz Fujian) klagten, daß wegen gestiegener Schmuggelaktivitäten Bauern ihre Felder und Arbeiter ihre Werkbänke verließen und Schüler nicht zum Unterricht erschienen.

Einer der meistbekannten Korruptionsfälle ist die Geschichte des „Autokönigs von Anyang“, der mit Unterstützung lokaler Kader (es waren insgesamt 95 Staatsfunktionäre) zwei Großhandelsagenturen aufzog, dort 1980/81 rund 1300 Fahrzeuge umsetzte und den Gewinn von 1,6 Millionen Yuan mit seinen Helfern teilte.

### Der Zwang des Systems

Nicht alle Wirtschaftsdelikte werden freilich von „Verbrechern“ begangen. Vielmehr läßt das System selbst zu „Korrekturen“ ein. Wird ein Betrieb durch die staatliche Wirtschaftsplanung zu einer bestimmten Produktionsleistung verpflichtet, erhält er aber, was häufig vorkommt, nicht die dazu erforderlichen Rohstoffe und Maschinen, so bleibt dem Management nur der Weg des „Organisierens“ über einen „wirtschaftlichen Ersatzkreislauf“; Nährboden für zahllose Wirtschaftsdelikte.

Ein anderes Beispiel systemimmanenter „Sabotage“: der volkseigene Abfallbeseitigungsbetrieb A erwartet aufgrund vertraglicher Abmachungen vom Produktionsbetrieb B jährlich 1000 Tonnen Schrott. Ein neues und tüchtigeres Management im B-Betrieb drosselt den Abfall jedoch auf 200 Tonnen. Als Folge muß B eine Vertragsstrafe für Abfall-Unternehmen leisten.

Die Führung steht hier vor einem mehrschichtigen Dilemma. Zum einen sind die wirklichen schwarzen Schafe von den Notkrediten zu trennen. Zum anderen gilt es, dem Volk zwar zu demonstrieren, daß gegen Missetäter eingeschritten wird, das Kadernsystem als Ganzes aber nicht in Mitleidenschaft geraten zu lassen.

## Immer mehr Schweden reichen Klage in Straßburg ein

Beschwerden reichen von Eigentumsrecht bis Kinderhaff / 240 Anzeigen im Jahre 1983

R. GATERMANN, Stockholm

Schweden bescherte der Welt das Wort Ombudsmann. Am bekanntesten dürfte der Justizombudsmann sein, der die Bürger vor Übergriffen der Obrigkeit schützen und ihre Interessen wahrnehmen soll. Schweden gilt vor allem im Ausland als ein Land mit ausgeprägtem Gerechtigkeits-sinn. Viele Schweden werden ihm nicht mehr uneingeschränkt zustimmen.

Ein Beweis dafür ist die in den vergangenen Jahren kräftig gestiegene Zahl der Klagebriefe, die bei der Europäischen Menschenrechtskommission eingegangen sind. Waren es 1980 nur 55 Anzeigen, so wurden 1983 bereits 240 registriert, womit Schweden hinter Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland auf den dritten Platz vorrückte. 1982 geschah zudem das Ungeheuerliche: Schweden wurde erstmals für schuldig befunden.

### Erstmals verurteilt

Dieses Urteil war in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Schweden war als erstes norduropäisches Land verurteilt worden. Zudem war es in der dreißigjährigen Geschichte des Europäischen Gerichtshofes das erste Mal, daß die Europäer das Eigentumsrecht eines Privatperson gegenüber dem Staat verteidigten. In mehr als 20 Jahren hatte die Stadt Stockholm mit Hilfe ihres Enteignungsrechts und eines Bauverbots zwei Hauseigentümern die Möglichkeit genommen, ihren Besitz zu verkaufen, umzubauen oder gar nur die notwendigen Erhaltungsarbeiten vorzunehmen.

Als die Verbote durch Änderung

des Stadtplanes aufgehoben wurden, waren die Häuser verfallen, die Eigentümer forderten Schadensersatz, Stadt und Staat weigerten sich. In Straßburg bekamen die Privatpersonen Recht, auf den Schadensersatz warten sie allerdings immer noch, so daß sich die Geschädigten erneut an den Gerichtshof wandten. Unabhängige schwedische Juristen bezeichnen den Fall als peinlich und befürchten, daß auf Schweden Ruf als Rechtsstaat ein neuer Schatten fällt.

Unter den übrigen Fällen, die in Straßburg anhängig sind – 15 befinden sich derzeit in der Verhandlungsphase – hat der des Schreiners Torsten Leander (32) bisher am meisten die schwedische Öffentlichkeit beschäftigt. Er wurde vor fünf Jahren vom Marinemuseum in Karlskrona angestellt, aber schon nach zehn Tagen wieder nach Hause geschickt. Begründung: Er sei ein Sicherheitsrisiko. Der Schreiner hat jedoch bisher nicht erfahren, warum er nicht akzeptabel war.

Einige andere in Straßburg vorliegende Fälle behandeln die Zwangsverwahrung von Kindern. Die fünfjährige Inhaftierung eines zwölfjährigen Jungen, der ausgewiesen werden sollte – ein Beschluß, der später aufgehoben wurde –, sowie zwei andere Klagen gegen die Handhabung der schwedischen Ausländergesetze.

Allerdings befindet sich auch die Urbevölkerung Nordschwedens auf dem Weg nach Straßburg. Die Lappländer beschärfen derzeit zwei Fälle, in denen ihnen der Staat nach ihrer Ansicht den ihnen angestammten Lebensraum durch Gesetze oder Mißachtung bestehender Gesetze ein-

schränkt. Sie beschreiben derzeit den schwedischen Rechtszustand, verlieren sie, wollen sie sich an die Menschenrechtskommission wenden.

Großes Aufsehen erregte in Schweden im Herbst 1983 die von Ministerpräsident Olof Palme bei einem Besuch in Straßburg gemachte Bemerkung, der Europäische Gerichtshof sei eine Spielstube für Gustav Petron. Er ist einer der höchsten Richter Schwedens und einstiger stellvertretender Justizombudsmann, außerdem Mitbegründer der schwedischen Bürgerrechtsbewegung und Mitglied der internationalen Juristenkommission.

### In der Grauzone

Nach seiner Auffassung haben sich Gesetzgebung und Rechtsprechung in Schweden teilweise einer kritischen Grauzone genähert, und es wachse die Zahl der Fälle, die eine Klage in Straßburg rechtfertigen. Diese gelangen dort zunächst in die Hände von Erik Friberg, einst Jurist in der schwedischen Staatsverwaltung.

Es fällt darüber hinaus auf, daß der Rechtschef des schwedischen Außenministeriums, Hans Danilus, einmal in Straßburg als Verteidiger des schwedischen Staates auftritt, in anderen Fällen jedoch in derselben Institution zu Gericht sitzt. Wenn er demnächst diesen Posten verläßt, wird dieser von Hans Correll übernommen, dem zweithöchsten Juristen im Justizministerium Schwedens. Er wird sich in starkem Maße mit den Klagen schwedischer Bürger bei der Menschenrechts-Kommission zu befassen haben.

## Ost und West lassen auf der KVAE vorsichtigen Optimismus erkennen

Moskau spricht von der Bereitschaft zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen

R. GATERMANN, Stockholm

Mit vorsichtigem Optimismus wurde auf der Stockholmer Konferenz zur Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) die etwas überraschende Vorlage des sowjetischen Verhandlungsdokuments kommentiert. Der amerikanische Chefdelegierte James Goodby erklärte, es gebe Anlaß, „auf bessere Zeiten zu hoffen“. Am zweiten Tag der neuen Konferenzrunde gingen die Leiter beider deutscher Delegationen an Rednerpult und fanden positive Ansätze zu konkreten Verhandlungen in dem gegen Ende der ersten Phase von den neutralen und allianzierten Staaten (NN-Gruppe) vorgelegten Papier.

Die als leichte Öffnung der sowjetischen Verhandlungsposition gesehene Vorlage des Sechs-Punkte-Programms bezieht sich fast ausschließlich auf dessen letzten Absatz, in dem sich Moskau nach langer Konsequenter Weigerung nun doch bereit erklärt, über militärisch-technische Aspekte der Vertrauensbildung zu diskutieren. Zwar genießen die politischen Vorschläge über einen Nicht-Angriffs-Pakt und Verzicht auf den nuklearen Erstschlag immer noch höchste Priorität, der sowjetische Delegationsleiter Oleg A. Grinevsky sprach allerdings später auch von der

Möglichkeit paralleler politischer und militärisch-technischer Verhandlungen.

Auffallend waren unterschiedliche Formulierungen in der sowjetischen und ungarischen Rede. Während in dem Moskauer Papier die Militärblocke überhaupt nicht erwähnt werden, sondern nur immer von den KVAE-Teilnehmerstaaten gesprochen wird, schlugen die Ungarn einen vom Warschauer Pakt und der NATO zu unterzeichnenden Gewaltverzicht vor. Dies irritierte vor allem Mitglieder der NN-Gruppe, die mit Hinweis auf das Madrider Mandat in Stockholm jede Verhandlung zwischen den Blöcken ablehnen.

Der Bonner Delegationsleiter Klaus Citron versicherte, die sowjetischen Vorschläge sorgfältig zu prüfen, „vor allem darauf, ob sie mit dem von uns allen in Madrid vereinbarten Mandat übereinstimmen“. Mit der Aufforderung zum Gewaltverzicht „rennt man bei uns offene Türen ein“, aber, so Citron weiter, „eine allgemeine Diskussion des Gewaltverzichtsprinzips kann und darf in Stockholm kein Ersatz für die Erarbeitung konkreter und nachprüfbarer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen sein“.

Sprecher aus Ost und West sehen in den Vorschlägen der neutralen und

nicht gebundenen Staaten Ansätze zu konkreten Verhandlungen. In der Rede von Klaus Citron wurden besonders die erweiterte Vorankündigung militärischer Aktivitäten mit entsprechender Verifikation erwähnt, die nach bundesdeutscher Auffassung alle Landaktivitäten außerhalb der Standorte von einer bestimmten Größe oder Struktur erfassen sollte. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, zu allen ankündigenden Maßnahmen auch Beobachter einzuladen. Was bisher auf freiwilliger Basis geschah, soll dann zur Pflicht werden. Laut Citron sollte es das Ziel dieser zweiten Verhandlungsphase sein, Arbeitsstrukturen zu finden, die eine Klärung der Erörterung der auf dem Tisch liegenden Vorschläge ermöglichen.

Der Osterliner Delegationschef Günter Bühring nannte die Eröffnung der zweiten Phase mit der Vorlage des sowjetischen Programms verheißungsvoll. Er legte besonderes Gewicht auf den Verzicht des nuklearen Erstschlags, was dem ureigensten Sicherheitsbedürfnis seines Landes entspreche. Zum sowjetischen Dokument meinte er, es erhebe keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit, unter anderem gelte es nun, Notwendigkeit und Nützlichkeit militärisch-technischer vertrauensbildender Maßnahmen auszuloten.

## Papandreu will auf dem Kongress der Pasok kein Risiko eingehen

Erster Parteitag der Sozialisten seit zehn Jahren / Verhaltene Kritik von links

E. ANTONAROS, Athen

Nach fast zehnjährigem Warten löst der griechische Sozialistenchef und Ministerpräsident Andreas Papandreu endlich ein Versprechen ein: In Athens olympischen Stadion beginnt heute der immer wieder verschobene erste Parteitag von Papandreus Pasok-Partei, die im September 1974, also nach dem Sturz des Obristenregimes, gegründet wurde und seit Oktober 1981 Griechenland mit einer bequemen Parlamentsmehrheit regiert.

Auf dem Parteitag, der zum größten Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden soll und darüber hinaus auch sonst nur wenig Ähnlichkeit mit Parteitag in Westeuropa aufweist, soll Papandreu von den etwa 2500 Delegierten aus ganz Griechenland als Parteichef bestätigt werden.

In den Augen vieler politischer Beobachter in Athen ist es gewiß kein Zufall, daß Papandreu ausgerechnet diesen Zeitpunkt zur Abhaltung des seit Jahren angekündigten Parteitages gewählt hat. Zum einen steht Griechenland wegen der Europa-Wahlen im Juni, die inzwischen den Charakter eines wichtigen Populärtestaments angenommen haben, bereits mitten im Wahlkampf. Auf dem Parteitag will Papandreu daher den Partei-

funktionären letzte Anweisungen für den Wahlkampf geben, der wegen der angeblich schwindenden Popularität der Sozialisten schwierig werden könnte. Andererseits soll der Parteitag den durch die Widersprüchlichkeit der Papandreus-Politik irritierten Parteigängern signalisieren, daß die Partei nach wie vor präsent ist.

Ob kritische Stimmen während der viertägigen Beratungen überhaupt zum Ausdruck kommen, bleibt dahingestellt. Einige Genossen, die es gewagt hatten, den Parteivorstand zu kritisieren, sind bereits im Vorfeld aus der Partei ausgeschlossen worden. Außerdem haften den Auswahlkriterien, die für die Delegierten aus den verschiedenen Landesbereichen angewandt wurden, nicht gerade der Charakter hellenistischer Logik an.

Fest steht auf jeden Fall, daß es innerhalb der Pasok zwei Gruppen von unzufriedenen Parteimitgliedern gibt: Die einen scharen sich um eine Gruppe von Parlamentariern, die sich, wenn auch vorwiegend im Stillen, über die Vernachlässigung der Fraktion durch Papandreu beklagen und die mächtige Rolle der Parteibosse bemängeln. Andererseits kritisieren die Mitglieder vieler Bezirksorganisationen die Regierung und insbesondere Papandreu von links. Sie werfen ihnen vor, wichtige

Wahlversprechen, wie etwa den Austritt aus der NATO und der EG sowie die Schließung der US-Stützpunkte, nicht verwirklicht zu haben.

Die Bedeutung dieser Kritik darf wohl nicht überbewertet werden. Es gibt nicht die geringsten Zweifel daran, daß Papandreu fest im Sattel sitzt. Echte Herausforderer gibt es nicht, nicht einmal Diadochen. Unliebsame Stimmen sind im Laufe der letzten Jahre von der Parteispitze geadelt worden zum Schweigen gebracht worden.

Dennoch will Papandreu offenbar nichts riskieren. Vermutlich aus diesem Grunde hat er bereits am Dienstag während einer Sitzung des Zentralkomitees der Sozialisten freimütig und unaufgefordert zugegeben, daß „Fehler gemacht worden sind“. Durch diese Selbstkritik will er offenbar im Vorhinein die mögliche Kritik entkräften. Ihm geht es darum, daß die Ergebnisse des Parteitag dem Durchschnittsgriechen einen Eindruck der Einmütigkeit vermitteln. Dies ist wohl auch die Erklärung dafür, daß die Presse nur am ersten Tag während Papandreus' voraussichtlich dreitägiger Eröffnungsrede dabei sein darf. Alle anderen Beratungen und die Diskussionen in den Arbeitskreisen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. (SAD)



# OLYMPIA-BOYKOTT / Interview mit Daume – Reaktion der Athleten – Größeres deutsches Team?

## „Unheilvolle Fortsetzung von 1980“

Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland und 1980 ein entscheidender Gegner des Boykotts der Sommerspiele von Moskau, gab der Deutschen Presse-Agentur (dpa) folgendes Kurz-Interview.

Frage: Wie bewerten Sie die sowjetische Entscheidung, nicht an den Spielen teilzunehmen?

Daume: Die Entscheidung bedeutet einen schweren Schlag für die olympische Bewegung. Das, was 1980 mit dem westlichen Boykott der Moskauer Spiele begonnen hat, setzt sich nun unheilvoll fort. Die bevorstehenden Sommerspiele sind, wenn auch die übrigen Ostblock-Länder fehlen werden, sportlich nur noch die Hälfte wert.

Frage: Vor vier Jahren hat die IOC-Spitze nach einhelliger Meinung im Krisen-Management weitgehend versagt. Was kann das IOC noch tun?

Daume: Mein Rat an Präsident Samaranch ist, so schnell wie möglich zu einem persönlichen Gespräch nach Moskau zu fahren. Dort sollte er klären, ob es noch Möglichkeiten für eine sowjetische Teilnahme gibt. Die Türen scheinen noch nicht endgültig zugeschlagen. Darauf könnte der überraschend frühe Zeitpunkt des sowjetischen Boykott-Beschlusses hinweisen. Schließlich wollte das sowjetische NOK sein endgültiges Votum erst Ende Mai abgeben.

Frage: Welche Konsequenzen wird das NOK für Deutschland aus dem UdSSR-Boykott ziehen?

Daume: Wir werden alles tun, um den Olympischen Spielen zu helfen. Zwar ist es zunächst Sache der internationalen und nationalen Sportverbände, die reduzierten Felder aufzufüllen. Doch wir würden in den Mannschaftssportarten selbstverständlich Teams nachmelden, die bisher sportlich nicht qualifiziert waren.

Frage: Wird das NOK nunmehr auch die Endkampf-Chance als Kriterium für eine Olympia-Qualifikation neu definieren? Dies würde bedeuten, daß eine viel größere Olympia-Mannschaft nach Los Angeles geschickt werden könnte?

Daume: Über diesen wichtigen Punkt muß sich das NOK jetzt schnell Klarheit verschaffen. Meine Meinung ist, daß wir bei der endgültigen Nominierung die neue Situation berücksichtigen müssen, das heißt, Endkampf-Chance unter den gegebenen Umständen.

Frage: 1980 waren die Sportler die Leidtragenden des Boykotts. Das ist auch diesmal so. Der Boykott trifft die Boykottierte selbst immer am meisten. Wie schützen Sie die Lage der Sportler ein?

Daume: Tatsächlich sind bei einem Boykott die Athleten immer die eigentlichen Verlierer. Und er trifft alle. Die großartigen Sportler aus der UdSSR haben nun jede Chance auf olympische Bewährung, auf die sie sich so intensiv vorbereitet haben, verloren. Und auch die Medaillen-Gewinner von Los Angeles können ihrer Erfolge nicht froh werden. Wenn die halbe Sportwelt fehlt, sind Sie auch nur die Hälfte wert.

Frage: Was halten Sie von der Wahrscheinlichkeit von Gegenspielen der Boykott-Länder in Sofia?

Daume: Man kann von diesem Vorhaben nur dringend abraten. Sollte es tatsächlich geben, so wäre dies eine zusätzliche Ohrfeige für die olympische Bewegung.

## Bestürzung, Mitgefühl: „Historische Spiele in Los Angeles – die letzten“

DW, Bonn

Mit Bestürzung haben die amerikanischen und deutschen Sportler auf den Boykott der Olympischen Spiele durch die UdSSR reagiert. Alberto Salazar, Inhaber der Weltbestzeit im Marathonlauf, sieht sogar das Ende der Olympischen Spiele gekommen. „Das ist der Todesstoß für Olympia. Ich glaube, die Olympischen Spiele, wie wir sie kennen, werden zu Ende sein, wenn dieser Boykott durchgeführt wird.“ Auch Al Oerter, viermaliger Olympiasieger im Diskuswerfen von 1956 bis 1968, meinte, die Entscheidung sei ein harter Schlag für die Spiele. „Ich glaube, die Spiele werden lange brauchen, um sich von dieser Art politischen Unsinn zu erholen.“

Besonderes Mitgefühl zeigte der amerikanische Schwimmer Jesse Vassallo für seinen Konkurrenten Wladimir Salnikow, den Weltrekordhalter über 800 und 1500 m. „Ich bin mit ihm zusammen geschwommen, ich habe mit ihm zusammen trainiert, und ich weiß, wie hart er gearbeitet hat, um sein Ziel zu erreichen. Ich habe gedacht, mein Gott, wie leer muß er sich jetzt fühlen.“ Ähnlich äußerte sich Weitspringer Carol Lewis, die Schwester von Goldmedaillenfavorit Carl Lewis. „Ich habe Mitgefühl mit den Sportlern der Ostblocks. Wir haben dasselbe 1980 durchgemacht. Wenn sie nicht kommen, sind es keine richtigen Olympischen Spiele.“

Nur Frank Shorter, Marathonsieger von München 1972, hat noch Hoffnung, daß die UdSSR doch noch teilnimmt. „Sie haben noch nicht endgültig abgesagt. Sie haben nur festgestellt, daß sie unter den jetzigen Umständen nicht teilnehmen werden.“ Shorter meint, die UdSSR wolle lediglich Zugeständnisse erzwingen: „Das ist nur ein Eröffnungszug.“

Der Frankfurter Schwimm-Weltrekordler Michael Groß hörte im Auditorio die Nachricht über den Olympi-Boykott der UdSSR und war nicht bereit, am Telefon Auskunft über seine Reaktion zu geben. „Er möchte nichts dazu sagen, weil er es erstmal verdauen muß“, meinte sein Vater dazu, „es ist bedrückend und grotesk zugleich, wie machts alles ist.“ Michael Groß wäre zum zweitenmal von einem Boykott der UdSSR betroffen. Einen Tag vor den Schwimmwettbewerben in Moskau war Michael Groß in Kanada eine bes-

sere Zeit geschwommen als der spätere schwedische Olympiasieger Arvidson.

Siegfried Wenz, Weltmeister im Zehnkampf, „Ich glaube, es würde nicht zum Boykott kommen, weil die Sowjets darauf angewiesen wären, ihre sportliche Stärke zu demonstrieren. Sie schneiden sich auf alle Fälle ins eigene Fleisch. Gegenspieler wären ein Witz. Es scheint immer schwieriger, einen krisensicheren Austragungsort für die Spiele zu finden.“

Martin Knosp, Vize-Europameister im Ringen: „Meiner Meinung nach kommen jetzt nie mehr Olympische Spiele zustande. Für mich wäre es günstig, denn mein Hauptkonkurrent und Bewunderer der Europameisterschaften fällt jetzt weg.“

Harald Hein, Mannschafts-Weltmeister im Florettfechten: „Für die Sportler tut es mir wahnsinnig leid. Für uns wäre es natürlich ein sportlicher Vorteil, wenn sie nicht kämen. 1980 hat auch keiner danach gefragt.“

Helmut Gertel, deutscher Amateurboxmeister im Bantamgewicht: „Die Absage der UdSSR interessiert

mich überhaupt nicht. Wenn ich die Chance habe, eine Medaille zu gewinnen, ist es mir egal, ob der Ostblock teilnimmt oder nicht. Ich finde es sogar ganz gut, der Wert der Medaille würde damit nicht verlieren.“

Christian Haas, deutscher Meister über 100 m: „Das ist für die westlichen Sportler ein gerechter Ausgleich für 1980, als sie keine olympischen Medaillen gewinnen konnten. Ich befürchte nicht, daß die olympische Idee ernsthaft in Gefahr ist. Im Gegenteil, sie wird sich gegen alle politischen Einflüsse durchsetzen.“

Hartmut Weber, 400-m-Europameister: „Ich hätte wetten können, daß es zum Boykott kommt. Die Sowjets haben nur einen Vorwand gesucht, um sich für 1980 revanchieren zu können. Wenn sich die Politik weiter so stark einmischt, können wir Olympia vergessen.“

Wolfgang Ströter, Hockey-Bundestrainer der Damen: „Wir haben mit der Gefahr des Boykotts gelebt. In Los Angeles gibt es vielleicht historische Spiele, nämlich die letzten. Der Sport hat sich wieder als das schwächste Glied der Kette erwiesen. Daß ein Boykott nichts bringt, sieht



Bestreute Gesichter: IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch (links) und Organisationschef Peter Ueberroth. FOTO: AP

man an der unveränderten Situation Afghanistans.“

Josef Neckermann, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe, sagte: „Die Arbeit der Stiftung Deutsche Sporthilfe wird von dem sowjetischen Boykott der Spiele von Los Angeles nicht berührt. So sehr ich wie alle Sportler das Fernbleiben der Spitzenathleten aus der UdSSR bedauere, so klar möchte ich feststellen, daß der internationale Sportverkehr weitergehen wird.“ Neckermann weiter: „Der Sport ist voll im Griff der Politik, und selbst das Internationale Olympische Komitee ist, wie sich zeigt, machtlos. Dem IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch haben also auch die vier Jahre Erfahrung, die er als Botschafter Spaniens zwischen 1976 und 1980 in Moskau sammeln konnte, wenig genutzt.“

Das sind Reaktionen von Athleten der Bundesrepublik Deutschland, die zum Teil gute Aussichten haben, in Los Angeles eine Medaille zu gewinnen.

Peter Bouschen, deutscher Rekordhalter im Dreisprung: „Das ist doch vollkommener Blödsinn. Wenn man ein Jahr zuvor an einer Weltmeisterschaft teilnimmt und sich intensiv vorbereitet wie die Sowjets, kann man ein solches Verhalten nicht verstehen. Nun wird es in Los Angeles in meiner Disziplin nur einen halben Wettkampf geben. Mit ihrer Nichtteilnahme haben sich die Sowjets ihrer moralischen Chance beraubt, der USA eine Ohrfeige für ihren Boykott von 1980 zu verpassen.“

Stefan Pfeiffer, deutscher Rekordhalter über 1500 m Freistil: „Durch die sowjetische Absage vergrößern sich zwar meine individuellen Chancen, aber man kann doch nicht übersehen, daß das Niveau der Spiele insgesamt sinkt.“

Fredy Schmidtknecht, Ex-Weltmeister im 1000-m-Zeitfahren: „Mir wäre es lieber gewesen, wenn die starken Sowjets in Los Angeles dabei wären. Trotzdem hätte für mich eine Medaille den gleichen Wert – ob mit oder ohne UdSSR.“

Michael Becker, Aktivensprecher im Deutschen Sportbund: „Ich könnte mir vorstellen, daß man nun erneut darüber nachdenken muß, ob die Olympischen Spiele dadurch zu retten sind, daß sie vielleicht doch ständig an einem neutralen Ort, etwa Athen, durchgeführt werden.“

## „Die Mannschaft nicht aufblähen“

DW, Bonn

Bereits am Samstag wird sich das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) während einer Sitzung in Berlin mit der neuen Lage nach dem von der Sowjetunion erklärten Boykott der Sommerspiele von Los Angeles befassen. Dabei geht es auch um die Auswirkungen auf die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland. Heinz Falk, Vorsitzender des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), sagt: „Das NOK muß möglicherweise seine Vorgaben für die Olympia-Nominierung etwas ändern und die sogenannte Endkampf-Chance neu definieren.“

Etwa 315 Athleten wollte das NOK nach Los Angeles entsenden – werden es jetzt mehr? Walther Tröger, Generalsekretär des NOK, sagt in einer ersten Stellungnahme: „Unsere Olympiamannschaft wird statt der vorgesehenen 315 Athleten jetzt nicht 400 umfassen. Sie wird nicht aufgebläht. Es wäre ganz schlimm, wenn unsere Olympia-Mannschaft jetzt über die Maßen ausgeweitet werden und unser Team dann zahlenmäßig an die Stelle der UdSSR stehen würde.“ Die UdSSR hatte ursprünglich die quantitativ größte Olympia-Mannschaft aller Länder – etwa 380 Athleten – nach Los Angeles schicken wollen.

Das Kriterium der Endkampf-Chance für die Nominierung deutscher Athleten könnte in den Sportarten größtenteils ausgelegt werden, die von der Sowjetunion dominiert werden: Ringen, Gewichtheben, Kanu, Rudern, Boxen, Turnen und Gymnastik. So sagt jetzt zum Beispiel Peter Hussing, der die Qualifikation im Turnier der Superschwergewichts-Boxer nicht erreicht hat: „Ich halte mich bereit.“

Eine neue Situation ergibt sich vor allem in den Mannschaftssportarten. Das Handball-Team der Bundesrepublik ist vom internationalen Verband offiziell als Ersatzmannschaft Nummer eins für die Sommerspiele nominiert worden, nachdem es bei der B-Weltmeisterschaft (gleichzeitig Qualifikationsturnier) hinter Ungarn und der Tschechoslowakei den dritten Platz belegt hatte. Bernhard Thiele, der Präsident des deutschen Handball-Bundes, präsentiert nur wenige Stunden nach der sowjetischen Boykottklärung einen

Alternativplan, in dem die Teilnahme der Männer- und Frauenmannschaften aus der Bundesrepublik einkalkuliert ist. Als Sprecher der westeuropäischen Verbände will Thiele heute die Lage mit dem Schweden Curt Wadmark, Präsident des internationalen Verbandes erläutern. Grundlage der Gespräche ist die Kalkulation, daß die UdSSR, Polen, Ungarn die CSSR und die „DDR“ nicht, die Rumänen jedoch teilnehmen. Nach Thieles Plänen würde das Teilnehmerfeld in Los Angeles so aussehen: Rumänien, Jugoslawien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Schweiz, Spanien, Island, Japan und Algerien. Für einen möglichen Verzicht von Kuba stünde Kanada die Teilnahme zu, die USA sind als Veranstalter land automatisch qualifiziert.

Ähnliche Probleme gibt es im Volleyball und im Fußball. Al Monaco, der Generalsekretär des Volleyball-Verbandes der USA: „Falls der komplette Ostblock boykottiert, rücken außer Südkorea für die UdSSR noch die Bundesrepublik Deutschland für die „DDR“ und Kanada für Kuba nach.“ Der Schweizer Sepp Blatter, Generalsekretär des internationalen Fußball-Verbandes, der denken effektiv daran, in der Zukunft auf Olympia zu verzichten. In Los Angeles wird wahrscheinlich das letzte Fußballturnier stattfinden. Betroffen wäre das Turnier vom Rückzug der UdSSR, der „DDR“ und von Titeverteidiger CSSR. Der internationale Verband müßte in diesem Falle Ersatzländer benennen, möglich wäre auch eine Teilnahme der gegen Frankreich ausgeschiedenen Bundesrepublik. Nach Ansicht Blatters hat der Boykott auch Auswirkungen auf die Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 1990 in der nächsten Woche in Frankreich. Blatter: „Man wirft nicht um Kredit, wenn man auf einen Wettbewerb verzichtet und einen anderen Wettbewerb ausrichtet.“ Die Sowjetunion hat sich neben Italien um die Austragung der WM beworben.

Beim Internationalen Basketball-Verband war gestern noch keine offizielle Absage der UdSSR für das Qualifikationsturnier in Frankreich eingegangen, bei dem sich vom 15. bis zum 25. Mai auch das Team der Bundesrepublik um einen Platz im olympischen Turnier bewirbt.

## Reagens Garantie, Ueberroths Irrtum – Chronologie der Moskauer Absage

19. Juli 1980: Bei der Eröffnung der XXII. Olympischen Spiele marschieren nur 81 Länder in das Moskauer Leninstadion ein. US-Präsident Jimmy Carter hatte zum Boykott der ersten Sommerspiele in einem sozialistischen Land wegen der Intervention sowjetischer Truppen in Afghanistan aufgerufen. Neben den USA und der Bundesrepublik Deutschland bleiben weitere 34 Länder den Spielen fern.

27. Mai 1982: US-Präsident Ronald Reagan stellt in einer vom Organisationskomitee der Olympischen Spiele in Los Angeles (LAOOC) an das IOC übergebene Erklärung fest: „Es ist mir eine Freude, die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles im Namen des amerikanischen Volkes willkommen zu heißen und festzustellen, daß die Olympische Charta befolgt wird.“

14. September 1983: Beide Kammern des kalifornischen Parlaments fordern den Ausschluß der Sowjetunion von den Sommerspielen in Los Angeles wegen des Abschusses einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch sowjetische Abflieger.

28. September 1983: Bei einer Konferenz der in den kommunistischen Ländern für den Sport Verantwortlichen bereitet der sowjetische Sportminister und Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der UdSSR, Marat Gramow, die Teilnahme auf die Möglichkeit eines sowjetischen Fernbleibens von den Los Angeles-Spielen vor.

7. November 1983: Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, erklärt in Paris, als Ostblock-Länder werden in Los Angeles teilnehmen, wenn „die Olympische Charta respektiert wird.“

16. März 1984: Die US-Regierung erklärt, daß die sowjetischen Luftfahrt-Gesellschaft Aeroflot und

alle Teilnehmer in Los Angeles willkommen geheißen werden.

7. Dezember 1983: Nach einem siebentägigen Besuch in der Olympiastadt Los Angeles erklärt Gramow: „Die Einstellung der Sowjetunion zu den Spielen in Los Angeles ist grundsätzlich positiv. Für eine Nichtteilnahme liegen keine Gründe vor.“

28. Januar 1984: Die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ wirft dem amerikanischen Bundeskriminalamt FBI vor, in Los Angeles eine „Atmosphäre der Verdächtigung und Spionage-Manie“ zu schaffen.

2. März 1984: Das amerikanische Außenministerium verweigert dem sowjetischen Olympia-Attaché Oleg Jermischkin ein Einreisevisum. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärt, man habe „sichere Informationen“, daß Jermischkin ein „KGB-Agent von ziemlich hohem Rang“ sei.

16. März 1984: Die US-Regierung erklärt, daß die sowjetischen Luftfahrt-Gesellschaft Aeroflot und

das Passagier-Schiff „Gruzia“ für die Sommerspiele volle Lande- bzw. Anlegerecht erhält.

5. April 1984: Mit der Forderung nach einer IOC-Sondersitzung und der Andäule, daß die USA gegen die Absage der Sowjetunion schriftlich abgegebene Garantie-Erklärungen auf Einbehaltung der Olympischen Regeln zu verstoßen haben, verstärkt die Sowjetunion den Druck auf die amerikanischen Olympia-Organisationen.

6. April 1984: Führende Vertreter der Ostblock-NOKs erklären in Moskau die Lage. Ergebnisse werden nicht bekannt. Die Sowjets sagen die Teilnahme an vorolympischen Wettkämpfen im Schießen und Boxen ab.

16. April 1984: Gramow erklärt in Moskau: „Wir denken nicht an einen Boykott. Wir wünschen nur die genaue Einhaltung der Olympischen Charta.“

19. April 1984: Eine Organisation „Schließt die Sowjets aus“, der 160 Gruppierungen von überwiegend

UdSSR-Emigranten angehören, erklärt in Los Angeles: „Wir werden den Russen die Teilnahme so ungemütlich wie möglich machen.“

24. April 1984: In einer Krisensitzung des IOC wollen Samaranch, Gramow und LAOOC-Präsident Peter Ueberroth den sowjetisch-amerikanischen Konflikt um die Sommerspiele von Los Angeles bereinigen. Gramow sagt nach dem Treffen: „Wir sind einen Schritt weitergekommen. Doch weitere Gespräche sind nötig, um die Probleme zu lösen.“ Samaranch erklärt: „Die dunklen Wolken sind verschwunden oder im Verschwinden begriffen.“ Wenige Stunden zuvor fordert der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernomko den IOC-Präsidenten auf, nach Moskau zu kommen, um über die sowjetischen Vorwürfe gegenüber den Olympia-Gastgebern zu sprechen.

26. April 1984: Ueberroth erklärt nach seiner Rückkehr aus Los Angeles:

„Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, daß die UdSSR ihre Athleten nach Los Angeles schicken wird.“ Rumänien will, wie in Wien bekannt wird, nach dem Stand der Dinge „bis zum heutigen Tag“ an den Spielen teilnehmen, auch wenn andere sie boykottieren.“

30. April 1984: Pläne für Alternativ-Spiele in der bulgarischen Hauptstadt Sofia im Falle eines Ostblock-Boykotts werden bekannt. Nach den von Sportfunktionären kommunistischer Länder stammenden Informationen liegen in Moskau bereits komplette Terminpläne für eine solche Veranstaltung vor.

1. Mai 1984: Gramow betont erneut, daß das NOK der Sowjetunion bei seiner Vollversammlung am 25. Mai über eine Teilnahme an den Spielen entscheiden wird.

8. Mai 1984: Das NOK der Sowjetunion beschließt, daß die UdSSR den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles fernbleibt.

## Stuttgart: Zusatz-Einnahme

Stuttgart (sid) – Das wahrscheinlich entscheidende Spiel um die deutsche Fußball-Meisterschaft 1984 zwischen dem VfB Stuttgart und dem Hamburger SV am 26. Mai wollen die Gastgeber zu einer Zusatz-Einnahme nutzen. Das Spiel wird direkt in die benachbarte Hanns-Martin-Schleyer-Halle auf einer Großleinwand übertragen. Bei einer ausverkauften Halle mit 7500 Zuschauern bei einem Eintrittspreis von 18 Mark beträgt die Einnahme 135 000 Mark.

## Nürnberg – Magdeburg

Frankfurt (dpa) – Deutsch-deutscher Fußballvergleich im Internationalen Fußball-Cup (IFC): Mit „DDR“-Meister 1. FC Magdeburg erhielt Bundesligist FC Nürnberg bei der Auslosung für den IFC-Cup ab 30. Juni den attraktivsten Gegner der vier beteiligten Bundesligaklubs: Mönchengladbach, Düsseldorf und Braunschweig.

## Sieg für Weltmeister Koof

Mannheim (sid) – Weltmeister Norbert Koof (Willich) gewann auf Fire den Großen Preis der Stadt Mannheim. Koof blieb im Stechen in 36,2 Sekunden als einziger Reiter fehlerlos.

frei. Platz zwei belegte Peter Luther (Wedel) auf Livius (3/48,7) und Franke Sloobtschak (Diepholz) auf Golan (4/33,5).

## Navratilovas Einnahmen

New York (sid) – Seit Beginn des Jahres 1984 verdiente Martina Navratilova (USA), beste Tennisspielerin der Welt, an Preisgeldern bereits umgerechnet 1 279 356 Mark. Dahinter folgen im Abstand Hana Mandlikova (CSSR) mit 825 206 DM und Pam Shriver (USA) mit 843 992 Mark. Sylvia Hanika (Rot-Weiß Berlin) kassierte als 19. 128 992 Mark.

## Orofino verletzt

Köln (kgb) – Deutschlands dreifacher Galopper des Jahres, Orofino, kann den geplanten Start am Samstag im Grand Prix von Evry bei Paris nicht absolvieren. Der Hengst trat beim Training in einen Nagel.

## Rumänien siegte 1:0

Nantes (sid) – Bundestrainer Jupp Derwall sah beim 1:0-Sieg der rumänischen Fußball-Nationalmannschaft in Nantes gegen den französischen Erstligisten nur eine schwache Leistung des deutschen Gegners bei der Europameisterschaft.

## SEGEN

Internationale Deutsche Meisterschaften. Interne Olympia-Qualifikation des Deutschen Segler-Verbandes, vor Kiel, Törnados: Endstand nach vier Wettfahrten: 1. van Bladel/Lambrecht (Holland) 57 Punkte, 2. Kaphengst/Böse 44, 3. Spengler/Jentsch 37, 4. Neuhann/Wolf 37, DSV-Olympia-Qualifikation: 1. Kaphengst/Böse 24 Punkte, 2. Neuhann/Wolf 24 – Starboot-Klasse, Endstand nach vier Wettfahrten: 1. Goutesteig/Doreste (Spanien) 33,7, 2. Giese/Marcour 44,7, 3. Hagen/Hösch 36 (alle Deutschland) – DSV-Olympia-Qualifikation: 1. Giese/Marcour 170, 2. Hagen/Hösch 222,4.

## TENNIS

Internationale Meisterschaften von Deutschland in Hamburg. 1. Runde: Westphal (Deutschland) – Szozil (CSSR) 6:3, 6:4; Becker (Deutschland) – Casal (Spanien) 6:3, 6:7, 6:1.

## HANDBALL

DFB-Pokal der Männer, Achtelfinale-Nachholspiel: Haimen – Leutershausen 20:17 (7:8).

## HOCKEY

Europameisterschaft der Damen in Lille/Frankreich: Gruppe B: Vierter Spielplatz: Spanien – CSSR 1:0, England – Irland 1:0, Frankreich – Deutschland 6:7.

## RADSPORT

„A Tage von Rinkirchen“ für Profis. Prolog (7,2 km): 1. Yates (England) 9:02,69 Minuten, 2. Vanderaerden (Belgien) 9:02,35 Sek. zur. 3. Hinault (Frankreich) 9:03,13 Sek., 4. Braun (Deutschland) 9:04,50 Sek.

## FUSSBALL / München nach 3:2 über Schalke 04 im DFB-Pokalfinale

## Zwei Rummenigge-Tore – was sind die Bayern ohne ihren Star wert?

DW, München/Anderlecht

Bis zehn Minuten vor Schluß sah es wieder nach einer Verlängerung aus, dann aber erzielte Karl-Heinz Rummenigge das 3:2 im Wiederholungsspiel gegen Schalke 04 um den Einzug ins DFB-Pokalfinale. Gegner des FC Bayern München am 31. Mai im Frankfurter Waldstadion wird Borussia Mönchengladbach sein. Die Spannung des ersten Spiels (6:6) kam nur kurz auf, als die Schalke-Jacobs (50.) und Opitz (72.) den Münchner 2:0-Vorsprung ausgleichen konnten. Im ersten Finale des UEFA-Pokals schaffte der englische Vertreter Tottenham Hotspur durch ein 1:1 beim RSC Anderlecht eine gute Ausgangsbasis für das Rückspiel am 23. Mai in London. Vor dem Spiel kam es zu Ausschreitungen englischer Fans. Ein irischer Fan wurde bei einer Schießerei in Brüssel erschossen. Die Erwartungen für das Wiederholungsspiel waren sehr groß, doch es gehörte schon viel blauesaugig dazu, zu glauben, der Pokal-Krimi vom letzten Mittwoch sei ebenfalls wiederholbar. Ausgesprochen langweilig ging es sogar in den ersten 45 Minuten zu.

Schalke, zuerst einmal darauf bedacht, den ersten Ansturm der Bayern abzuwehren, beschränkte sich zunächst auf Konter und sicherte die eigene Abwehr. Damit kamen die Bayern überhaupt nicht zurecht. Außer Rück- und Querpässen fiel ihnen nicht gerade viel ein. Schon sehr früh piffte die 45 000 Zuschauer angesichts der Hilflosigkeit die eigene Mannschaft aus.

In der 32. Minute dann doch die Bayern-Führung. Karl-Heinz Rummenigge erwischt noch einen Steilpaß von Sören Lerby und zog den Ball mit dem linken Fuß an Walter Jungmans vorbei ins lange Eck. Nur zwei Minuten später schon hätten die Bayern ihren Vorsprung ausbauen können, aber Mittelstürmer Dieter Hoenes schaffte es, mit einem Kopfball aus fünf Metern Entfernung das leere Tor zu verfehlen. Eine Minute vor der Pause aber regierte der Bayern-Mittelstürmer am schnellsten. Karl-Heinz Rummenigge lupfte den Ball bei einem Freistoß aus dem Stand über die Schalke-Abwehr, nur Hoenes hatte gehäht, daß Rummenigge

igge den Freistoß schnell ausführen würde, war gestartet und erzielte die 2:0-Pausenführung. Schon 24 Stunden vor dem UEFA-Pokalfinale zwischen Anderlecht und Tottenham Hotspur meldete der Brüsseler Polizeien Tote und zahlreiche Krawalle. In der Nacht zum Mittwoch wurde der 18 Jahre alte Ire Brian Fallaghan von einem 32 Jahre alten Barbesitzer erschossen, nachdem er mit einer Gruppe von Tottenham-Fans in der Bar des Brüsseler Vergnügungsviertels randaliert hatte. Der Ire aus dem Nordwesten Londons starb eine Stunde nach den Schüssen in einem Brüsseler Krankenhaus. Der Barbesitzer Albert Neuckermans, der fünf Schüsse auf die Randaliere abgegeben haben soll, wurde festgenommen.

Mehr als ein Dutzend Verletzte und fast 50 Festnahmen – so lautet die düstere Bilanz der Polizei dann kurz vor dem Spiel. Nachmittags hatten bereits zumeist angetrunkenen englischen Fans in Gaststätten und Geschäften randaliert und dabei Sach- und Personenschäden angerichtet.

## STANDPUNKT

## Lustverlust

Kaum faßbar, aber wahr: Bei der Reich sollen Spieler, die zu ausgelassenen Turnieren feiern, eine gelbe Karte bekommen. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wird diesen Unfug überlegen – wen wundert's? Sie wollen also allen Ernstes in Zeiten, in denen es ohnehin nicht viel zu lachen gibt, Gefühlsausbrüche unterdrücken. Die Spiele werden verzögert, die Gegner irritiert und die Zuschauer provoziert, glantz Schiedsrichter-Boß Johannes Malka. Eines Tages werden sie noch das Klatschen und Pfeifen reglementieren, und wer eine Tüte Bonbons zu laut öffnet, der muß einmal zur Strafe ums Stadion laufen. In der Oper soll und muß es ruhig zugehen, aber nicht in einem Fußball-Stadion. Gefühle müssen ausgelebt werden, gerade bei einem Toreffekt. Denn darüber kann man sich mehr freuen? Ein Erfolg des Fußballs besteht darin, daß die Regeln recht unkompliziert sind, jede weitere Bestimmung nimmt den Reiz. Jubel und Freude verbieten, kann tatsächlich nur dem in den Sinn kommen, der beides längst verneint hat. Darunter aber sollen andere nicht leiden müssen. DW.



## Die Olympischen Spiele sollen „in jedem Fall stattfinden“

WELT-Interview mit Minister Zimmermann / Begründung Moskaus nicht stichhaltig

DW, Bonn  
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist der Auffassung, daß die Olympischen Spiele in Los Angeles auch nach der Absage der Sowjetunion „in jedem Fall“ stattfinden sollten. Eine Absage der Sommerspiele wäre das Ende der olympischen Idee, sagte der auch für Sport zuständige Minister in einem WELT-Interview. Die von Moskau vorgebrachte Begründung für die Absage, die Sicherheit seiner Sportler sei beeinträchtigt, ist nach Auffassung Zimmermanns nicht stichhaltig. Mit dem Bundesinnenminister sprach Manfred Schell.

WELT: Die Sowjetunion hat aus offensichtlich politischen Gründen ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen 1984 abgesagt. Sind Sie der Meinung, daß damit die olympische Idee zerstört wird?

Zimmermann: Die Absage der Sowjetunion ist zweifellos eine schwerwiegende Beeinträchtigung dieser Olympiade. Aber die Idee selbst kann dadurch nicht zerstört werden. Ich bin überzeugt, daß der olympische Gedanke weiterleben wird, weil Millionen Menschen in der ganzen Welt dahinterstehen. Noch wissen wir zu wenig über die wirklichen Gründe der angekündigten Absage. Es ist

jetzt die Aufgabe des Internationalen Olympischen Komitees, die Sowjetunion vielleicht doch noch umzustimmen. Dazu könnten auch diplomatische Vermittlungen beitragen.

WELT: Moskau schiebt Gründe der Sicherheit seiner Mannschaft vor. Was sind Ihrer Meinung nach die wirklichen Motive?

Zimmermann: Der Bundesregierung liegt die Sicherheit der Sportler und damit auch der deutschen Mannschaft insbesondere nach den schrecklichen Erfahrungen der Olympischen Spiele von 1972 in München ebenso am Herzen wie der Sowjetunion. Die Organisation und die USA sind aber sehr wohl in der Lage, diese Sicherheit zu gewährleisten. Sollte es dabei im Vorfeld der Spiele noch offene Fragen geben, so wäre genug Zeit, bis zur Eröffnung darüber noch zu verhandeln. Bei begründeten Zweifeln hätte der IOC-Präsident Samaranch dies bei seinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan angesprochen. Über andere Motive der sowjetischen Absage möchte ich jetzt nicht spekulieren, damit mögliche Wege der Umkehr nicht versperrt werden.

WELT: Ist das die Retourkutsche für den Olympiaboykott in Moskau

nach dem Überfall auf Afghanistan?

Zimmermann: Man muß den Eindruck haben, daß dies einer der möglichen Gründe für die Absage ist.

WELT: Sind Sie der Meinung, daß die Olympischen Spiele in Los Angeles in jedem Fall abgehalten werden sollten, auch dann, wenn mit der Sowjetunion die meisten anderen Ostblockstaaten fernbleiben sollten?

Zimmermann: Die Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles sollten in jedem Fall stattfinden. Die Nichtsendung starker Mannschaften ist zwar bedauerlich, aber eine Absage der Spiele wäre nun wirklich das Ende der Olympischen Idee. Dies kann niemand wollen.

WELT: Wie es heißt, bereitet der Ostblock Gegenspiele in Sofia vor. Was halten Sie davon?

Zimmermann: Es ist zu erwarten, daß die Sowjetunion ihren Sportlern, die sich jahrelang auf den Tag X vorbereitet haben, eine Möglichkeit des sportlichen Wettkampfes geben wird. Dies mag zwar im Interesse der Sportler liegen, widerspricht aber der olympischen Idee. Das IOC wird sich darum bemühen müssen, ein Auseinanderdriften des internationalen Sports zu verhindern.

## Libyen: Zusammenstöße eingestanden

DW, Paris  
Die libyschen Massenmedien haben am Dienstagabend versucht, die blutigen Zusammenstöße vom Vorort bei der Hauptkaserne heranzuziehen. Die staatliche libysche Nachrichtenagentur Jazira meldete, „Terroristen“ hätten in einem Gebäude in Tripolis Frauen und Kinder als Geiseln genommen. Revolutionäre Kommandos hätten sich angesichts ihrer Weigerung, den Kampf aufzugeben, „töten müssen“. Sudan und Großbritannien hätten die Terroristenkommandos ausgebildet und bewaffnet. Bei den Erschossenen seien Listen von Komplizen gefunden worden, die zum Teil verhaftet worden seien. Der Revolutionsführer erfuhr sich guter Gesundheit.

Das libysche Fernsehen zeigte fünf von Kugeln durchsiebte Leichen, bei denen es sich um „Terroristen“ handeln sollte. Nach Angaben von Diplomaten war das Khadafi-Hauptquartier in der Aziza-Kaserne das Ziel der Angreifer, die über automatische Waffen und Raketenwerfer verfügten. Beim Gegenangriff der Revolutionären Kommandos hätten sich die Angreifer in ein 900 Meter von der Kaserne entferntes Gebäude zurückgezogen. Es seien Kanonenschüsse abgefeuert worden, was auf ein Eingreifen der vor der Kaserne postierten Panzer schließen lasse.

## Nur beiläufig erwähnen die sowjetischen Medien die Absage

Das „Njet“ zu Los Angeles überrascht viele Bürger der UdSSR / „Sehr schade“

F. H. NEUMANN/dpa, Moskau  
Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug bei der sowjetischen Bevölkerung die Nachricht ein, daß sich die Sportler des Landes nicht an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles beteiligen werden. Viele erfuhr von der Absage des sowjetischen NOK erst im Laufe des gestrigen arbeitsfreien Tages, an dem die deutsche Kapitulation vor 39 Jahren wie stets als „Siegstag“ gefeiert wurde. Denn die Entscheidung war am Dienstagabend beiläufig erst am Ende der halbstündigen Fernsehnachrichten mitgeteilt worden, als sei sie eine beliebige Sportnachricht.

Auch die Zeitungen drückten die unscheinbare „Erklärung des Nationalen Olympischen Komitees der UdSSR“ gestern nur auf ihrer letzten Seite ab. Eine Welle von Kommentaren, in denen die Beschuldigungen der vergangenen Wochen gegen die Organisatoren der Spiele und die amerikanische Regierung wiederholt werden, wird sich noch anschließen. Denn die Bevölkerung hat sie kaum zur Kenntnis oder nicht ernst genommen. „Wir werden schon dabei sein“, war bis zum Dienstag die einhellige Auffassung.

Die schwache propagandistische Vorbereitung der Absage ließ die

Menschen nun aus allen Wolken fallen. Mit Bedauern und Enttäuschung reagierten die meisten Befragten, wenn auch in Moskau Passanten anzutreffen waren, die gegenüber Ausländern ihre Disziplin herauskehrten und sofort ihre volle Zustimmung äußerten. Nicht selten wurde die negative Entscheidung mit dem Boykott der Spiele 1980 in Moskau durch westliche Länder in Verbindung gebracht, den „die USA erzwungen“ hätten. Dennoch überwiegt die Einschätzung, daß es „sehr schade“ sei, wenn man sich jetzt nicht beteiligt.

Eine Gruppe von Studenten, beim morgendlichen Jogging auf den Leninbühl aufgehalten, verwies auf den moralischen Gewinn, den die Teilnahme gerade wegen des vorausgegangenen Boykotts gebracht hätte. Vom Sportlichen ganz abgesehen, dann wir haben doch sehr gute Athleten.“

„Es ist sehr schade, daß unsere Athleten jetzt doch nicht nach Los Angeles fahren“, äußerten viele Passanten in der Moskauer Innenstadt am Mittwoch morgen spontan auf Fragen. „Bei uns im Fernsehen wird nun wohl gar nichts über die Spiele zu sehen sein“, bedauerte ein Arbeiter, der im Trainingsanzug einkaufen ging. Viele sportbegeisterte Sowjet-

bürger hatten ihre Fernsehsessel doch schon für das große Sportereignis bereitgestellt und auf einen friedlichen Ausgang des olympischen Streits gehofft.

Die meisten der befragten Passanten glauben nicht, daß die Entscheidung noch revidiert werden wird. „Das ist endgültig.“

Das sowjetische NOK berief sich auf seine Erklärung an das IOC vom 10. April, in der es bereits seine „ernsthafte Besorgnis über die groben Verstöße gegen die Regeln der olympischen Charta durch die Organisatoren der Spiele“ zum Ausdruck gebracht habe. Die Berechtigung und Stichhaltigkeit dieser Haltung sei vom IOC anerkannt worden. Dessen ungeachtet habe sich die Regierung der USA weiterhin auf das Größte in die Angelegenheiten eingemischt, für die allein die Organisatoren von Los Angeles zuständig seien. Ohne den Vorwurf zu wiederholen, spielte das vom sowjetischen Sportminister Marat Gramow angeführte NOK damit auf die Visa-Frage an. Als geklärt war, daß die olympischen Gäste keine Visa benötigen, hatte sich Moskau auf den Vorwurf zurückgezogen, die amerikanische Botschaft bestünde weiterhin auf Namenslisten aller Teilnehmer.

## Bonn soll gegen Buschhaus Front machen

AP, Berlin

Die Berliner SPD hat gestern in einem Schreiben alle Berliner Bundestagsabgeordneten aufgefordert, gemeinsam auf die Bundesregierung einzuwirken, damit das umstrittene Braunkohlewerk Buschhaus in Niedersachsen nicht ohne Entscheidung in Betrieb genommen wird. In dem Brief wurde die Befürchtung geäußert, daß bei einer Inbetriebnahme das nahe der „DDR“-Grenze gelegene Kraftwerk, für Berlin besonders wichtiger Umweltverhandlungen mit der DDR, gemindert würden. Ohne Entscheidung gingen erhebliche Mengen von Schadstoffen auf dem Gebiet der „DDR“ nieder.

## Moskau verlangte von den USA: Kein Asyl für Ost-Sportler

Fortsetzung von Seite 1

Was freilich weder die Administration noch die Organisatoren in Los Angeles beantworten konnten, war die Frage, ob jegliche geplante Demonstration gegen Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR von den sowjetischen Athleten hätte ferngehalten werden können. Die Standardantwort zu diesem Problem in den USA lautet: Wir sind ein freies Land und es ist nicht Praxis hier, aus Rücksicht auf Empfindlichkeit von Besuchergruppen das Recht auf Meinungs- und Demonstrationstfreiheit einzuschränken.

Zu keiner Zeit aber hat die US-Regierung den privaten Organisatoren von Protesten gegen die UdSSR auch nur die geringste Hilfe angedeihen lassen. Im Gegenteil: Der

Wunsch der „Bannt die Sowjetunion“-Liga, das Vergnügungsschiff „Gruza“ im Hafen von Long Beach docken zu lassen, wurde von Washington rundweg abgelehnt. Dafür geriet Washington mit den Sowjets über den Fall eines Beamten in Harbin, den Moskau Anfang des Jahres als Hauptbetreuer der sowjetischen Athleten vorgesehen hatte. Das State Department lehnte eine Akkreditierung für diesen Mann qua Visum ab. Es beschrieb ihn öffentlich als KGB-Beamten.

Die Bundesregierung in Bonn will versuchen, die Sowjetunion doch noch zur Teilnahme an den Sommerspielen zu bewegen. Bundesaußenminister Genscher möchte bei seinem bevorstehenden Moskau-Besuch die Krenl-Führung auffordern, die Entscheidung zur Nichtteilnahme rück-

gängig zu machen. Genscher wird am 20. Mai in Moskau erwartet. Bundeskanzler Kohl brachte auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart die Haltung der Bundesregierung auf die Formel: „Wer Ja sagt zum Dialog, muß auch Ja sagen zu den sportlichen Spielen der Jugend“.

Gestern wurde verschiedentlich noch die Hoffnung geäußert, daß das letzte Wort der Sowjets nicht gesprochen sei. „Gerade der unerwartet frühe Zeitpunkt der Entscheidung läßt mich hoffen, daß eine Vermittlung zwischen Sowjets und Amerikanern noch möglich ist“, erklärte NOK-Präsident Willi Daume mit Blick auf den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch. Der IOC-Präsident aller Voraussicht nach bereits morgen nach Moskau, um ge-

meinsam mit anderen internationalen Sportfunktionären die sowjetischen Vertreter zu einer Meinungsänderung zu bewegen.

Die Äußerungen sowjetischer Funktionäre waren gestern höchst unterschiedlich. Mehrere UdSSR-Botschafter im Westen nannten die Entscheidung endgültig. Demgegenüber erweckte der sowjetische Amerika-Spezialist Georgi Arbatow im US-Fernsehen den Eindruck, wenn sich die Beziehungen der USA zur UdSSR generell verbesserten, werde das für alles andere, darunter die Spiele in Los Angeles, auch gelten.

Das Weiße Haus zeigte bislang keine Anzeichen, Bemühungen zu unterstützen, die Sowjets zu einer Umkehr zu bewegen. Verärgert über das, was die Administration einen „nackten

politischen Akt“ nennt, meinte ein hoher Beamter: „Es ist kaum wahrscheinlich, daß wir bei den Sowjets vorstellig werden und sie anziehen, zu uns zu kommen“.

Der Olympia-Boykott der Sowjetunion wurde von der kommunistischen Partei Italiens als „unangemessen und nicht zu akzeptieren“ bezeichnet. Jean Popere, Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, kommentierte: „Mit einer gewissen Beunruhigung kann ich nur feststellen: dem Neo-Stalinismus geht es blendend.“ Diese deutlichen Worte wurden in Paris mit großem Interesse registriert, will Mitterrand doch noch in diesem Jahr zu einem offiziellen Besuch nach Moskau reisen. In Paris wurde gestern darüber gerätselt, ob der Staatspräsident seine Reisepläne aufrecht erhält oder nicht.

## Vogel bekräftigt NATO-Treue

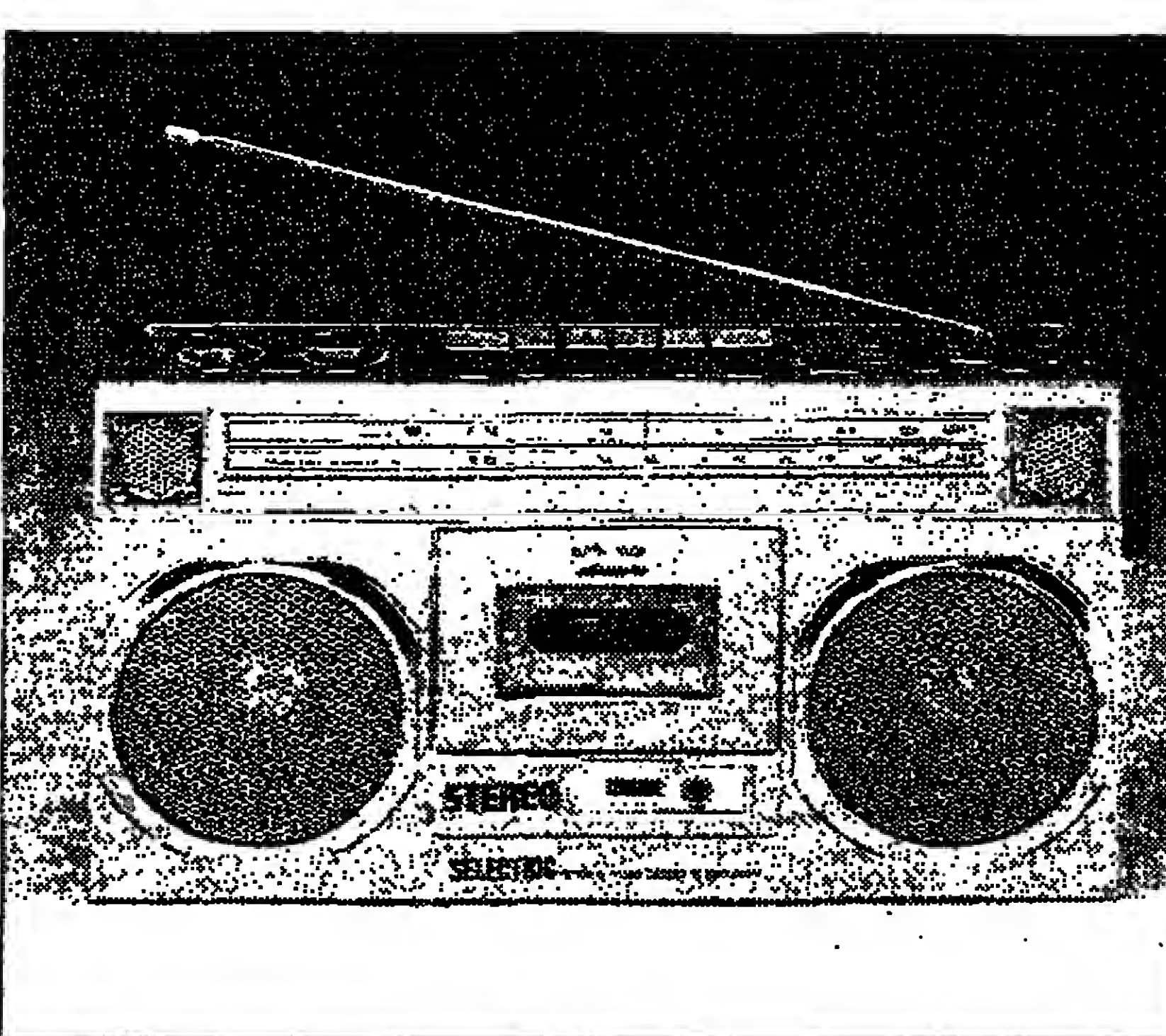
dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten stehen fest zum NATO-Bündnis und zur Bundeswehr als Instrument der Kriegsvorbereitung. Das bekräftigte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, in einem Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Heinz Volland. Vogel stellte nach Angaben des Verbandes im Zusammenhang mit einer möglichen Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr fest, daß diese Frage große rechtliche und gesellschaftspolitische Probleme aufwerfe. So seien Fragen wie „Dienst an der Waffe“, Kombattanten-Schutz (Kriegsteilnehmer) und Frauen auch in Vorgesetzten-Funktionen noch keineswegs hinreichend geklärt.

Das WELT-Angebot:

## Eine attraktive Dankeschön-Prämie,

wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.



Stereo-Radio-Recorder

MW und UKW, Stereo/Mono-Schalter, Recorder mit Bandzählwerk, 2 eingebaute Mikrophone, Netz- und Batteriebetrieb, Kopfhörerbuchse

Sie erhalten diese attraktive Prämie, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler:  
Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung von Ehepartnern oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbilligte Studenten-, Schüler- und Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt werden.

Hinweis für den neuen Abonnenten:  
Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen. Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

**DIE WELT**

LEBENSWEITRE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon: 347-45 56

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

**Bestellschein**

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen:

Bitte schicken Sie mir als Prämie

☐ den Stereo-Radio-Recorder

☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Datum:

Unterschrift des Vermittlers:

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsgeld für dieses neue Abonnement eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent.

Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00; Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Datum:

Unterschrift des neuen Abonnenten:

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

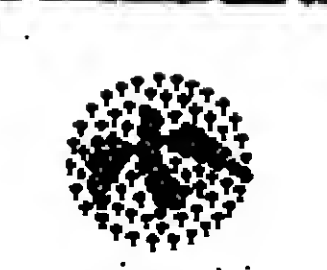
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten:

## Tribotechnik - Ihre Zukunft?

Es geht um hochwertige Spezial-Schmierstoffe für fast alle Industriezweige und um den Außendienst in einem wichtigen Verkaufsgebiet mit Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen. Ein junger, dynamischer Dr. Ingenieur oder Dipl.-Ingenieur der Fachrichtung Allgemeiner Maschinenbau, Verfahrenstechnik o.ä. kann hier eigene Ideen in Erfolge umsetzen. Eine sorgfältige Einarbeitung ist gewährleistet. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 12. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

**VIELE REDEN VOM FRIEDEN.**



**WIR ARBEITEN FÜR IHN.**

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.  
Werner-Hilpert-Straße 2  
3500 Kassel  
Postcheckkonto  
Hannover 1033 60-301

## Helfen Sie uns HELFEN

...werden Sie **Schwesternhelferin** im **Maiteser-Hilfsdienst** Kostenlos Ausbildung durch alle Dienststellen im Bundesgebiet Informations-Material: **Maiteser-Hilfsdienst e.V.** Hauptstr. 24 - 5000 Köln 50

## Zum Muttertag...

...diese Schallplatte

**Für Mutter**  
WIENER SÄNGERKABARET  
PLACIDO DOMINGO  
Singen  
Ave verum - Ave Maria - Der Evangelist  
Die Fortale - Ständchen u.a.

Schöner kann man diesen Tag nicht untermalen

WELT UNIVERSAL MUSIC HAMBURG

Sie können sich direkt bestellen:

WELT-Musik-ULLSTEIN - Musik-Verlag Ullstein GmbH, 2000 Hamburg 36

☐ LP: DM 12,90 plus DM 1,50 Versand ☐ MC: DM 12,90 plus DM 1,50 Versand

WELT-Musik-ULLSTEIN - Musik-Verlag Ullstein GmbH, 2000 Hamburg 36

STRASSE: \_\_\_\_\_

## VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.  
Werner-Hilpert-Straße 2 - 3500 Kassel - Postcheckkonto Hannover 1033 60-301



## Lob für die Deutschen

fu (London) - Das Ergebnis einer Gallup-Umfrage für die Tageszeitung Daily Telegraph trüffelt reichlich Bismarck auf die in jüngster Zeit durch Anschuldigungen verletzte deutsche Industrie, technologisch in Rückstand geraten zu sein und es im übrigen auch bei der Qualität an einigem mangeln zu lassen.

Dieser Umfrage zufolge sind deutlich mehr als die Hälfte aller Briten (56 Prozent) der Ansicht, daß Waren „Made in Germany“ gleichzusetzen sind mit sehr hoher Qualität. Japanische Produkte wurden nur von 48 Prozent der Briten mit diesem Qualitätssiegel versehen und liegen damit auf Rang zwei der Wertung, gefolgt von Neuseeland und der Schweiz mit je 25 Prozent.

Bei der letzten gleichen Umfrage 1980 erreichten deutsche Produkte mit 43 Prozent erst Rang drei hinter amerikanischen (62) und australischen (46).

Die Briten, die aus einer Liste von 31 Ländern diejenigen auswählen sollten, die ihrer Ansicht nach Waren von hoher Qualität produzieren, ließen sich nicht nur von profanen Gesichtspunkten leiten. So mochten weit aus der Reihe heraus Argentinien, das für seine Wein- und Obstproduktionen bekannt ist, und die Sowjetunion.

Doch auch die Tatsache, daß rein

politische Gesichtspunkte bei der Aufstellung der Rangordnung eine sehr starke Rolle spielen, sollte die Spitzenstellung deutscher Produkte im Ansehen der Briten keineswegs schmälern. Im Gegenteil, sie wird dadurch noch aufgewertet.

## Beihilfenabbau?

adh. - Es ist nicht einfach, den in langen Jahren gewachsenen Subventionsdünkel zu lichten. Zwar gibt es hoffnungsvolle Ansätze zum Abbau törichter staatlicher Gießkannenhilfen, die der Steuerzahler zu teuer zu bezahlen hat, und auch auf dem Brüsseler Parkett streiten Bonner Politiker wacker gegen wettbewerbsverzerrende Beihilfen, mit denen einige EG-Mitgliedsstaaten aus nationalem Interesse an sich nicht lebensfähige Branchen letztlich zu Lasten dieser Branchen in den anderen Mitgliedsländern der EG am Leben erhalten. Soweit so gut. Schnell anders wird freilich die Sache, wenn ein Abgeordneter der Regierungskoalition im Heimatwahlkreis spricht. Da werden flugs neue Forderungen erhoben. Da wird mit dem noch nicht ganz ausgegorenen Steuerentlastungsgesetz 1984 gewinkt und der Wunsch geäußert, es möge doch auch ein Bonbon für just die vertretene Region abfallen. Mit der versprochenen Lichtung des Subventionsdünkels hat das nichts zu tun. Eher schon mit dem in der Ferne winkenden Wahltermin.

## Abgekoppelt bleiben

Von CLAUS DERTINGER

Die Zinsskalation in den USA und der neuerliche Höhenflug des Dollar befeuern Spekulationen über eine Leitzinserhöhung in der Bundesrepublik. Unglücklicherweise mußte ausgerechnet auch noch ein Mitglied des Zentralbankrates, der Münchner Landesbankpräsident Lothar Müller, diese Spekulationen nähren mit seiner Bemerkung, die Bundesrepublik sei an der Grenze der Abkoppelungsmöglichkeit von den US-Zinsen angelangt, so daß es durchaus sein könne, daß die Bundesbank in der nächsten Zeit etwas gegen diese bedrohliche Entwicklung tun müsse.

Es ist klar, daß alle, die an niedrigeren oder wenigstens stabilen Zinsen in der Bundesrepublik interessiert sind, das Hochsprechen der US-Zinsen mit Sorge erfüllt. Denn es ist nicht auszuschließen, daß die vom Zinsanstieg in den USA ausgehenden Marktrückfälle auch unser Zinsniveau mit hochziehen. Bisher ist freilich eine weitgehende Abkoppelung der deutschen Zinsen von den amerikanischen gelungen.

Trotz einer Zinserhöhung für US-Regierungsanleihen um 1/4 Prozent auf über 13 Prozent seit Anfang März zog der bei rund acht Prozent liegende deutsche Kapitalmarktzins in dieser Zeit lediglich um eine knappe Viertelpromille an. Und am Euromarkt sind die D-Mark-Zinsen in dieser Zeit praktisch stabil geblieben, während die Dollarzinsen um 1/2 Prozentpunkte auf rund zwölf Prozent kletterten, so daß sich die Zinsdifferenz auf mehr als 5/2 Prozent ausweitete.

Diese Abkoppelung von den US-Zinsen ist schon ein bemerkenswertes Phänomen; sie signalisiert Vertrauen in die D-Mark, auch wenn das in ihrem Wechselkurs nicht zum Ausdruck kommt. Solange sich daran nichts ändert, ist auch nicht einzusehen, warum für die Bundesbank akuter Handlungsbedarf entstehen sollte, wie ihn Bayerns LZB-Chef andeutete. Im Augenblick täte die Bundesbank gut daran, alles zu unterlassen, was Unruhe stiften könnte. Und die entschießt wohl, wenn die Frankfurter Währungshüter jetzt die Leitzinsen erhöhen, weil das als Ziehen der Notbremse aus Angst um die Zukunft der D-Mark interpretiert würde. Verständnis für Zinserhöhungsüberlegungen in der Bundesbank

könnte man aufbringen, wenn die hohen Dollarzinsen wie ein Magnet Kapital aus der Bundesrepublik abziehen. Doch bislang sind keinerlei nennenswerte Kapitalabflüsse zu beobachten.

Mit dem steigenden Dollarkurs scheint sogar eine ausländische Interesse an kurz- und mittelfristigen D-Mark-Anlagen zu wachsen, eine Spekulation darauf, daß sich die unterbewertete D-Mark wieder befestigt und daß Aufwertungsgewinne die Minderverzinsung der D-Mark in absehbarer Zeit überkompensieren. Gerade diesem Umstand ist ja die weitgehende Abkoppelung unserer Zinsen von den amerikanischen zu verdanken.

Natürlich ist nicht zu vermeiden, daß dies zu Lasten des Wechselkurses der D-Mark geht. Aber dessen Schwäche hat nicht nur negative Folgen, die relative Einfuhrverteuerung, sondern auch einen positiven Effekt, nämlich eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf den Weltmärkten, also eine indirekte Export- und Konjunkturförderung.

Im übrigen wäre die Bundesbank schlecht beraten, wenn sie ihre Geldpolitik am Wechselkurs orientierte, zumal dann, wenn die Ursachen der D-Mark-Schwäche wie jetzt nicht in der Bundesrepublik selbst zu suchen sind, sondern ganz überwiegend in dem von den US-Superzinsen hochgetriebenen Dollar, dessen Stärke sich aus technischen Gründen in der wichtigen Alternativwährung, der Mark, am deutlichsten spiegelt.

Gegen eine Leitzinserhöhung spricht nicht nur, daß es keine Notwendigkeit gibt, massive Kapitalabflüsse zu bremsen, sondern auch die wirtschaftliche und monetäre Entwicklung in der Bundesrepublik. Die Geldmenge bewegt sich am unteren Rand des Zielkorridors, für Monetarisierung bereits ein Anlaß, eine weitere Geldpolitik zu fordern, damit der Aufschwung nicht gebremst wird. Zudem zeichnet sich in der Preisentwicklung nichts Bedrohliches ab. Außerdem wäre ein Zinssignal mitten im Tarifkonflikt politisch nicht sonderlich geschickt.

So täte denn die Bundesbank gut daran, Angstreaktionen zu vermeiden und dem Markt die Chance zu lassen, das Zinsniveau im Interesse der Konjunktur stabil zu halten.

## MINERALÖLWIRTSCHAFT / Nach wie vor hohe Verluste im Ölgeschäft

### Raffinerie-Gesellschaften müssen ihre Schlankheitskur fortsetzen

JAN BRECH, Hamburg  
Am deutschen Ölmarkt ist der Konjunkturaufschwung bislang vorbeigegangen. Der Absatz, der in den letzten drei Jahren um rund 25 Prozent zurückgegangen ist, stagniert auch in den ersten Monaten dieses Jahres. Auf die veränderten Marktbedingungen hat die Industrie mit tiefgreifenden Anpassungsmaßnahmen reagiert, ohne die Verluste im Ölgeschäft jedoch eindämmen zu können. Im vierten Jahr in Folge hat die Branche 1983 rund drei Milliarden Mark Verluste erlitten.

Eine Verbesserung der Ertragslage ist nach Angaben des Hauptgeschäftsführers des Mineralölwirtschaftsverbands, Frank Schmidt, auch gegenwärtig noch nicht in Sicht. Die Industrie werde deshalb den Abbau und die Umrüstung der Kapazitäten, die Ausdünnung des Vertriebsnetzes sowie Rationalisierungsmaßnahmen auf allen Stufen fortsetzen. Dabei dürften die Rohölverarbeitungsleistungen von zuletzt rund 114 Millionen Tonnen auf weniger als 100 Millionen Tonnen sinken und die Konversionskapazitäten auf etwa 35 Millionen Tonnen steigen. Das Tankstellen-Netz, das 1969 mit 46 684 Stationen den Höchststand erreicht hatte, wird sich nach Schätzungen des Verbands von jetzt gut 20 800 auf 18 000 verkleinern und die Zahl der Heizöltankstellen-Firmen von 12 000 auf 7000 bis 8000 Betriebe reduzieren.

Die Preisverhältnisse auf den internationalen Ölmärkten werden außerdem zu weiteren Veränderungen in der Beschaffungsstruktur führen. So hat die Industrie bereits die eigene Rohölverarbeitung drastisch eingeschränkt und statt dessen die Einfuhr von Halb- und Fertigprodukten kräftig erhöht. Der Anteil der Rohölverarbeitung an der Deckung des deutschen Bedarfs ist auf 59 Prozent gesunken, der von Produktimporten auf rund 37 Prozent gestiegen.

Dieser Trend, so betont Schmidt, sei zwar nicht ohne Risiko für die langfristige Versorgungssicherheit der Bundesrepublik, werde sich aber aus mehreren Gründen fortsetzen. Die nationalen Alleingänge beim Umweltschutz führten einmal dazu, daß die Verarbeitung in Deutschland bereits heute mit 15 bis 20 Mark je Tonne höher belastet sei als die in europäischen Nachbarländern. Zum anderen besteht in der EG ein Kapazitätsüberhang von 150 Millionen Tonnen, wobei die Überschussproduktion zumeist auf den liberalen deutschen Markt ströme.

Zur Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Raffineriewirtschaft müssen nach Meinung der Industrie die Umweltvorschriften in der EG an das strenge deutsche Niveau angepaßt und die Kapazitäten in Europa gleichgewichtig abgebaut werden. Ferner dürften die Produktexporte der Opec nach Westeuropa, die aufgrund neu errichteter Exportraffinerien

in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre 40 bis 50 Millionen Tonnen erreichen werden, nicht einseitig auf den deutschen Markt gelenkt werden.

Bei der Vorlage des Jahresberichts 1983 wiederholt der Verband auch die Forderung nach einer Kurskorrektur in der Politik der Ölverdrängung. Der Substitutionswettbewerb am Warmemarkt werde gegenwärtig durch Subventionen und administrative Eingriffe zu Lasten des Mineralöls verzerrt. Vor allem werde das leichte Heizöl diskriminiert. Im Rahmen regionaler und lokaler Energieversorgungskonzepte hätten die leistungsbunden Energien eindeutige Priorität. Diese Konzepte seien häufig nichts anderes als staatlich geförderte „Heizölverdrängungskonzepte“.

Als besonders wirksames Instrument zur Durchsetzung kommunaler Energiepläne nannte Schmidt den Paragraphen 9 des Bundesbaugesetzes. So sei es in Hamburg Praxis geworden, daß in Neubaugebieten, die mit Fernwärme oder Erdgas versorgt werden, ein Verbot für Heizöl verhängt werde. In der Hansestadt sind nach Angaben des Verbands im letzten Jahr nur noch acht Prozent der neuen Wohnungen mit Heizöl beheizt worden, verglichen mit einem Bundesdurchschnitt von etwa einem Drittel. Im Interesse der Verbraucher müßten Substitutionswettbewerb und freie Wahl des Energieträgers erhalten bleiben, erklärt Schmidt.

Zur Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Raffineriewirtschaft müssen nach Meinung der Industrie die Umweltvorschriften in der EG an das strenge deutsche Niveau angepaßt und die Kapazitäten in Europa gleichgewichtig abgebaut werden. Ferner dürften die Produktexporte der Opec nach Westeuropa, die aufgrund neu errichteter Exportraffinerien

in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre 40 bis 50 Millionen Tonnen erreichen werden, nicht einseitig auf den deutschen Markt gelenkt werden.

Bei der Vorlage des Jahresberichts 1983 wiederholt der Verband auch die Forderung nach einer Kurskorrektur in der Politik der Ölverdrängung. Der Substitutionswettbewerb am Warmemarkt werde gegenwärtig durch Subventionen und administrative Eingriffe zu Lasten des Mineralöls verzerrt. Vor allem werde das leichte Heizöl diskriminiert. Im Rahmen regionaler und lokaler Energieversorgungskonzepte hätten die leistungsbunden Energien eindeutige Priorität. Diese Konzepte seien häufig nichts anderes als staatlich geförderte „Heizölverdrängungskonzepte“.

Als besonders wirksames Instrument zur Durchsetzung kommunaler Energiepläne nannte Schmidt den Paragraphen 9 des Bundesbaugesetzes. So sei es in Hamburg Praxis geworden, daß in Neubaugebieten, die mit Fernwärme oder Erdgas versorgt werden, ein Verbot für Heizöl verhängt werde. In der Hansestadt sind nach Angaben des Verbands im letzten Jahr nur noch acht Prozent der neuen Wohnungen mit Heizöl beheizt worden, verglichen mit einem Bundesdurchschnitt von etwa einem Drittel. Im Interesse der Verbraucher müßten Substitutionswettbewerb und freie Wahl des Energieträgers erhalten bleiben, erklärt Schmidt.

## AUF EIN WORT



„Wir müssen uns noch sehr anstrengen. Die Ausrede von Fußballtrainern, ein Spiel sei verloren worden, weil der Platz nicht bespielbar, wird man bei uns nicht gelten lassen. Die anderen spielen auf demselben Platz.“

Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der AEG-Telefunken AG, Frankfurt. FOTO: DIE WELT

## Großbritannien erhöht Basiszins

fu, London  
Die britischen Großbanken haben ihre Basis-Ausleiheszinsen um 0,5 bis 0,75 Prozent angehoben. Damit liegen die Sätze von National Westminster und Lloyds Bank bei neun Prozent, die von Barclays und Midland Bank bei 9,25 Prozent. Die Zinsen wurden zuletzt Mitte März um 0,25 und 0,5 Prozent gesenkt. Die jetzige Erhöhung hat nicht überrascht, nachdem die führenden amerikanischen Banken ihre Prime Rate auf 12,5 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit Oktober 1982 angehoben haben. Daß die Geldmenge im April mit nur 0,5 Prozent langsamer als erwartet gestiegen ist, kann diese Nachteile nicht ausgleichen.

## DIHT-VOLLVERSAMMLUNG

### Europa muß Kleinkrämerei endlich überwinden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung muß sich in Brüssel stärker für eine marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Grundhaltung einsetzen. Dies fordert gestern der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, vor der Vollversammlung seiner Organisation in Bonn. Die Bundesrepublik habe mit dieser Haltung die besseren Argumente. Solange sich die Bundesregierung jedoch auf eine Position zurückziehe, „Schlimmeres verübt zu haben“, wenn wieder einmal mehr Interventionismus und Protektionismus zur gemeinsamen Sache der EG erklärt würde, handele sie nicht nur wider die eigene Überzeugung, sondern verstoße selbst gegen den Geist der Römischen Verträge.

„Kommen wir endlich los von merkantilistischer Kleinkrämerei in Europa“, erklärte Wolff. Er wandte sich entschieden gegen Vorstellungen, Europa zum größten geschlossenen Markt der Welt mit 270 Millionen Menschen auszubauen. Ein Tauschgeschäft „mehr Binnenmarkt Europa“ gegen „weniger Drittlandhandel“ könne nicht funktionieren. Wer seine eigenen Märkte verschließt, der isoliere seine geistigen und materiellen Energien, werde leistungsschwach und wettbewerbsunfähig, „selbst wenn er groß ist“.

Scharf ging Wolff auch mit den USA zu Gericht, die derzeit an einer Verschärfung ihres Schutzzinstruments gegen ausländische Importeure bastelten. Das Abwehr-Arsenal solle selbst auf Bereiche ausgedehnt werden, die internationalen Vereinbarungen widersprächen.

## GEBRAUCHTWAGEN

### Nach ungewöhnlich flottem Start jetzt schleppender

WERNER NEITZEL, Stuttgart  
Nach einem ungewöhnlich flotten Start in den ersten beiden Monaten dieses Jahres, die Zuwachsraten von gut 15 Prozent brachten, ist das Gebrauchtwagen-Geschäft im März erheblich ins Stocken geraten. Während man für jenen Monat bisher von Spitzenwerten verwöhnt wurde, lagen im März 1984 - genauso wie bei den Neuzulassungen - die Pkw-Besitzumschreibungen um sieben Prozent unter dem Vorjahresmonat.

Auch der April ist nach Darstellung der Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart, schlechter als erwartet verlaufen. Begründet wird diese von der Norm abweichenden Entwicklung damit, daß in der vorangegangenen Zeit wohl Käufe vorgezogen worden seien. Darüberhinaus habe sich auch eine allgemeine Unsicherheit aus dem Konsumklima ergeben. Die für das unerwartete

Nachlassen der Pkw-Neuzulassungen aus der Autoindustrie vorgebrachte These, die Diskussion um Abgasentgiftung und Katalysatoren wirkte kaufhemmend, liefert für das Gebrauchtwagen-Geschäft keine Begründung.

Gleichwohl rechnet die DAT für das ganze Jahr 1984 mit einer weiteren Zunahme der Pkw-Besitzumschreibungen um etwa fünf Prozent auf 5,7 bis 5,8 Millionen. Gefragt seien in erster Linie gepflegte junge Fahrzeuge mit einem Kilometerstand zwischen 40 000 und 60 000. Das Preisniveau bröckelt leicht ab.

Im vergangenen Jahr war die Zahl der Pkw-Besitzumschreibungen um 7,4 Prozent auf 5,3 Millionen angestiegen, bei fast acht Millionen Neuzulassungen. Der Durchschnittspreis blieb mit 7200 DM konstant. Fast jeder vierte Gebrauchtwagenkäufer war ein Erstkäufer.

## STEUERREFORM

### Otto Wolff übt heftige Kritik an Bonner Plänen

HEINZ HECK, Bonn

Heftige Kritik an den Bonner Plänen zur Steuerreform hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gestern in Bonn geübt. Die vorgeschlagenen Tarifmodelle und die Vorschläge zum Familienlastenausgleich zeigten, „daß man die sozialpolitischen Interessen in den Vordergrund stellt und die wirtschaftlichen in einer Tarifreform zurückdrängt“, erklärte er auf der DIHT-Vollversammlung.

Die Forderungen der Spitzenorganisation faßte er in drei Punkten zusammen:

● Die Haushaltskonsolidierung hat Vorrang vor Steuererleichterungen. Diese sollten jedoch nicht in Form familien- oder sozialpolitischer Wohltaten gewährt werden, sondern zu einer generellen Verringerung der Steuerlastquote führen.

● Der Tarif muß durchgehend gesenkt werden (einschließlich des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne als den international relevanten Belastungsdaten).

● Keine kompensatorische Finanzierung der Einkommensteuersenkung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer oder anderer Verbrauchssteuern.

Wolff kündigte an, der DIHT werde sich auch weiterhin für „eine wesentliche Herabsetzung des Spitzensteuersatzes“ einsetzen und verwies auf

amerikanische und britische Vorbilder. Präsident Reagan habe den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer in den USA von 70 auf 50 Prozent gesenkt und der britische Schatzkanzler Nigel Lawson eine stufenweise Senkung der Körperschaftsteuer von 52 auf 35 Prozent in Gang gesetzt und für die Einkommensteuer ab 1985 vorgesehen. In Gesprächen versicherten Politiker, daß solche Ermäßigungen zwar finanzpolitisch „ideal“, aber „politisch nicht machbar“ seien.

Wolff bezeichnete es als „ordnungspolitisch bedenklich“, einen zu hohen Steuersatz durch zahlreiche Sonderregelungen erträglicher zu machen, zumal da dadurch das Steuerrecht immer komplizierter würde, während sich die Entbürokratisierung andererseits die Entbürokratisierung zum Ziel gesetzt habe. „Der nachhaltige Anreiz zur Investition ist die erkannte Marktchance bei geringerer Steuerlast - nicht die Tatsache, daß die Abschreibung den Gewinn drückt“, betonte er.

Die Verringerung des Spitzensteuersatzes bei gleichzeitiger Abschaffung von Sondervergünstigungen verbessere darüber hinaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sei wegen der Steuervereinfachung besonders mittelständisch und stelle zugleich die beste Form der Eigenkapitalbildung dar. Schließlich führe sie auch zu weniger Schattenwirtschaft und weniger „Bauherrenmodellen am Markt vorbei“.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Erklärungsfrist für die Zwangsanleihe läuft ab

Bonn (dpa/VWD) - Die letzte Frist zur Abgabe der Erklärung über die Investitionsbeihilfeabgabe (Zwangsanleihe) läuft heute ab. Sie muß getrennt von den Steuererklärungen und grundsätzlich von den Steuerzahlern selbst berechnet und an die Finanzämter überwiesen werden, deren Einkommen- und Körperschaftsteuerzahlungen 15 000 000 000 DM (Ledige/Verheiratete) im Jahr übersteigen. Ehepartner müssen eine gemeinsame Erklärung abgeben. Wie aus dem Finanzministerium verlautete, werden die Einnahmen aus der Zwangsanleihe in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 440 Mill. DM nach 540 Mill. im Gesamtjahr 1983 geschätzt. Es wird damit gerechnet, daß in diesem Jahr eine Mrd. DM aus der drei Jahre lang zu zahlenden Abgabe erzielt wird.

### Personalzusatzkosten

Bonn (HE) - Der „zweite Lohn“, also die Personalzusatzkosten, sind nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) 1983 um 0,4 Prozentpunkt auf den neuen Höchststand von 78,3 Prozent gestiegen. Für 1984 erwartet das Institut eine weitere Zunahme auf 79 bis 79,5 Prozent. Ursachen hierfür sind die Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent sowie die Bestimmung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984, wonach Sonderzahlungen (wie Weihnachtsgeld) in größerem Umfang als bisher der Sozialversicherungspflicht unterworfen werden.

### Kanada folgt USA

Toronto (VWD) - Auch Bank of Montreal, Bank of Nova Scotia und National Bank of Canada haben ihre Prime Rate mit Wirkung vom 9. Mai um 1/2 Punkt auf zwölf Prozent erhöht.

### Feldstein tritt zurück

Washington (rtt) - Martin Feldstein wird von seinem Posten als Vorsitzender des Wirtschaftsberraters von US-Präsident Ronald Reagan zurücktreten und nach eigenen Angaben am 10. Juli als Professor für

Volkswirtschaft an die Harvard-Universität zurückkehren. Er wird außerdem die Präsidentschaft der Forschungsgruppe National Bureau of Economic Research übernehmen.

### Einführen beschränkt

Brüssel (Ha.) - Die EG-Kommission hat erneut Schutzmaßnahmen gegen Textilimporte aus der Türkei verhängt. Für eine Reihe von Erzeugnissen (darunter Oberhemden, Unterwäsche, Shorts und Hosen) gelten bis zum Jahresende Höchstzufuhren. Für andere (z.B. Hauswäsche und Gardinen) wurden die Einfuhrerzeugnisse bis zum 15. Juli völlig ausgesetzt. Die Kommission stützt sich in Ermangelung eines bilateralen Textillabkommens auf die Schutzklausel des Assoziierungsvertrages mit Ankara.

### Abkommen unterzeichnet

Bonn (HE) - Das deutsch-chinesische Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie wurde gestern von den Ministern Genscher und Riesenhuber und dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Li Peng, in Bonn unterzeichnet. Das Abkommen geht auf eine chinesische Initiative vom Oktober 1982 zurück und sieht die Zusammenarbeit unter anderem bei der Planung, der Errichtung und dem Betrieb von Kernkraftwerken und Forschungseinrichtungen vor. China plant bis zum Jahr 2000 den Bau von Kernkraftwerken mit 10000 Megawatt Gesamtleistung.

### Weniger Auslandsanleihen

Paris (J.Sch.) - Die Auslandsverschuldung Frankreichs nimmt zwar weiter zu, jedoch in vermindertem Maße. Im Monat April hat es nach OECD-Angaben nur noch 69 Mill. Dollar an den internationalen Kapital- und Finanzmärkten aufgenommen, gegenüber einer Mrd.-Dollar im März. In den ersten vier Monaten dieses Jahres verminderten sich diese Aufnahmen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 3,2 (4,5) Mrd. Dollar, heißt es im Wirtschaftsministerium. Für 1984 wird der Bedarf an Auslandskrediten auf weniger als 65 Mrd. (110 Mrd.) Franc veranschlagt.



## Hermes - wenn Außenstände Deckung brauchen.

Forderungen an Kunden gehören zu den größten Posten Ihrer Bilanz. Die Pleite eines Abnehmers, der Ihnen noch Geld schuldet, kann für Sie schnell zu gefährlichem Punktverlust führen. Das muß nicht sein. Geben Sie Ihren Außenständen Deckung. Durch eine Warenkreditversicherung.

Ständig prüfen wir die Bonität Ihrer Kunden, um Forderungsverluste vorzubeugen. Und reagieren rechtzeitig, wenn sich bei einem Ihrer

Kunden Schwierigkeiten abzeichnen. Kommt es dennoch zu einem Ausfall, zahlen wir. Geben Sie Ihren Geschäften sicheren Deckungsschutz wie schon tausende Unternehmen aller Branchen es tun - Nutzen Sie unsere Erfahrung. Wir sind der führende Kreditversicherer Deutschlands - seit 1918.

Fordern Sie unsere Zuverlässigkeit und Kompetenz. Rufen Sie uns einfach an: 040 / 38 70 oder senden Sie den Coupon ein.

**hermes**  
Kreditversicherungs-AG

## Hermes - die beste Idee seit Erfindung des Kredits.

Aktuelle Informationen für Ihre Arbeit:

(Bitte ankreuzen, abschneiden - wir reagieren sofort)

<input type="checkbox"/> Ja, ich möchte mehr wissen über:	<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung
<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung	<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung
<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung	<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung
<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung	<input type="checkbox"/> Hermes Kreditversicherung

Name \_\_\_\_\_  
Abt. \_\_\_\_\_  
Firma \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_

Schicken Sie diesen Coupon an:  
Hermes Kreditversicherungs-AG, Direktion  
Friedrichstraße 254, 4. Stg., D-2000 Hamburg 50



## Londoner Vorräte größer als gedacht

fu, London  
Die britischen Reserven an Öl und Gas im Boden der Nordsee sind erheblich größer, als bislang angenommen wurde. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Energie-Braunbuch der Regierung hervor. Wie der Staatssekretär im Energieministerium, Buchanan-Smith, betonte, wurden die Ölreserven noch vor einem Jahr um zwischen 16 und 25 Prozent unterschätzt. Die Gasreserven um zwischen acht bis 23 Prozent. Das bedeutet, so der Staatssekretär, daß Großbritannien die Stellung als Selbstversorger bei Öl und Gas um etliche Jahre verlängert würde. „weit in die neunziger Jahre dieses Jahrhunderts hinein“.

Das heißt allerdings nicht, daß der für das nächste oder übernächste Jahr erwartete Höchststand der Nordsee-Produktion hinausgeschoben würde. Allerdings wird sich nach Überzeugung des Energieministeriums die bislang angenommenen Abnahme der Ölproduktion nach 1989 deutlich verlangsamen.

So geht das Ministerium davon aus, daß die verbleibenden Ölreserven des Landes bei zwischen 1,408 und 5,278 Mrd. Tonnen liegen. Im Jahr zuvor lautete die Schätzung 1,22 bis 4,22 Mrd. Tonnen. Der Anteil der unentdeckten Reserven wird auf zwischen 480 Millionen und 3,275 Mrd. Tonnen geschätzt. Die Schätzungen der Gasreserven wurden von 700 bis 2100 Mrd. Kubikmeter auf 899 bis 2259 Mrd. Kubikmeter angehoben. Die unentdeckten Gasreserven werden auf zwischen 185 und 570 Mrd. Kubikmeter geschätzt. Nach Ansicht der Regierung in London sind die Aktivitäten im britischen Nordsee-Sektor in eine zweite Boom-Phase getreten.

## KONKURSE

Konkurs eröffnet: Betsdorf: Patt + Dülthy GmbH; Patt + Dülthy Apparatebau GmbH; Karlsruhe: Waro-Röcke GmbH; Klee: Innenausbau GmbH; Klee-Materborn; München: Gerhard Götter, Inh. d. Fa. Auto-Bavaria Kitz-An- u. Verkauf; Erding: Passau: Nachl. d. Herbert Gustav Ewo Edmund Schmerold, Inh. d. Fa. „Edmund Schmerold“; Neuburg am Inn: Wiesbaden: Schinkel Elektrikbau GmbH; Schinkel Heizungs-Sanitär-Lösungen-GmbH; Hans Günther Schinkel Kaufmann; Wuppertal: Nachl. d. Manfred Jürgen Katoll. Anschließkonkurs eröffnet: München: Johann Janoglu.

HOECHST / Kapitalerhöhung soll ein Signal des Optimismus sein - Im letzten Jahr verdient wie selten zuvor

## Bis zum Sommerloch glänzt das Geschäft noch

JOACHIM WEBER, Frankfurt  
„Herausragendes Merkmal unseres Jahresabschlusses ist die starke Gewinnsteigerung“, muß selbst der sonst bei Ertragsaussagen eher abschwächende Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt, in diesem Jahr betonen. Und in der Tat hat der Chemiekonzern 1983, im Glanzjahr der gesamten Großchemie, verdient wie selten zuvor.

Gegenüber dem - allerdings ausgesprochen mageren - Jahr 1982 stieg der weltweite Gewinn vor Steuern um 82 Prozent auf 1,955 (1,072) Mrd. DM. Der Jahresüberschuß verdreifachte sich nahezu auf 909 (317) Mill. DM und der DVFA-Gewinn je Aktie verbesserte sich auf 23,38 (11,75) DM. Daß nach Steuern ein größeres relatives Plus verbleibt als vorher, hat einen einfachen Grund: Von den 592 Mill. DM Nettogewinnsteigerung stammten 407 Mill. DM gut zwei Drittel aus dem Ausland.

Hier waren 1982 noch erhebliche Verluste entstanden. Gesellschaften mit Gewinnen von 273 Mill. DM hatten andere mit Verlusten von 287 Mill. DM gegenübergestellt. Daraus ergab sich ein Negativ-Saldo von 14 Mill. DM. So stand für 1983 noch ein geringes Verlustvortrags in den Bü-

chern mit der angenehmen Folge, daß bei Gewinnen von 519 Mill. DM gegenüber Verlusten von 126 Mill. DM der Steueraufwand sich mit 1046 (755) Mill. DM angenehm in Grenzen hielt.

Wichtigster Ertragsfaktor dürfte die Mengenausweitung gewesen sein, die die Kapazitätsauslastung wieder in die profitable Größenordnung von 83 Prozent im vierten Quartal gebracht hat. Die Steigerung des Weltumsatzes um gut 6 Prozent auf 37,2 (35) Mrd. DM war voll mengenbedingt; im Auslandsgeschäft, das mit 27,5 (25,8) Mrd. DM (plus 5,6 Prozent) drei Viertel des weltweiten Volumens ausmacht, lag die Absatzsteigerung sogar bei 8,5 Prozent.

Hinzu kam der Preisrückgang bei den abhängigen Rohstoffen, der die Ertragslage vor allem im Kunststoffbereich begünstigte. Der im Vorjahr noch dreistellige Millionenverlust reduzierte sich auf ein Viertel und landete damit im zweistelligen Bereich. Noch besser der Faserbereich, der noch vor zwei Jahren zu den Sorgenkindern zählte.

Gegen Jahresende 1983 begannen die Petrochemie-Preise freilich wieder anzuziehen. Dennoch brachte das erste Quartal 1984 eine weiterhin lebhaftere Aufwärtsbewegung. Der Weltumsatz stieg gegenüber dem ersten

Vorjahresquartal um 15 Prozent auf 10,2 (8,8) Mrd. DM, wobei das Ausland mit einem Plus von 16,5 Prozent auf 7,5 (6,4) Mrd. DM mehr Schub brachte als das Inland mit 2,7 (2,4) Mrd. DM (plus 10,5 Prozent).

Auch die AG kam mit 3,7 (3,2) Mrd. DM auf einen Umsatzzuwachs von fast 16 Prozent, der „in erster Linie mengenbedingt“ war. Die auf 85 Prozent weiter gestiegene Kapazitätsauslastung wirkte sich erneut im Ertrag aus: Der AG-Gewinn vor Steuern lag mit 306 (196) Mill. DM noch um 17 Prozent über den 261 Mill. DM des letzten Quartals 1983 und sogar um ein rundes Drittel über dem Quartals-Durchschnitt des vergangenen Jahres von 230 Mill. DM.

Sammet glaubt freilich nicht, daß es über das Gesamtjahr 1984 so weitergehen wird. Da ein Teil des anhaltenden Aufschwungs auf die Auffüllung der weitgehend leergefahrenen Kundenlager zurückzuführen sei, erwartet er eine Abschwächung im dritten Quartal.

Die derzeit günstige Lage nutzen die Höchstler auch mit einer Kapitalerhöhung. Zum Bezugskurs von 140 DM (Börsenkurs am Mittwoch: 182,40) werden den Aktionären junge Aktien im Verhältnis 15:1, gewinnberechtigt ab 1. Januar 1984, angeboten.

Einen akuten Anlaß zur Erhöhung gibt es nicht, zumal 1983 durch den Abbau der Verschuldung um 1,3 Mrd. DM (Zinsersparnis: 198 Mill. DM) und durch Rücklagenbildung die Eigenkapitalquote auf 29 (27) Prozent gestiegen ist.

Sammet sieht in der Erhöhung aber auch ein Signal des Optimismus, das er mit der Ankündigung unterstreicht, daß in der Zukunft auch wieder stärker investiert werde. In diesem Jahr will die weltweite Gruppe mit 1,87 (1,87) Mrd. DM Sachinvestitionen noch auf dem Pfad der vorsichtigen Zurückhaltung bleiben.

Hoechst Welt	1983	±%
Umsatz	37 199	+ 6,2
dav. Ausland	27 479	+ 6,9
Auslandprod.	14 841	+ 7,1
Mitarbeiter	179 849	- 1,3
Sachinvestitionen	1870	- 9,5
Konzern (Inland)		
Umsatz	17 885	+ 5,6
dav. Export (%)	53,9	(53,7)
Brutto-Cash-flow *)	4576	+ 48,5
Netto-Umsatzrendite (%)	2,4	(0,9)
Netto-Cash-flow *)	3130	+ 55,2
in % d. Ges. Inv.	159	(94)
Ausschüttung *)	403	+ 22,8
einzel. Gewinn	306	(4)
*) Nach Zahlen Jahresübersch. + auf. u. abh. Rückst. u. SoPo + Absch. + so. Posten (Saldo) + KEV-Steuern + Brutto minus Steuern u. Ausschüttung; *) davon an Konzerntreue *) (54) Mill. DM		

TEXTILVEREDLER / Kurzer Boom läuft aus

## Vor einem tiefen Einbruch?

INGE ADHAM, Frankfurt  
Wenn es an den Kassen nicht bald lauter klingelt, steht am Ende des kurzen Booms im zweiten Halbjahr ein arger Flop, meint die Textilveredlungsindustrie (TVI). Denn bisher ist der Textilverbrauch in der Bundesrepublik der Belebung in der Industrie noch nicht gefolgt; die Besserung im Export reiche aber für eine dauerhafte Erholung nicht aus, meinen die Textilveredler, denen die Monate Januar bis April für die Mehrzahl der Bereiche „Zuwachsraten wie seit langem nicht mehr“ brachten.

Auf der Jahrestagung des Gesamtverbandes der Deutschen Textilveredlungsindustrie erinnerten Sprecher des Verbandes aber daran, daß die Jahre 1981 und 1982 der Branche rund 10 Prozent Produktionsrückgang gebracht hätten, dieser Verlust sei bisher nicht aufgeholt worden. Be-

reits im vergangenen Jahr zeigte sich freilich das Geschäft im TVI-Bereich zunehmend freundlicher, auch wenn die Produktionsmenge, die durch die Veredlungsbetriebe lief, mit 659 000 t unverändert blieb.

Besonders gut entwickelte sich die Maschenstoff- und die Garnveredlung, während die Stoffdrucker einen weiteren empfindlichen Rückgang verzeichneten. Der Umsatz der Branche (ohne Warenwert) erreichte 3,2 Mrd. DM (plus 2 Prozent); die Zahl der Beschäftigten fiel um gut 3 Prozent weiter auf rund 39 000 Mitarbeiter zurück. Ungefähr mit der gleichen Rate dürfte auch die Zahl der Betriebe auf jetzt 340 (davon 178 Betriebe, die ausschließlich Veredlung betreiben) zurückgegangen sein; insgesamt verschwand nach Angaben des TVI-Verbandes etwa 4,4 Prozent der Kapazität.

## PKI: Ausschüttung kräftig aufgestockt

sz, München  
Eine kräftige Ergebnisverbesserung erzielte die Philips Kommunikations-Industrie AG (PKI), Nürnberg, im Geschäftsjahr 1983, an der die Aktionäre partizipieren werden. Der Hauptversammlung am 28. Juni wird vorgeschlagen, neben einer Dividende von 9 (5) DM zusätzlich einen Bonus von 7,50 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 150 Mill. DM zu zahlen.

Wie es heißt, führten eine konsequente Nutzung von Synergien im Vertrieb, erfolgreiche Rationalisierung sowie die Umsatzausweitung um 16 (4) Prozent auf rund 1,3 Mrd. DM zu einer entscheidenden Ertragssteigerung. Zudem fiel durch die Verschmelzung der Tochter Felten & Guilleaume Kabelwerke GmbH K51n, ein Buchgewinn von 23 Mill. DM an. Die Rücklagen sollen mit knapp 39 (3) Mill. DM dotiert werden.

## Haushaltsdefizit zu gering ausgewiesen

J. Sch., Paris

Das Defizit des französischen Staatshaushalts ist höher, als es in den Regierungsbilanzen erscheint, erklärte jetzt Premierminister Pierre Mauroy auf Anfrage seines oppositionellen Amtsvorgängers Raymond Barre. Die in den Jahren 1982 und 1983 vom Staat aufgenommenen Auslandskredite, insbesondere ein Eurokredit von vier Mrd. Dollar, ein EG-Kredit von vier Mrd. ECU und ein nichtbezahlter Kredit Saudi-Arabien werden danach außerhalb des Budgets vom französischen Wechselkurs-Stabilisierungsfonds (FSC) verwaltet. Nachdem das FSC-Budget 1982 mit einem Aktivsaldo von 7,1 Mrd. Dollar abgeschlossen hatte, erbrachte es 1983 ein Defizit von 8,2 Mrd. Dollar. Davon wurden 4,5 Mrd. Dollar als Wechselkursverluste abgebucht und 3,7 Mrd. Dollar dem Staatshaushalt angelastet.

WERBUNG / Unilever-Chef für Selbstkontrolle

## „Die Freiheit muß bleiben“

HANNA GIESKES, Bonn  
„Werbung ist eine Investition und kein Kostenfaktor.“ H. F. van den Hoven, Vorsitzender der Unilever NV, Rotterdam, hält insbesondere beim Markenartikel eine „stete und angemessene werbliche Unterstützung“ für lebensnotwendig. Während der Jahrestagung des Zentralkomitees der Werbewirtschaft warnte van den Hoven gestern in Bonn davor, die Werbung in den Medien aus Kostengründen zu vernachlässigen.

„Eine Auszehrung in der Werbung ist auch eine Auszehrung der Marke“, sagte der Unilever-Vorsitzende weiter. Grundsätzlich müsse das Marketing der „Eckpfeiler des Unternehmens“ bleiben. Van den Hoven ist überzeugt, daß die großen Markenartikel nur deshalb die Rezession gut überstanden haben, weil „die klassischen Marketinglehren auch unter wirtschaftlichem Druck befolgt worden sind“.

Die Markenartikelhersteller müssen sich darum allen Versuchen zur Einschränkung der Freiheit der Werbung widersetzen. Derlei Versuche - „ich muß leider sagen, daß sie häufig vorkommen“ - hätten am Ende nur zur Folge, daß die Hersteller nach weniger geeigneten Kanälen für die Kommunikation mit ihren Konsumenten suchten, „und das wird zweifellos

zu Preiserhöhungen führen“. Freiwillige Verhaltensregeln und rechtliche Selbstkontrolle seien hingegen angebracht und nützlich.

An die Medien richtete der Unilever-Vorsitzende die Bitte, sich bei der Erhöhung der Einschaltkosten zurückzuhalten; sonst werde die Markenartikelindustrie gezwungen sein, sich von der klassischen Werbung mehr und mehr zurückzuziehen. Gleichmaßen appellierte er an die Regierungen in der westlichen Welt und vor allem in der Europäischen Gemeinschaft, die Wirtschaft nicht mit zu viel Bürokratie zu belasten. Diese Bürokratie koste Geld, und zwar das Geld des Verbrauchers.

Van den Hoven bedauerte, daß Europa noch so weit von einem gemeinsamen Markt entfernt ist. Die Kosten der Handelsschranken zwischen den Staaten der Gemeinschaft bezifferte er auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EG. Dies benachteilige die europäischen Hersteller. Obwohl sie von einem zersplitterten Markt aus vorgehen, müssen sie mit ihren Wettbewerbern aus den Vereinigten Staaten oder Japan konkurrieren, die auf großen Heimatmärkten operieren können. Mithin sei die Beseitigung der bestehenden Handelschranken in der EG „von erheblicher Bedeutung“.

ENERGIEPOLITIK / Lambsdorff lobt Fortschritte

## Steinkohleneinsatz nimmt zu

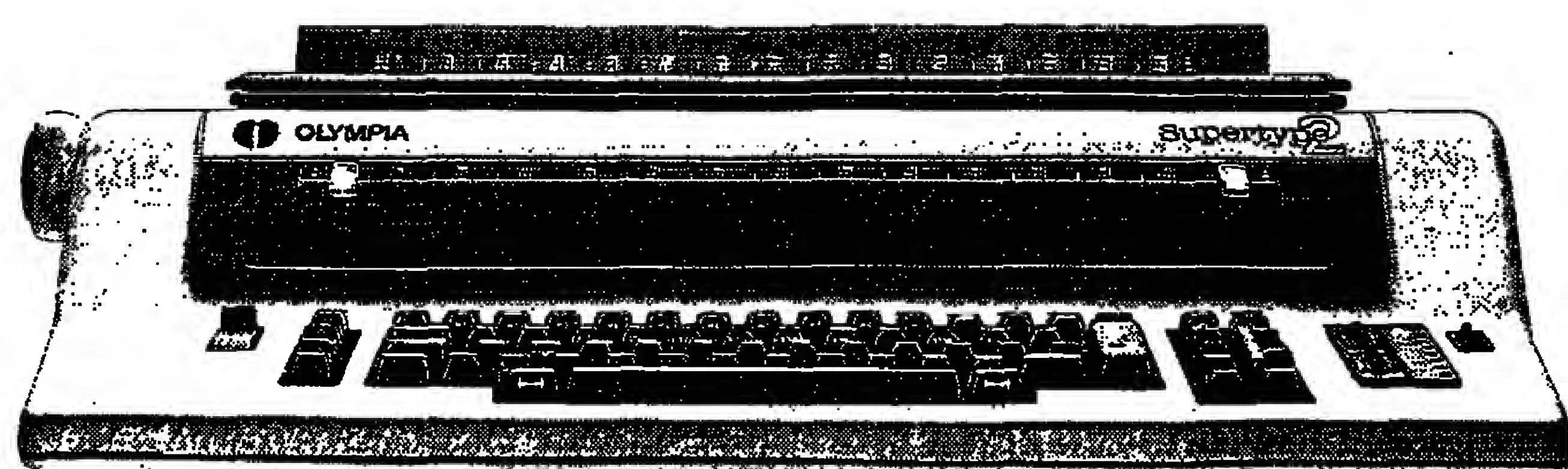
PETER WEERTZ, Berlin

In der Energiepolitik zog Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff für die Bundesrepublik eine positive Bilanz. Seit 1973 sei die Energiepolitik in ihren Zielen - Energieeinsparung, Ölsubstitution durch andere Energiequellen und breite Streuung der Energieerzeugung - vorangekommen. So wurde der Ölanteil am Primärenergieverbrauch, der 1973 noch 55 Prozent betrug, auf etwa 40 Prozent gesenkt. Bei der Stromerzeugung konnte der Ölanteil sogar auf drei Prozent gesenkt werden.

Lambsdorff sprach auf der Feierstunde „Hundert Jahre Strom aus Berlin“ der Berliner Kraft- und Licht-AG (Bewag), die 1884 als „Städtische Electricitäts-Werke AG“ von Emil Rathenau und Oskar von Miller gegründet wurde. Für die nächsten Jahre rechnet der Minister aufgrund

des Jahrhundert-Vertrages zwischen dem Steinkohlenbergbau und der Elektrizitätswirtschaft mit einem wachsenden Einsatz von deutscher Steinkohle. Zunehmen soll außerdem der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung. Zur Zeit liegt der Anteil von Braun- und Steinkohle bei 60 Prozent und der von Kernenergie bei 18 Prozent.

Bei der Vorlage des Jahresberichts der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) sagte Verbandsvorsitzender Gerhard Hecker, die Umweltschutzmaßnahmen seien für die Versorgungsunternehmen schwerwiegend. Die Maßnahmen würden aber „penibel“ durchgeführt. Schon in wenigen Jahren werde die Schwefelabgabe aus den Kraftwerken um zwei Drittel reduziert. Neue Steuern oder Emissionsabgaben lehnt Hecker jedoch ab.



Hatten Sie mit dem 16.000-Zeichen-Gedächtnis der „Supertype 2“ schon einen Speicher vor sich, der zu den schlauesten im Lande zählte, kommt es jetzt noch besser. Mit Mikrodisk, einem Diskettenlaufwerk, das das Hirn der „Supertype 2“ zu einem wahren Superhirn von unbegrenzter Kapazität erweitert. Das ist was für Leute mit vielen Anschriften, Tabellen, Formularen und so weiter. In der „Supertype 2“ stecken alle Erfahrungen mit Schreib-

systemen, die wir in den letzten 80 Jahren gemacht haben. Und alle Anschlüsse, die Sie in den nächsten Jahren brauchen können. Da fehlt nur noch eins: Ihr Besuch beim Fachhändler. Nähere Informationen schicken Ihnen aber auch gern die Olympia Vertriebsgesellschaft mbH, Hahnstraße 41, 6 Frankfurt/M. 71.

**OLYMPIA**



## INTERPACK '84 / Mengenkonjunktur für Packmittel

## Hausseartiger Preisauftrieb

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Von einer guten Mengenkonjunktur auf allen Märkten sprechen die Packmittelhersteller zum Auftakt der Interpack '84. Als größte internationale Fachmesse dieser Art mit nunmehr 1568 (das letzte Mal 1411) Ausstellern, davon 43,9 (48,4) aus dem Ausland, findet sie vom 10. bis zum 16. Mai in Düsseldorf statt. Den Schwerpunkt bilden wieder die Hersteller von Verpackungsmaschinen, im deutschen Maschinenbau eine Sparte, die mit ihrem 1983 um 7,1 Prozent auf 2,2 Mrd. DM gestiegenen Produktionswert nach den USA größter Produzent und mit 1,6 Mrd. DM Ausfuhrleistung noch vor den USA der bedeutendste Exporteur ist.

Die gute Packmittel-Mengenkonjunktur wird nach dem Urteil des Messepräsidenten freilich nicht nur von der allgemeinen Konjunkturerholung, sondern wohl auch von Kundensorgen vor weiteren Preiserhöhungen gefördert. In der Tat seien die Packmittelpreise auf breiter Front in Bewegung geraten, - getrieben von der schon 1983 einsetzenden Rohstoffverknappung, die bei zahlreichen

Vormaterialien schon zwischen 10 und 40 Prozent liege. Ein Ende dieses „zum Teil hausseartigen“ Preisauftriebs sei noch nicht in Sicht. In den Packmittelpreisen zeige er sich erst zum Teil, weitere Preiserhöhungen seien da unvermeidlich.

Sorgen äußert die Verpackungswirtschaft wegen der immer wieder auftretenden „polemischen und unschönen Angriffe“ der Umwelt-schutz-Eiferer auf ihr Geschäft. Ein „überflüssiger und systemfremder Eingriff“ in die Marktwirtschaft sei da die Absicht des Bundesinnenministers, mit der von ihm vorgelegten 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz die Bundesregierung „in erweiterter Form“ zu ermächtigen, das Angebot bestimmter Verpackungen zu verbieten oder zu beschränken. Für das Rohstoffregulierung aus vermünftiger Abfallbeseitigungswirtschaft, so betonen die Packmittelhersteller, solle man schon jetzt im steigenden Maße von alleine. Dazu brauche man eben auch eine gewisse Bürokratie wie der mühselige Konsument, der letztlich entscheide, wie er seine Ware verpackt haben will.

## UNION INVESTMENT / Rentenfonds in DM-Titeln

## Zuversicht an der Börse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt Die Union Investment GmbH, die am 15. Mai einen ausschließlich in D-Mark-Titeln investierenden Rentenfond „Unitas“ aufließt und ihren Unirenta in einen international anliegenden Rentenfond umstrukturiert, beurteilt die Rentenmärkte mit einem geradezu kühnen Optimismus. Sie geht davon aus, daß sich die Konjunktur in den USA in der nächsten Zeit abkühlt und die US-Notenbank damit Gelegenheit bekommt, die Regierung noch im Sommer Wahlhilfe in Form niedrigerer Zinsen zu geben, die auch auf die Bundesrepublik durchschlagen.

Zuversicht hält die Union-Geschäftsführung auch an der amerikanischen und deutschen Börse für berechtigt. Eine erhoffte Zinssenkung würde an den US-Börsen zu einer klassischen zweiten Aufschwungphase führen, von der auch die deutsche Börse profitieren, wo neben zinsreagiblen Aktien Titel aus den Bereichen Rohstoffe, Investitionsgüter, Technologie und ausgewählte Spezialwerte die größten Chancen hätten. Einen Anstieg des WELT-Aktienindex von 150 auf 170 hält die

Union weiterhin für realistisch, gestützt auf einen 15- bis 20prozentigen Gewinnanstieg börsennotierter Aktiengesellschaften und unter der Prämisse, daß im Tarifkonflikt ein tragfähiger Kompromiß gefunden wird.

Den Aktienoptimismus für Deutschland haben die Investment-sparer der Union bislang nicht geteilt. Trotz 8,7 Prozent Wertzuwachs von September bis März mußte der Unionfonds für netto 82 Mill. DM Anteile zurücknehmen. Den positiven Absatzergebnissen, vor allem des „Renner“ Unirenta, verdankt die Union jedoch im Geschäftsjahr noch einen Nettomittelzufluß von insgesamt 60 Mill. DM. Eine Verbesserung des Absatzes und der Marktposition in der Branche verspricht sich der neue Sprecher der Geschäftsführung, Wolfgang Deml, von größeren Aktivitäten der genossenschaftlichen Bankengruppe, die nach der Kapitalneuerung und durch die Stellung des AR-Vorsitzenden inzwischen ein größeres Gewicht in der Union hat. Über eine Erweiterung der Angebotspalette durch Spezialtitelfonds wird zwar nachgedacht, aber es gibt noch keine konkreten Pläne.

## SEGNI TZ / Bremer Importhaus besteht 125 Jahre

## Spezialist für Spitzenweine

hg, Bonn „Typisch mittelständisch und typisch bremisch.“ Der Bremer Weinimporteur Hermann A. Segnitz kennzeichnet so das von seinem Urvater Adolph Segnitz vor 125 Jahren gegründete Weinimporthaus A. Segnitz & Co., das sich auch heute noch vollständig in Familienbesitz befindet. Das Haus Segnitz, spezialisiert auf den Import hochwertiger Weine und von Original-Jamaica-Rum, erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz von rund 15 Mill. DM, und ich bin sicher, daß wir in diesem Jahr wiederum zulegen werden.“

Ein Hang zur Exklusivität zeichnete das Unternehmen mit Sitz im Bremer Löwenhof seit jeher aus: So hatte Segnitz vor dem ersten Weltkrieg in Frankreich das Wein- und Champagner-Importeurhaus „Château de la Saigne“ erworben, und auf der Insel Samos besaß die Firma eine eigene Kelterei. Beides ging verloren. Heute sind es wichtige Alleinimportrechte, die das Renommée des Hauses ausmachen: So unter anderem für die kleine, aber feine Champagne-Markte Krug, die Beaulieu-Weine des George Dubouche oder das Haus Hugel et Fils mit seinen elsässischen Weinspezialitäten.

Obgleich Frankreich die „Säule“ des Geschäfts ist, „sind wir als erste

nach Kalifornien gefahren, um dort nach hochklassigen Weinen zu suchen.“ Gleichermaßen gelang es den Bremern als erste, italienische Weine in der Bundesrepublik gewissermaßen hoffähig zu machen: Heute gehören zu ihren Lieferanten feinste Adressen wie das Haus Ceretto in Alba und Biondi-Santi in Montalcino.

Segnitz Kunden rekrutieren sich aus der gehobenen Gastronomie, dem Feinkosthandel höheren Genres und dem Weinhandel. Seit 1971 gehört außerdem ein Versandhandel dazu, das Bremer Weinkolleg A. & H. Segnitz, das auch Privatnehmer und Industrieunternehmen mit importierten Weinen und Spirituosen beliefert. Das Weinkolleg bringt außerdem in regelmäßigen Abständen ein „Kollektbuch des Weines“ heraus, in dem nicht nur Preise verzeichnet sind, sondern darüber hinaus allerlei Wissenswertes über Wein.

„Unser einziges Problem, das wir haben“, klagt Hermann Segnitz, „ist, daß wir keine Zeit haben.“ Trotzdem hat er sich die Zeit genommen, in Bremen den Regionalkreis der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmen zu begründen: „Das war ich meiner Eigenschaft als Mittelständler schuldig.“

## BEAMTENHEIMSTÄTTENWERK / Neugeschäft weiter geschrumpft - Zuteilungsfristen werden immer länger

## Durchgreifende Förderung des Sparens notwendig

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, Hameln, erkennt in den ersten Monaten 1984 zwar eine leichte Verbesserung im Neugeschäft, Louis Storch, Sprecher der BHW-Geschäftsführung, verweist jedoch auf die anhaltend schwierige Situation in der Bauwirtschaft, die das Neugeschäft der Bausparkassen weiterhin erschwere. Erst eine durchgreifende Förderung des Sparens könne die Eigenkapitalausstattung privater Bauherren verbessern und zu einer Belebung des privaten Wohnungsbaus beitragen.

Immerhin hat das BHW nach drei Jahren mit rückläufigen Zahlen im ersten Quartal 1984 erstmals wieder einen leichten Zuwachs zu verzeichnen. Gemessen an der Vertragszahl ergab sich ein Plus von 5 Prozent und der Summe nach eine Steigerung um rund 3 Prozent. Der Geldzufluss erhöhte sich gleichzeitig um knapp 2 Prozent.

Probleme bringt nach den Worten Storchs die Verlängerung der Wartezeiten. Für das BHW, das früher „a-

typisch gute Konditionen“ anzubieten hatte, wirkt sich diese Entwicklung besonders erschwerend aus. Derzeit müssen die BHW-Bausparer im Schnelldienst (20) Monate auf die Zuteilung warten, in den Standardtarifen 47 (45) Monate. Ende 1984 dürfte die Wartezeit nach den Berechnungen des BHW bei 50 Monaten liegen.

Mit dieser Zahl durchbricht das BHW eine Art Schallmauer, weil die Banken ihre Zwischenfinanzierungskredite bei vier Jahren festgelegt haben. Storch weist darauf hin, daß die erwähnten 50 Monate nicht die Obergrenze bedeuten müssen. Die Bausparkassen hätten keine Möglichkeit, die Wartezeiten zu beeinflussen.

Den längeren Zuteilungsfristen hat das BHW allerdings das Instrument der „Vorschuldendarlehen“ entgegengesetzt. Damit werden Bausparer, deren Verträge erst später zugewiesen werden, in ihrem monatlichen Aufwand so gestellt, als sei der Vertrag bereits zugewiesen. Insgesamt 24 000 Bausparer hätten dieses Vorschuldendarlehen in Anspruch genommen. Die Tatsache, daß im Vergleich zur Konkurrenz der Bruchteil von BHW-Bausparern

„nordelnd“ geworden seien, lasse sich mit dieser Leistung erklären.

Im Geschäftsjahr 1983 verringerte sich das Neugeschäft des BHW auf 776 231 (291 521) Verträge mit einer Bausparsumme von 9,7 (11) Mrd. DM. Storch begründet den Rückgang auch mit der geänderten Vertriebsstrategie, die zur „Verbesserung der Struktur des Bausparkkollektivs“ Taktiken mit höheren Spar- und Tilgungsleistungen forcierte und so die Qualität begünstigte. Die begrenzte Sparfähigkeit der Bausparer führte allerdings zu geringeren durchschnittlichen Bausparsummen. Als erfreulich bewertet das BHW die Zunahme der Zuteilungen. Sie erhöhten sich nach den Verträgen um 9,2 Prozent und nach der Summe um 7,4 Prozent auf 7,5 Mrd. DM.

Ende 1983 verfügte die Hamelner Bausparkasse über einen Bestand von gut 3,91 (3,88) Millionen Verträgen mit einer Bausparsumme von 162 (161) Mrd. DM. Das Spar- und Tilgungsschuldensummen verbesserte sich auf 3,3 (7,7) Mrd. DM, die Bausparauszahlungen auf 10 (7,9) Mrd. DM. Die Bausparerlagen stehen mit 28,1

(24,9) DM zu Buche, die Baudarlehen mit 30,1 (27,6).

In der vorläufigen Bilanz werden die Vor- und Zwischenkredite mit 6,4 (4,8) Mrd. DM ausgewiesen, die flüssigen Mittel mit unverändert 1,5 Mrd. DM. Die aufgenommenen Fremdmittel erhöhten sich auf 3,3 (2,6) Mrd. DM. Die Bilanzsumme erreichte 32,3 (29,9) Mrd. DM.

Weiter verbessert, so Storch, hat sich die Ertragslage, wenngleich konkrete Zahlen noch nicht genannt werden könnten. Für 1982 ergab sich ein Bilanzergebnis von 179 Mill. DM. Die Rückstellungen für die Überschuldungsbeteiligung der Bausparer dürften 125 (123) Mill. DM erreichen. Davon werden 1983 rund 120 Mill. DM ausgeschüttet werden. Darüber hinaus wird ein Bilanzgewinn von 111 Mill. DM ausgewiesen.

Ähnlich gute Ergebnisse erwartet Storch für das laufende Jahr. Weil die Eigentümer auf die Verzinsung ihrer Einlagen verzichten, werde es keine Verschlechterung der Relation Eigenkapital/Bilanzsumme geben. Derzeit weise das BHW gut 600 Mill. DM Eigenkapital offen aus.

## PFANDBRIEF-BANK

## Neue Tranche Berlin-Darlehen?

VWD, Berlin

Bei der Berliner Pfandbrief-Bank, die das überregionale Kommunalkreditgeschäft in Zusammenarbeit mit anderen Instituten seit zwei bis drei Jahren intensiv bearbeitet, betrug 1983 das Zusagevolumen 350,9 (120) Mill. DM. Damit erhöhte sich der Anteil am Kreditgeschäft der Bank auf 48,2 (23,1) Prozent. Auf das Land Berlin entfielen von der Zusagevolumen 50 bis 60 Mill. DM, der Rest auf Bundesländer und andere Gebietskörperschaften.

Die Gesamtzusagen betrugen 722 (521) Mill. DM. Ausgezahlt wurden 1983 insgesamt 644,7 Mill. DM, wovon 300,9 Mill. DM auf Kommunaldarlehen entfielen. In den ersten vier Monaten 1984 sagte die Bank Darlehen über 371,5 Mill. DM zu.

Wie Vorstandsmitglied Klaus Landowsky erklärte, besteht der im Dezember 1983 verfügte Aufnahme-stopp für Berlin-Darlehen weiter, nachdem das Institut 1983 insgesamt 887,8 (603,2) Mill. DM aufgenommen hatte. Zur Finanzierung der für 1985 erwarteten Nachfrage nach langfristigen Krediten werde die Bank gegebenenfalls im Herbst dieses Jahres eine neue Tranche Berlin-Darlehen nach Paragraph 17 Berlin-Förderungsgesetz auflegen.

Die Bilanzsumme erhöhte sich 1983 um 25,9 Prozent auf 5,196 Mrd. DM. Der Jahresüberschuß von 21,12 (19,1) Mill. DM wurde den offenen Rücklagen zugeführt, die zum Jahreswechsel 166,15 Mill. DM oder 3,2 (3,3) Prozent der Bilanzsumme betrugen.

## NAMEN

Dr. Werner Freund und Volker Groth sind vom Aufsichtsrat der Sigi Elektrophotografie GmbH, Meitingen, zu ordentlichen Geschäftsführern ernannt worden.

Ulrich Jaspert, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Teia Versicherung AG, Berlin/München, wurde mit Wirkung vom 30. April 84 zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Carl Schenck an die Börse

Darmstadt (VWD) - Das Maschinenbau-Unternehmen Carl Schenck AG, Darmstadt, will an die Börse. Die Berliner Handels- und Frankfurter Bank wurde beauftragt, die neuen Aktien aus der am 27. April vorgeschlagenen Kapitalerhöhung um 2 Mill. auf 56 Mill. DM zu platzieren und die gesamten Aktien in den regulierten Freiverkehr an der Frankfurter Börse einzuführen. Für 1982/83 waren unverändert 9 Prozent Dividende gezahlt worden.

## Ausschüttung angehoben

Bremen (VWD) - Die Gestra AG, Bremen, hat im Geschäftsjahr 1983 einen Jahresüberschuß von 3,5 Mill. DM erzielt. Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 3,6 (Vorjahr 2,6) Prozent. Aus dem Bilanzgewinn von rund 1,8 Mill. DM soll eine Dividende von 6 DM je

50 DM-Aktie auf das Grundkapital von 20 Mill. DM ausgeschüttet werden. Bei Börsenführung wären 5 DM Dividende angekündigt worden. Die jungen Aktien werden mit einem Viertel Gewinn berechtigt sein. 1,7 Mill. DM sind in freie Rücklagen eingestellt worden.

## Kirchhoff kauft Kutsch

Düsseldorf (J.G.) - Jochen F. Kirchhoff, Inhaber des bald 200 Jahre alten Familienunternehmens Stephan Witte GmbH & Co. KG, Iserlohn (700 Beschäftigte, 100 Mill. DM Umsatz), hat vom altershalber aufgegebenen Familienunternehmen Matthias Kutsch dessen, seit 156 Jahren existierende, Metallwarenfabrik in Artendorf (150 Beschäftigte, gut 20 Mill. DM Umsatz) gekauft. Die Verbindung soll zu einer „optimalen Ergänzung“ auf den gemeinsamen Arbeitsgebieten der Blech-Umfarmtechnik,

insbesondere für die Autoindustrie, führen.

## KHD erhöht auf 8 DM

Köln (VWD) - Die Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, schlägt der Hauptversammlung am 28. Juni für 1983 die Verteilung einer auf 8 (7,50) DM erhöhten Dividende je 50 DM-Aktie auf das Grundkapital von 265 Mill. DM vor. Nach Stärkung der Rücklagen um wieder 10 Mill. DM beträgt der zur Ausschüttung vorgesehene Bilanzgewinn 42,40 (39,75) Mill. DM.

## Bonus beim Brauhaus

Nürnberg (VWD) - Unverändert 5 Prozent Dividende zuzüglich eines Bonus von 3 Prozent auf das Grundkapital von 1 Mill. DM schlägt die Verwaltung der Brauhaus Amberg AG, Amberg, der Hauptversammlung

am 23. Mai zur Ausschüttung für 1982/83 (30. September) vor. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Konzern einschließlich der Töchter Frischgetränke GmbH Umsatzerlöse von 9,61 (9,64) Mill. DM erzielt. Der Konzerngewinn erreichte 80 323 (52 481) DM.

## Weniger Strabag-Leistung

Düsseldorf (J.G.) - Die Kölner Strabag Bau AG meldet für 1983 einen Rückgang der Konzern-Bauleistung um 9 Prozent auf 2,67 Mrd. DM, der vor allem aus dem Auslandsbau mit nun noch 0,9 Mrd. DM Leistung stammte. Nach nochmals höherer Risikoversorge für Auslandsbauten werde das Bilanzergebnis auch für 1983 eine Dividende erlauben. Diese Formulierung des Vorstands scheint eine Minderung des in den letzten Jahren gezahlten Dividendensatzes von 10 DM anzudeuten.

## Verbraucherbank mit Ertrag zufrieden

sz, München

Als „wiederrum zufriedenstellend“ bezeichnet die seit Februar 1984 zum Schickedanz-Konzern gehörende Verbraucherbank AG, Hamburg, die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr 1983. Die aus dem weiteren Ausbau des Filialnetzes entstandenen Kosten hätten, wie es im Geschäftsbericht heißt, aus dem um 8,8 Prozent auf 23,6 Mill. DM gestiegenen Zinsüberschuß und anderen ordentlichen Erträgen - der Provisionsüberschuß erhöhte sich auf 0,14 (0,11) Mill. DM - gedeckt werden können. Zudem verminderten sich die Aufwendungen für Abschreibungen und Wertberichtigungen deutlich auf 3,4 (5,6). Aus dem unveränderten Jahresüberschuß von 1,2 Mill. DM wurden wieder 120 DM je 1000-DM-Aktie auf das Grundkapital von 10 Mill. DM ausgeschüttet.

Weiter konsequent ausgebaut hat das Institut, das sich vor allem dem Konsumentenkredit widmet, das Angebot automatisierter Bankdienstleistungen - ein Gebiet, auf dem es seit 1976 führend hervorgetreten ist. So wurde in Berlin die erste vollautomatisierte Zweigstelle eröffnet, die ganz ohne Personal arbeitet. Inzwischen beruhe, so der Vorstand, das gesamte Neugeschäft der Bank fast nur noch auf der Vergabe von Konsumentenkrediten in dieser Vertriebsform.

Die Forderungen an Kunden verminderten sich 1983 um 3,8 Prozent auf 327,3 Mill. DM. Dagegen ergab sich auf der Passivseite ein Einlagenplus von knapp 4 Prozent auf 445,9 Mill. DM. Insgesamt wird eine Bilanzsumme von 582,7 Mill. DM (plus 1,8 Prozent) ausgewiesen.

## CONTIGAS / Solider Aufschwung auf stattlicher Ertragsbasis

## Das Energiegeschäft wird lebhafter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auf eine Jahresbasis von 8 (nach 7,50) DM erhöht die Contigas-Deutsche Energie AG, Düsseldorf, ihre Dividende mit dem für das neunmonatige Rumpfgeschäftsjahr 1983 (30.9.) vorgeschlagenen Satz von 6 DM (Hauptversammlung am 17. Mai). Den Eigentümern von 140 Mill. DM Aktienkapital (50,3 Prozent Bayernwerk AG, 25 Prozent Ruhrkohle AG, etwa 900 Streubesitzer) kann Helmut Wolf, Vorstandsvorsitzender dieser Holding vornehmlich energie-wirtschaftlicher Beteiligungen, auch für das im Bilanzstichtag nun an die Rechnungsperiode des (staatlichen) Mehrheitsaktionärs angepaßte Geschäftsjahr 1983/84 (30.9.) die Aussicht auf diese leicht erhöhte „Standarddividende“ bieten.

Wegen der üblichen Phasenverschiebung zwischen Beteiligungserträgen und Holding-Gewinn weist Contigas auch für das Rumpfgeschäftsjahr geschältere Beteiligungserträge (nebst Körperschaftsteuergutschrift) von 40,8 Mill. DM (nach 41,2

Mill. DM im vollen Vorjahr) aus und behält von 21,3 (26) Mill. DM Jahresüberschuß noch 4,5 (5) Mill. DM zur weiteren Aufstockung der Rücklagen auf nun 150,5 Mill. DM. Die für 1983/84 erwarteten Beteiligungserträge von 41 Mill. DM sind in echter Tendenz sogar um ein Zehntel größer, da drei Beteiligungen für 1983 gleichfalls ein neunmonatiges Rumpfgeschäft einlegten.

Die Quelle solchen soliden Aufschwungs auf ohnehin stattlicher Ertragsbasis hat die Holding vornehmlich im Energiegeschäft. Da gewinnt der Absatz jetzt im Zuge der Konjunkturerholung an Fahrt. Lag der Contigas-Gruppenertrag im Rumpfgeschäftsjahr 1983 mit 2,06 Mrd. DM erst um 2,3 Prozent höher als vor Jahresfrist, so erhöhte er sich in der ersten Hälfte von 1983/84 um gut 13 Prozent auf 1,37 Mrd. DM. Die Stromabgabe der Gruppe wuchs in diesem Halbjahr um 8,3 Prozent auf 4,2 Mrd. kWh, die Gasabgabe um 16,7 Prozent auf 3,43 Mrd. kWh. Vornehmlich in der Gasversorgung baut die Holding auch die

Zahl ihrer Eigenbetriebe aus; derzeit sind es elf, vor zwei Jahren waren es erst sechs.

Mit dem Schwerpunkt bei der Gasversorgung hat die Holding ihre Sachinvestitionen im Rumpfgeschäft auf 29,8 (19,2) Mill. DM gesteigert und wiederum voll aus dem Cash flow von 38,8 (44,8) Mill. DM finanziert. Weit aus größter Vermögensposten blieben die 26 Beteiligungen (davon 23 in der Energiewirtschaft) mit unverändert 349 Mill. DM Buchwert bei noch 149 (151) Prozent durchschnittlichem Buchkurs. Der Kurswert der börsennotierten „Hauptbeteiligungen“ lag zum Bilanzstichtag bei gut 1,2 Mrd. DM. Der Kurswert des Holding-Aktienkapitals war zum gleichen Zeitpunkt (wie auch schon in den Jahren zuvor) um ein Viertel kleiner.

Neben etlichen Kapitalerhöhungen im Beteiligungskreis plant die Holding für 1983/84 eigene Sachinvestitionen von 39 Mill. DM. Ede mit einer neuen Holding-Kapitalerhöhung (zuletzt 1981 um 30 Mill. DM) läßt der Vorstand nicht erkennen.



Erfahren als Bank -  
verlässlich als Partner

Mit unserem vielfältigen Angebot  
und internationalen Verbindungen stehen  
wir Ihnen als große Universalbank zur  
Verfügung.

**Bayerische Landesbank**  
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in  
Bonn, Frankfurt, London, New York, Singapur, Wien, Toronto, Johannesburg und Luxemburg.



[illegible]



Arbeiten Sie doch,  
wo Sie wollen.



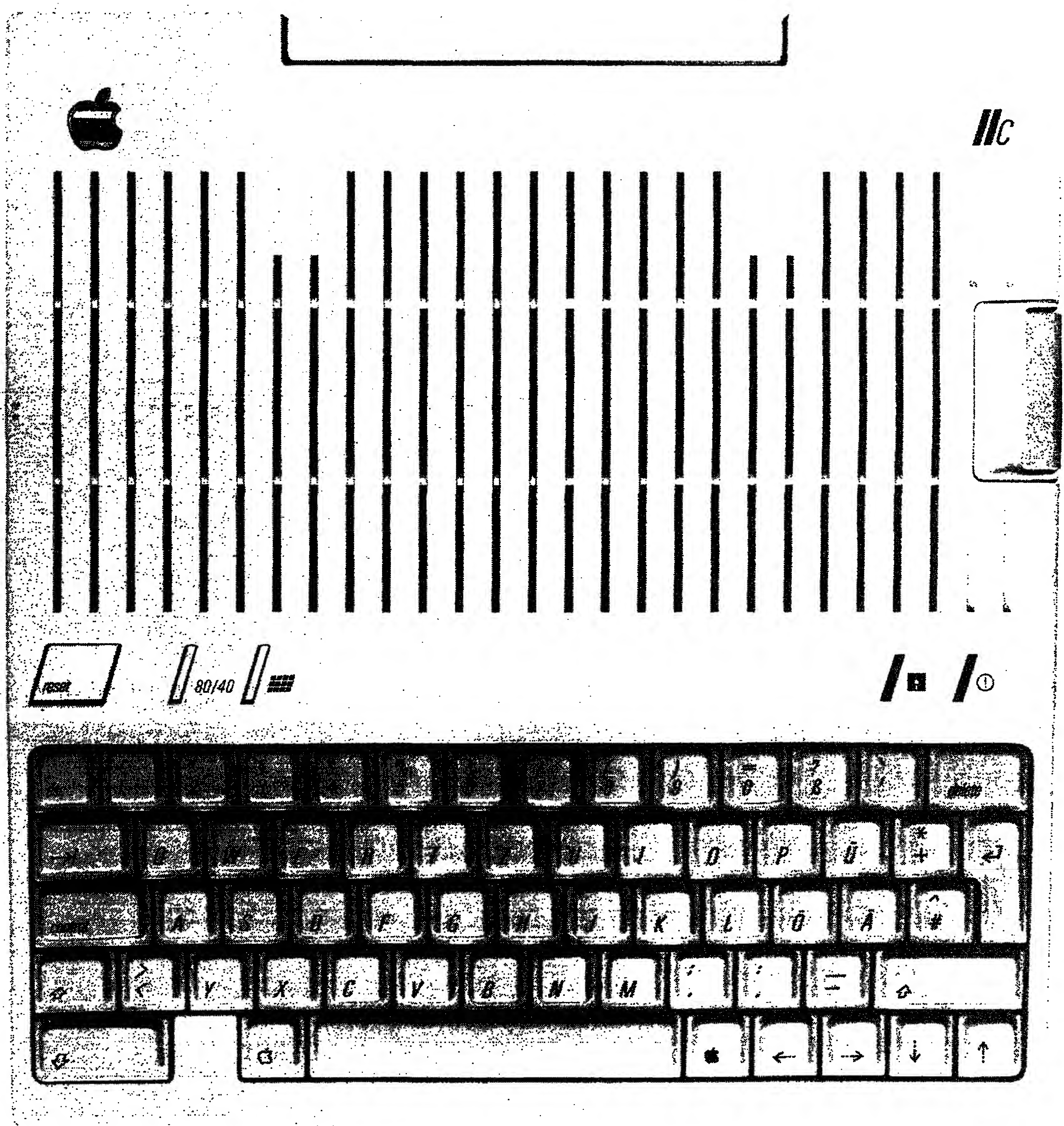




# Mit dem neuen Apple IIc.

Kein Business ohne Büroarbeit, klar. Aber wer sagt, daß Büroarbeit auch im Büro erledigt werden muß? Wieso kann man nicht im kühlen Schatten eines Mandelbaumes Lager-Bestandsaufnahmen überprüfen? Budgets nicht gemütlich im Bett erstellen? Statistiken nicht im Hotelzimmer führen? Gewinne nicht schon im Flugzeug kalkulieren? Man kann. All das und vieles mehr kann man mit dem neuen Apple IIc. Und zwar auch außerhalb des Büros, wo immer man will. Damit ist der neue Apple IIc eine der bemerkenswertesten Entwicklungen, seit Apple Personal Computer baut. Und darüber hinaus hat er alle Eigenschaften, die einen Apple von anderen Computern unterscheiden: er ist solide gebaut, zuverlässig und unkompliziert. Mit rund 17.000 Anwenderprogrammen kann er das größte Software-Angebot der Welt nutzen, und zwar genauso wie sein großer Bruder Apple IIe. Nur ist er leichter und nicht größer als ein Aktenkoffer. Damit kann sogar jede Arbeit, die im Büro auf dem Apple IIe begonnen wurde, irgendwo anders auf dem Apple IIc fortgesetzt werden.

Fragen Sie mal einen Fachmann nach dem neuen Apple IIc. 220 Apple Fachhändler warten auf Ihren Besuch. Und sie werden Ihnen dasselbe raten wie wir: Arbeiten Sie doch, wo Sie wollen. Mit dem neuen Apple IIc.



Original-Größe (Mit eingebautem Diskettenlaufwerk).

Apple IIc. Arbeiten, wo es Spaß macht.  **apple computer**



Warenpreise - Termine

Mit weiteren Abschlüssen schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex, leicht befestigten konnte sich dagegen Kupfer. Während Kaffee durchweg schwächer aus dem Markt ging, notierte Kakao in engen Grenzen uneinheitlich.

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes sections for Getreide und Getreideprodukte, Öle, Fette, Tierprodukte, and Genußmittel.

Öle, Fette, Tierprodukte

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes various oil and animal product prices.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes wool, fibers, and rubber prices.

Zinn-Preis Penang

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes tin prices.

New Yorker Preise

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes various New York market prices.

FINANZANZEIGEN

Peine-Salzgitter AG advertisement. Includes company logo, address, and details about their products and services.

SCHERING advertisement. Includes company logo, address, and details about their pharmaceutical products.

Dräger advertisement. Includes company logo, address, and details about their safety equipment.

Drägerwerk Aktiengesellschaft advertisement. Includes company logo, address, and details about their shares.

GELSENWASSER AG advertisement. Includes company logo, address, and details about their water supply services.

HAMBORNER BERGBAU AKTIENGESellschaft advertisement. Includes company logo, address, and details about their mining operations.



Die Kassenärztliche Bundesvereinigung trauert um ihren ehemaligen Hauptgeschäftsführer

## Dr. med. Rolf Schlöggell

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft, Inhaber der Ehrengabe der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

der am 8. Mai 1984 nach einem schweren, mit hoher Selbstdisziplin ertragenen Leiden verstorben ist.

Rolf Schlöggell, der von 1951 bis 1977 Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gewesen ist, hat seine volle Schaffenskraft mehr als 35 Jahre dem ärztlichen Berufsstand gewidmet. Als Mann der ersten Stunde hat er Aufbau und Rechtsstellung des kassenärztlichen Organisationswesens entscheidend mitgeprägt. Durch seinen hervorragenden Sachverstand, seine Einsatzbereitschaft und sein Engagement hat er sich große Verdienste um die deutsche Ärzteschaft erworben.

Auch international war Rolf Schlöggell ein gesuchter und anerkannter Sachverständiger, der den deutschen Ärzten im Ausland vor allem nach dem Kriege wieder zu Ansehen verholfen hat.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung verliert mit Rolf Schlöggell einen außergewöhnlichen Mann. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Dr. med. H. W. Muschallik**

Erster Vorsitzender der  
Kassenärztlichen Bundesvereinigung

**Dr. med. E. Fiedler**

Hauptgeschäftsführer der  
Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, den Tod unseres langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn

## Dr. med. Rolf Schlöggell

Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens  
der Bundesrepublik Deutschland

Träger der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft

anzuzeigen, der am 8. Mai 1984 nach langer schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Der verehrte Verstorbene gehörte seit 1969 dem Aufsichtsrat an, seit 1979 als Vorsitzender.

Trotz vielfältiger Aufgaben stellte Dr. Schlöggell sein fundiertes Wissen, seine langjährige Erfahrung und seine unermüdliche Schaffenskraft in den Dienst der Bank. Dabei hat er sich als eine von hohem politischen Engagement bestimmte starke Führungspersönlichkeit erwiesen.

Er war dem Vorstand jederzeit ein kluger Ratgeber und guter Freund. Er hat sich in hohem Maße um die Bank verdient gemacht.

Der allzu frühe Verlust dieses hervorragenden Mannes trifft uns schwer. Die Erinnerung an ihn wird in unserem Hause stets lebendig sein.

**Deutsche Apotheker- und Ärztebank EG**

Aufsichtsrat Vorstand Mitarbeiter

## Dr. med. Rolf Schlöggell

\* 7. Januar 1921 † 8. Mai 1984

Ehrenpräsident des Bundesverbandes der Freien Berufe

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens  
der Bundesrepublik Deutschland

Träger der Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft

Die Freien Berufe betrauern den Tod ihres langjährigen Präsidenten und gedenken in Dankbarkeit eines aufrechten Mannes, der sich bis in die letzten Lebenswochen aufopfernd für eine unabhängige Berufsausübung in einer Gesellschaft freier Menschen eingesetzt hat.

**Bundesverband der Freien Berufe BFB**

**Professor J. F. Volrad Deneke**  
Präsident

**Dietrich Rollmann**  
Hauptgeschäftsführer

Start Karten!

Unnützig ist unser Herz,  
bis es ruhet in Dir, o Gott

Kurz vor Vollendung des 90. Lebensjahres nahm Gott der Allmächtige nach einem erfüllten Leben meinen lieben Vater, Schwiegervater, unseren guten Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

## Dr. Josef Pulte

Landwirtschaftsdirektor a. D.

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse 1914-1918 und anderer hoher in- und ausländischer Orden und Ehrenzeichen, zu sich in sein ewiges Reich.

Wir nehmen in Liebe und Dankbarkeit von ihm Abschied.

Hans-Erwin Pulte  
Hedy Pulte geb. Grünwald  
Hans Ulrich Pulte  
Matthias Pulte

2000 Hamburg 55 (Caprivistraße 21)  
Attendorf-Helden, den 4. Mai 1984

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Beisetzung in seiner  
heimatlichen Heimat im engsten Familienkreis statt.

## Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder  
fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:  
Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80,  
- 39 42 oder - 42 30  
Berlin (0 30) 25 91-29 31  
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:  
Hamburg 2 17 001 777 as d  
Berlin 1 84 611  
Kettwig 8 579 104

**Wir lösen Ihr Transportproblem**  
Nah- und Fernverkehr, Europa, Ost-  
block, Übersee, Werra-Transporte, Ku-  
rierdienste, preisgünstig und schnell.  
Vertrauen Sie jahrelanger Erfahrung.  
Western Trading GmbH  
1000 Berlin 44, Lichtenrader Str. 16

**Kuriereisen**  
Europa, Asien, Übersee. Wir bringen Ihre  
Lieferung an jeden Ort der Welt. Strenge  
Disziplin, selbstverständliche. Wir erledigen  
alles für Sie. Angebote unter T 5625 an  
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**R. K. bitte dringend bei Hedwig  
melden!**

**BARGELD** bis DM 100.000,-  
auf dem Postweg ohne Bürgen. Trotz  
bestehender Verpflichtungen. Wir fi-  
nanzieren alles und helfen immer.  
Schreiben Sie uns unter T 5625 an WELT-  
Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

**Postfachmitbenützer-  
adresse in Zürich**  
für Versandfirmen und Privat-  
personen. Ihre Post wird durch  
uns zuverlässig an Sie weiterge-  
leitet.  
IVM, Abt. Trans. Postfach,  
CH-8042 Zürich

**Erfolgspotential durch Deine  
Kreativität. Unterbewusstsein.**  
Esoterik-Programm, unv. Info-  
Mat.  
Telefon 0 30 / 3 93 11 59

**Welcher  
Sanitärhersteller**  
ist interessiert an der Verwirkli-  
chung einer neuen Idee.  
Ang. u. D 8482 an WELT-Verlag,  
Postf. 10 08 64, 4300 Essen

**Ihre Sekretärin  
in Mannheim**  
Telefon- u. Schreib- u. Büroservice. Wer-  
bung usw., Telex.  
Ecktraud Horne, Postfach 11 14,  
68 Mannheim 1, Tel. 06 21 / 10 22 75

**Suche namhaften  
Sportartikelhersteller**  
der interessiert ist, eine neue  
Idee auf dem Spiel- und Freizeit-  
sektor zu verwirklichen.  
Ang. erb. u. W 6321 an WELT-  
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300  
Essen

**Auslieferungslager/  
Kundendienst/  
Montage/Reparatur**  
mit ca. 300 m<sup>2</sup> Lagerraum, Gabel-  
stapler/Fuhrpark, nahe BAB-  
Ablahrt Uni-Bremen, von sol-  
chem Ingenieurbüro im Maschi-  
nen- und Apparatebau, Elektrik,  
Hydraulik, Pneumatik, Anlagen-  
bau, geboten.  
Kontaktaufnahme unter FS-Nr.  
2 45 230 oder Tel. 05 21 / 2 79 97 8

**Frankreich  
Lager Normandie**  
Moderne Lagerhalle in Honfleur,  
ca. 4000 m<sup>2</sup> - auch teilweise zu  
vermieten. Geschultes Personal  
f. Import/Export/Verteilung/Ver-  
zollung. Wasser, Straße, Gleis-  
anschluss. Seriöse Referenzen.  
Franz./deutsches Management.  
Zuschriften unter E 6108 an  
WELT-Verlag, Postfach  
10 08 64, 4300 Essen.

**Geschäft mit Indien**  
Haben Sie die Hann.-Messe be-  
sucht? Dann haben Sie auch die  
Leistungsfähigkeit indischer In-  
dustrie kennengelernt. Wir suchen  
Kontakte zu den deutschen mittel-  
ständischen Unternehmen, die er-  
stes Interesse haben, mit uns in In-  
dien erfolgreich tätig zu sein.  
Zuschr. u. B 6524 an WELT-Verlag,  
Postf. 10 08 64, 4300 Essen

**Welcher namhafte  
Autolackhersteller**  
ist interessiert an der Verwirkli-  
chung einer neuen Idee.  
Ang. u. Y 6499 an WELT-Verlag,  
Postf. 10 08 64, 4300 Essen

**Beteiligung an exklusiven  
Soundclub**  
zu vergeben.  
Angeb. unt. M 6313 an WELT-  
Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.  
Vertriebs- u. preisverfährenes  
Team sucht in-/ausl.  
Hersteller von Naturasphalt  
Zuschr. erb. u. PP 47 985 an  
WELT-Verlag, Postf. 2000 Ham-  
burg 36

**Liebe ist...**  
wenn Sie ein  
Kind vor dem  
Verhungern  
retten.  
Wir vermitteln Ihnen die persönliche Paten-  
schaft mit einem hungrigen Kind. Das  
kostet Sie nur ein wenig Liebe und DM 45,-  
im Monat (steuerlich absetzbar).

**CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis e.V.**  
Postfach 1105, 7440 Nürtingen, Postcheckkonto 1710-702 P5A  
Stuttgart. CCF ist eines der größten überkonfessionellen Kinder-  
hilfswerke der Welt und betreut schon über 250.000 Kinder.



## Ein heißes Eisen: Heilpraktiker auf dem Prüfstand

## Wer hilft, hat recht!

Die Schulmedizin hat es sich seit jeher mit den Heilpraktikern leicht gemacht. Offiziell darf man gar nicht miteinander reden; die Zusammenarbeit mit diesem staatlich sanktionierten Heilberuf ist den Ärzten sogar verboten. Das Ständerecht will es so. Die Patienten denken da ganz anders. Sie gehen in der Regel zu beiden, ohne diese „Grenzüber-schreitungen“ den jeweils konsultierten Therapeuten zu offenbaren. Die Heilpraktiker schätzen, daß 80 Prozent ihrer Patienten zuvor mit dem gleichen Leiden auch schon beim Arzt waren. Mindestens genauso viele bleiben bei der Doppelstrategie. Sie vertrauen sich den Heilpraktikern und Ärzten gleichzeitig an – so eine Schätzung der Heilpraktiker. Zunächst muß der medizinische Ur-Konflikt quantitativ gesehen werden. Den 7000 Heilpraktikern stehen über 150 000 Mediziner gegenüber. Schon von daher ist der Vergleich David gegen Goliath gerechtfertigt.

Dann freilich geht es ums Substantielle. Der Dr. med. paktet mindestens fünf Jahre in der Alma mater, während die Heilpraktiker den staatlichen Zulassungsschein schon nach einer Überprüfung erhalten, deren intellektuellen Anforderungen wohl jeder Führerscheininhaber gewachsen ist. Noch schlimmer: Vollmundige

Praxis extra - ZDF 22.05 Uhr

Anzeigen weisen seit Jahren auf den bequemen Weg. Heilpraktiker zu werden: übers Fernsehen. Dieser Wildwuchs wird auch vom Heilpraktiker-Verband kritisiert. Man fordert sogar eine geregelte Ausbildung oder eine standardisierte Prüfung, um eine Mindestqualifikation zu garantieren. Die Regierung wagt sich an dieses heiße Eisen jedoch nicht heran, und zwar nicht erst seit heute. Immerhin gibt es in der Bundesrepublik sechs Heilpraktikerschulen, die der Verband leitet und die dreijährige Grundausbildung offeriert. Um die Zulassung zu bekommen, ist allerdings der Besuch dieser Lehrstätten nicht Pflicht.

Da es immer stärker um Existenzfragen geht, braucht man auf eine Entspannung des Heilpraktiker-Arzt-Konflikts gar nicht zu hoffen. Die Ärzte treten sich bereits selbst auf die Füße, und die Hochschulen lassen außerdem in den nächsten Jahren noch größere Jungmediziner-

Manfred Köhnelechner  
FOTO: FRANZ HUG

Scharen auf die Patienten los. Auf der anderen Seite ist es nicht viel anders, wenn auch die Revierkämpfe begrenzter sind. Allein in Bayern sollen im letzten Jahr 150 Heilpraktiker das Handwerk geworfen haben, sie schlossen die Praxen.

Ein Kernproblem in allen Heilpraktikerdiskussionen: Während die Schulmedizin immer wieder behauptet, nur bewiesene Heilverfahren einzusetzen, sagt man den Heilpraktikern nach, mit falschen Hoffnungen und medizinischem Okkultismus das Geschäft zu machen. Beide Argumentationsschienen sind gewaltig verborgen. Hausärzte wenden häufig Außenseitermethoden an – das urigste Instrumentarium der Heilpraktiker. Und Heilpraktiker wiederum schicken ihre Patienten durchaus zum Röntgen, um genauer Bescheid zu wissen, welche Krankheit vorliegt.

Einen Appell zur Besinnung hat der liberale Erlanger Internist Professor Dr. Ludwig Demling kürzlich unter dem Titel „Wer hilft, hat recht“ formuliert: „Wir sollten uns bei aller begründeten Hochachtung vor der exakten Forschung nicht zu schade sein, von der täglichen Praxis und ihrer Empirie zu lernen. Niemand hat noch die Wirksamkeit des Gebetes oder des Weihwassers statistisch überprüft, und dennoch kommen wenige auf die Idee, diese Lebenshilfen denen zu nehmen, die daran glauben. Das menschliche Leben ist mehr als ein naturwissenschaftliches Ereignis. Naturwissenschaftlich begründete Prophylaxe und Therapie sind ein Weg, um Gesundheit zu erlangen. Nur ein Narr kann glauben, dies sei der einzige.“ JOCHEN AUMILLER

## KRITIK

## Die Freiheit und die Nation

Die Deutschland-Diskussion, die das ZDF am 8. Mai, dem Jahrestag der deutschen Kapitulation, veranstaltete, stand unter dem Eindruck zweier ostwest-politischer Ereignisse von freilich sehr unterschiedlichem Stellenwert. Die UdSSR hatte ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen abgesagt – und Rock-Sänger Udo Lindenberg war aus der „DDR“ eingeladen worden. Unter der Leitung von Klaus Bresser und Johannes Willms diskutierten die Politiker Eberhard Diepgen (Berlin), Oskar Lafontaine und Günter Gaus so wie die Professoren Josef Rovan (Frankreich), Wolfgang Seifert und Michael Stürmer. Etwas verloren ebenfalls dabei der erst kürzlich aus der „DDR“ ausgebürgerte Schriftsteller Erich Loest. Das Studio-Publikum bestand aus „DDR“-Aussiedlern und Schülern aus Mainz.

Zwei Fragestellungen beherrschten die Diskussion: Was kann man deutschlandpolitisch innerhalb dieser Rahmenbedingungen tun? Und in welcher Weise werden sich diese Bedingungen möglicherweise ändern? Michael Stürmer, Kanzler-Berater, dem zu Recht uneinheitliche Stellungnahmen in der Deutschlandfrage vorgeworfen wurden, machte in dieser Diskussion jedenfalls deutlich, daß er jede Art von Deutschlandpolitik befürwortet, so lange sie den Status quo nur in keiner Weise verändert.

Dynamischer sahen Günter Gaus und Wolfgang Seifert die Chancen der Entwicklung. Gaus wies auf die Veränderungen im Nationalbewußtsein auch der Westdeutschen in den letzten Jahren hin. Gegen den heftigen Widerspruch des Franzosen Rovan, der jeden „Nationalismus“ auch in Frankreich oder Polen, für ein tödliches Unheil hielt, bestand er auf den Möglichkeiten deutsch-deutscher Annäherung unter nationalem Vorzeichen und mit dem Ziel einer Auflösung der Blockbildung.

Wolfgang Seifert wies auf eine Reihe von Änderungen der Lage der UdSSR und des Comecon hin, die die Sowjetunion zwingen könnten, ihre Westpolitik insgesamt zu verändern. Auf das eigentliche Thema „Deutschland – was ist das?“ direkt angesprochen, bekannte sich der Berliner Diepgen zur deutschen Nation und zu deren Erhaltung; er sah sich bestätigt durch die Äußerungen der ehemali-

gen „DDR“-Bürger, die in der „DDR“ ein stärkeres Nationalbewußtsein lebendig sahen als im Westen. Lafontaine gab zu, in Kategorien der Nation nicht denken zu können und steuerte statt dessen seine bekannten sicherheitspolitischen Parolen bei.

Einen markanten Endpunkt setzte Prof. Seifert mit seinen drei Gründen für die Wiedervereinigung Deutschlands: 1. Die Teilung ist un-natürlich und freiheitsfeindlich; 2. nur auf dem Weg über die Einheit ist Freiheit für alle Deutschen möglich; 3. Europas Ordnung kann ohne die Lösung der deutschen Frage nicht stabilisiert werden. Deutschland bleibt, auch nach dieser Diskussion, was es immer war: Eine Nation auf dem Wege zu sich selbst; ein politischer Weg, der mehr denn je durch äußere Abhängigkeiten und innere Auseinandersetzungen geprägt ist.

BERNARD WILLMS

## Auf nach Bali!

Die Regie des Films hatte Istvan Szabo (Oscar für „Mephisto“) inne, aber man muß gleichzeitig den Kameramann Lajos Koltai nennen, denn kaum eine Produktion der jüngsten Zeit ist so bewußt auf der visuellen Erzählweise gegründet. Die Bilder sind sehr schön, sie erzählen das Leben der Balinesen, die Gewohnheiten, Gebete und Gebräuche, schildern übersichtlich die Schönheit des Landes, daß man schier an einen genialen Reiseprospekt zu denken wagt – nur: Es geht wieder einmal um die leidige Aussteigerei: Bali (ZDF).

Ein Mann macht einen Film über den Aussteiger Walter Spies, der in den zwanziger Jahren auf Bali sein Glück gesucht hatte. Der Filmemacher gerät auf den Spuren des Vorbildes in dessen Sehnsüchte von dem einfachen Leben, dem heilen Palmen-baum und dergleichen mehr. Er streunt auf den Südseeinseln herum, bis er auf Java einen Mann trifft, der zwar ganz und gar ausgestiegen – von der simplen Frage gequält wird, wie denn eigentlich die Straße heißt, die schräg in den Berliner Savignyplatz mündet. Er hatte offenbar noch einen Koffer in Berlin. Der Film erkennt, daß man nicht aus sich selber aussteigen kann und kehrt heim. Ende.

Diese Story ist mit unerhörtem ästhetischen Aufwand in Szene gesetzt, das Auge schweift im Hinterkopf rührt sich zaghaft Neckermann. Aber wie gesagt, es ist ein schöner Film. Ich werde Bali nicht so bald vergessen. VALENTIN POLCUC

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.25 Die Sendung mit der Maus	11.25 exklusiv
10.00 heute	11.30 heute
10.05 No sweat!	11.30 ARD-Sport extra
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk	Internationale Tennismeisterschaften von Deutschland
14.00 Tagesschau	14.00 heute
14.10 Die „Belle Époque“	14.04 Heutzutage Kinder kriegen?
Musik um 1900	2. Folge: Ehemalige Kollegen sehr anschl. heute-Schlagzeilen
Sonderbare Träume eines Jazz-Pianisten	14.35 Michys Trickparade
Buch und Regie: H. B. Theopold	Spaß für Spaßvögel
Im Mittelpunkt dieses bunten Melodienreigen steht Salonmusik aus der Zeit um die Jahrhundertwende, mit Operarien und Operetten.	Mit Bauchredner Fred Roby
14.55 Die Spielbeine	17.00 heute/Ass des Lebens
17.00 Tagesschau	17.15 Telethekette
darz. Regionalprogramme	Zu Gast: Vicky Leandros, Tommy Steiner
20.00 Tagesschau	18.00 heute
20.15 Fest am Bau – bebildert vorver-	18.04 Haffa – Hotel Sachse ... Portier!
erfahren freier Bürger in einem freien Land	Opernabend: Opernballett zieht wieder einmal die Prominenz aus dem Ausland an und hält somit das Hotel Sachse und seinen Chefportier Huber auf Trab.
Eine Reportage von Marie-Elisabeth Simat	19.00 heute
Einständlich verblieben hängt der deutsche Bürger, allen finanziellen Widrigkeiten zum Trotz, an seinem Traum vom eigenen Haus: ist es ein Traum von der Freiheit, sein Haus nach den eigenen Vorstellungen bauen zu können?	19.30 heute
21.00 Die Spielbeine	19.30 heute
Gespräche und Musik live mit Alfred Blolek und Gästen	Güter Pitzmann
Blolek präsentiert eine Welturaufführung: Auszüge aus einem Konzert, das der japanische Komponist und Dirigent Mori Ishii für „Kodo“, eine traditionelle japanische Trommlergruppe, und die Schlagzeuger der Deutschen Oper Berlin komponiert hat, das zwei Tage nach der Sendung in Berlin uraufgeführt wird. / Bios Gesprächsgäste sind u.a. der bayerische Kultusminister Hans Meier, der auch als Orchesterleiter einen Namen hat, und Dallas-Star Charlene Tilton, die ihre deutsche Synchronstimme kennenlernte.	Szenen – Sketches – Witze
22.00 Die Tassen Tempusreise	Mit Lenny Kellner-Frankendorf, Corinna Gensert, Evelyn Grassmann, Edith Hanke, Anja Kruse, Elisabeth Wiedemann, Herbert Böttcher u.a.
Das umstrittene Genie – Salvador Dali wird achtzig Jahre alt! Die Schwestern – Neue Häuser in alten Villen! / Sterbehilfe – Argumente eines Philosophen	Regie: Wolfgang Spier
22.30 Tagesschau	20.30 Mit musikalischen Grüßen, für Reinhard Mey
23.00 Einmal im Leben	21.00 Telemotor
Dreiteiliger Fernsehfilm von Dieter Wedel, Günter Handke	Das Kraftfahrer-Magazin berichtet diesmal über den traurigen Verfall der guten Sitten unter den Verkehrsteilnehmern, untersucht neue Trends auf dem Motorrad-Markt, stellt ein nicht ganz ernst gemeintes Psychogramm Cabrio-Fahrer und bringt einen Testbericht über den neuen VW Jetta mit Formel E.
Geschichte meines Eigenheims, 1. Teil	21.45 heute-journal
Der Film „Einmal im Leben“ schildert die Geschichte des Ehepaars Semmeling, das beunruhigt von Berichten über steigende Mieten und ständige Geldentwertung, verläßt seinen Haus- und von der Bausparkasse er-mutigt, sich entschließt, ein eigenes Haus zu bauen.	22.00 heute
00.15 Tagesschau	Praxis extra

## III.

## WEST

15.00 Telekoffig  
15.30 Die Sendung mit der Maus  
15.30 Aktuelle Stunde  
20.00 Tagesschau  
20.15 Der Mann aus Alamo  
Amerikanischer Spielfilm (1953)  
1836 vor dem Sturm der Mexikaner auf das texanische Fort Alamo: Der Soldat Stroud (Glen Ford) soll die am Ort Bow lebenden Familien warnen. Er kommt zu spät. Alle sind tot, auch Strouds Frau und Kind. Eine Bande von Amerikanern in mexikanischen Uniformen sollen das Massaker angeordnet haben. Stroud will den Tod der Seinen rächen. Zunächst jedoch wird er für einen Deserteur gehalten.

21.30 Film  
21.30 Lebensbilder aus NRW  
Ein Japaner in Düsseldorf  
22.15 Nachschub  
... verändert kann man eigentlich wenig  
Zur Situation freier bildender Künstler  
23.00 Sport im Westen extra  
Hollenhandball: DHB-Pokal / Viertelfinale  
00.10 Letzte Nachrichten

## NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus  
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler  
18.45 Tagesschau  
19.15 Abenteurer  
Zu Gast in Schleswig-Holstein  
20.00 Tagesschau  
20.15 Welches Wasser fließt  
Deutscher Spielfilm (1983)  
1. Teil: Lena und Nicoline  
21.30 Kulturkonferenz: Sind Frauen wirklich klüger?  
22.30 Zehn Köpfe  
23.30 Letzte Nachrichten  
BAYERN  
18.15 Wagners Erziehung  
Was Gervill ist  
18.45 Nachrichten  
Nachrichten, Berichte, Wettervorhersage  
19.00 heute  
Rebellen der verlorenen (2)  
Fernsehfilm in drei Teilen von Wolfgang Menzinger nach dem Roman von Henry Joeger  
20.25 Kino  
Klettern im Eis der Montmorency Falls von Quebec  
20.45 Wege des Glaubens  
Jüdisches in Christentum  
21.30 Fernsehen  
21.45 Z. E. N.  
21.50 Gloria  
Amerikanischer Spielfilm (1980)  
Drehbuch und Regie: John Cassavetes  
23.45 Nachrichten  
23.50 Aktuelles  
SÜDWEST  
19.25 Tagesschau  
19.30 Nachrichten  
19.35 Die zerkochten Testonen  
Englischer TV-Film  
20.35 Geliebtes Tier  
21.10 Sport unter der Lupe

## Makler

## Garantierte Rendite – in den USA steuerfrei –

Die Gesellschaft Horizons 2000 sucht Makler zur Vermittlung von Kapitalanlage in ihrem Agrarland-Nutzungsprogramm mit einer garantierten 50%igen Rendite des ursprünglich investierten Kapitals am Ende des 5. Jahres. Die Anleger werden garantierte Depotzinsleistungen (CDs) ausgestellt, die bei einer staatlichen US-Behörde versichert sind. Außerdem ist über Generationen hinaus ein Jahresertrag von weit über 30% zu erwarten. Ein Mitarbeiter oder angesehener europäischer Auskunfts hat das Gelände besichtigt und einstimmig begünstigt. Ein Direktor der Gesellschaft steht an folgenden Tagen zur persönlichen Besprechung zur Verfügung:

Berlin	21./22. 5.	Hotel Bristol
Hamburg	22./24. 5.	Hotel Atlantic
Düsseldorf	23./25. 5.	Hotel Intercontinental
Frankfurt	24./26. 5.	Hotel Intercontinental
München	30./31. 5.	Hotel Sheraton

Broschüre und Terminvereinbarung über:

Globe Plan S. A.

AV. Mon Repos 24, CH-1005 Lausanne/Schweiz, Telefon: 21 / 22 35 12  
Telefax: 25 185 – Telex CH

● Direktverkäufer  
● Direktverkaufsorganisationen  
Suchen Sie ein neues Programm?  
Wir können Ihnen einen „Edelstein“ bieten  
Abnehmer: Private, Büros, Praxen, Banken, Heime und Krankenhäuser  
Programm: Ständig aktualisiert  
Katalog: Spitzenqualität  
Provision: o. k.  
Angeb. u. T 6318 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Expandierendes Lebensmittel- und Feinkostimport- und Veredelungsunternehmen sucht bundesweit  
Vertriebsagenturen und Handelsvertreter  
Kontaktaufnahme erbeten über  
Schellmann-Unternehmensberatung  
D-3809 Sechshofen a. d. El., Postfach

Geschäftsleute! Ihr zweites Bein.  
Als Verlagsvermittler erzielen Sie neben Ihrem Geschäft pro Jahr einen Umsatz von ca. DM 235 000,-.  
Sie verdienen dabei ca. DM 130 000,-.  
Voraussetzungen: Kleines Büro, wöchentlich ca. 5-6 Stunden Zeit, etwas Organisationsgeist, sowie Eigenkapital in Höhe von 15 000 DM.  
Der bisherige Beruf spielt keine Rolle, da über Video vermittelt wird. Zum Aufbau einer Vertriebsorganisation suchen wir nur Führungskräfte, die gewillt sind, Geld zu verdienen.  
Zuschriften mit Tel.-Angabe unter S 6317 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EIN RESTPOSTEN AN FEINEN SPIRITUOSEN  
Edelkorn, Weinbrand, Rum etc. steht ganz oder auch teilweise vom Produzenten zum sofortigen Verkauf. Es handelt sich um eine sehr bekannte Qualitätsmarke aus dem norddeutschen Raum, deren Produktion auslaufen ist. Das Volumen besteht aus ca. 120 000 Flaschen in gangbarer Größenordnung.  
Freundliche Kontaktaufnahme erbeten unter V 6320 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Investieren Sie in Mexiko und genießen Sie Ihren Gewinn mühelos  
In der Stadt Mexiko öffnet die erste und einzige Schule im Land ihre Türen für die Lehre von Zahnhygienikern und -pflegern und sucht:  
– Ideenaustausch bezüglich UERRICHT, VERWALTUNG und ORGANISATION  
– Gründung einer Aktiengesellschaft mit deutschen Aktionären.  
Deutsche Kontaktadresse:  
ADOLF AUMILLER  
Jägerallee 16  
3300 BRAUNSCHWEIG  
Tel. 05 31 / 33 90 31  
Dr. René H. Contreras Colla  
Laguna de Guzman 112  
México 11320, D. F.  
MEXICO

## Ireland

For sale: Secluded lakeside house with 50 acres of land. Half mile from lake shore. Situated in picturesque north County Leitrim, Republic of Ireland. Tel. 071-741 97 evenings after 18.00 hours.

Zum Vertrieb von Spezialitäten für naturgemäße Ernährung – hohes Marktvolumen – suchen wir Mitarbeiter/innen auf KG-Gesellschafts-Basis, als selbständige

Leiter einer Verkaufsagentur  
Sie sollten in der Lage sein, Versandhändler anzuwerben und zu betreuen. Die Tätigkeit bringt sehr hohen Gewinn vom Wohnort aus. Nur ausstehende schriftliche Bewerbungen an:  
IFC-BIO 2000, Malszt. 31, 5 München 2

Scheidung droht?  
... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenzgefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren zu sichern Sie vor Vermögensschäden!  
Anfragen, die streng vertraulich behandelt werden, unter K 640 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

## Programmierte Karriere

Sprechen Sie Cobol? Arbeiten Sie gern ganz auf sich gestellt? Haben Sie eine kaufmännische Ausbildung und möglichst auch ein betriebswirtschaftliches Studium? EDV-Erfahrung im Umgang mit Betriebssystemen und Datenfernübertragung? Gute Englisch-Kenntnisse? Wenn Sie dann auch noch zu reisen bereit sind, finden Sie als EDV-Spezialist eine verantwortungsvolle Aufgabe in einem weltweit operierenden, der Schifffahrt eng verbundenen Handelsunternehmen. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 12. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



## Angeboten, ausgebootet

**IZ - Rückblende: Oktober 1983.** Vierausend sorgfältig destillierte Blauhemden begaffen in Ost-Berlins Friedrichstadt-Palast den frisch importierten West-Peacemock Udo Lindenberg. Auf dem Höhepunkt jener von der „DDR+DKP“-GmbH gegängelten Demokampagne gegen die Nachrüstung klappten die Genossen für Momente die Mauer, um Udo II. als „nützlichen Idioten“ (Lenin) fürs Agitprop-Poesie-Album posieren zu lassen. Als Honorar für Lindbergs Kniebeuge vor den Apparatschiks gab es deren leeres Versprechen für eine Sommer-Tournee durch die volkseigenen Gänge in Honeckers Stasi-Idylle.

Es waren jene späten Herbsttage, in denen kampagnenbesetzte Profis-Resolutionäre nach Pankow pilgerten, um immer nur wieder die Pershings zu beschimpfen und dafür ihre genasführte Gesinnungsklientel das SS-20-Schweigen zu lehren. Honecker lächelte mit Petra Kelly um die Wette für die „Tages-

themen“. Wie weit das schon wieder zurückliegt!

Lindenberg kehrte damals beglückt aus „Honey-Land“ (O-Ton Udo) aus heimische Noten-Pult zurück, war es ihm doch gelungen, sein Schallplatten-Marketinghüten wie drüben als Friedensengel zu kaschieren. Sogleich machte sich der rührige Alt-Rocker daran, eine Grußadresse an seine neuen, vom ZK auf Zack gebrachten FDJ-Mägen zu komponieren. Mit dem Rauruck-Song „Hallo DDR“ investierte Lindenberg eine Ladung Streicheleinheiten als Vertrauensvorschuß in die versprochene Rundreise – an die freilich keiner glaubte außer ihm selbst.

Nun stehen die Pershings, und die SS-20-Strategen haben kein Interesse mehr an den gefallenen Friedensengeln. Die nützlichen Idioten sollen jetzt draußen bleiben. Pankow winkte Udo also ab. Lindbergs „neues Angebot“, so ließ die FDJ verlauten, „erscheint uns ungeeignet, es durch die Republikreisen zu lassen“.

Einen Trost hat Udo immerhin: Er hatte recht, als er sich als einen „politisch immer verdammten grünen Jungen“ bezeichnete.

Offenheit der Kunst ja, aber nur wenn sie parteikonform ist: „DDR heute“ in Worpswede und Bremen

## Mit beschränkter Handlungsfreiheit

**M**it dieser Ausstellung möchten wir eine Übersicht über die bildende Kunst der heutigen DDR geben, wie sie in dieser Konzeption und Konzentration erstmalig in der Bundesrepublik zu erhalten ist, lassen die Worpsweder Kunsthalle Friedrich Netzel und die „Freunde und Förderer der Villa Lehn in Bremen e. V.“, in deren Räumen „DDR heute - Malelei/Graphik/Plastik“ zu sehen ist, den Besucher wissen. Außerdem schreiben sie noch: „Wir danken dem Präsidium der Deutschen Demokratischen Partei, das uns die ihr vom Verband Bildender Künstler der DDR zur Verfügung gestellte Ausstellung vorbehaltlos überließ.“

Warum die DKP das „vorbehaltlos“ tun konnte, verrät das Kleingedruckte im Katalog: „Die Zusammenstellung der Ausstellung und die Bearbeitung der Kurzbiographien erfolgte durch den Verband Bildender Künstler der DDR in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kunstausstellungen der DDR.“ Wer nun hofft (oder befürchtet), daß da im Katalog ein paar Worte stehen könnten, die nicht der Sprachregelung der „DDR“ unterliegen, sieht sich schnell eines anderen belehrt. Der einzige Katalogbeitrag stammt von Willi Sitte, dem Präsidenten des „Verbandes Bildender Künstler der DDR“.

Als die Worpsweder Kunsthalle 1978 zum ersten Mal „Malelei und Graphik der DDR“ ausstellte, fand sich im Katalog noch der eingeklebte Zettel: „Dieser Katalog, auf dessen Inhalt wir keinen Einfluß nehmen konnten, wurde vom Verband Bildender Künstler der DDR herausgegeben.“ Heute scheinen solche Vorbehalte unnötig.

Damals waren es 99 Werke von 14 Künstlern, diesmal werden 66 Gemälde, Zeichnungen und Plastiken sowie Graphiken aus sechs Mappen von 53 Künstlern gezeigt. Nur zwei von ihnen – Trautwein Wendisch und Wolfgang Leber – empfingen nicht die höheren Weihen eines „DDR-Künstlers“, die Beteiligung an der „IX. Kunstausstellung der DDR“ 1982/83 in Dresden. Dafür können 28 Kunstwerke in Worpswede und Bremen dieses „Prädikat“ vorweisen.

Das alles macht deutlich, daß es sich hier in erster Linie um eine politische Demonstration und nur in zweiter Linie um eine Kunstausstellung handelt. Das betont auch Willi Sitte: „Das Bedürfnis der Künstler, mit ihren Arbeiten nicht nur in unserem Lande, sondern auch international zu wirken, entsteht aus dem Wunsch, daß ihre Werke, in denen sie sich engagiert mit den Kämpfen um die Erhaltung des Friedens, um So-



Kampf um Frieden und Sozialismus auch im Privaten: „Frühstück“ von S. Gilke, aus der Worpsweder Ausstellung

zialismus und Demokratie in unserer Welt auseinanderzusetzen, auch hinauswirken wollen in die Welt.“ Wobei Sitte natürlich den „Frieden“, den „Sozialismus und die Demokratie“ meint, die in Ost-Berlin, Moskau oder Warschau exekutiert werden.

Als Aufgabe und Funktion des Künstlers in der „DDR“ bezeichnet es der Verbandspräsident, „die Menschen mit sich selbst, mit ihrem Land, ihrer Geschichte in Übereinstimmung zu bringen, ihnen Kraft, Mut und Zuversicht zu vermitteln. Und sie haben dort, wo es nötig ist, zu beunruhigen, zu warnen und zu mahnen. Beide Aufgaben sind politisch.“ Wobei dieses „politisch“ jedoch nicht als Kritik an den politischen Verhältnissen verstanden werden darf. Die Kunst hat das „Schmücke-Dein-Heim“ des Kommunismus zu sein. Künstler, die diesen Frontdienst verweigern – und die gab es immer in der „DDR“ – sind in solchen Devotional-Präsentationen wie in Bremen und Worpswede nicht zu finden. Ihnen läßt die „DDR“ statt dessen Haftstrafen, Ausweisung oder Abschiebung zuteil werden.

„DDR heute“ sagt deshalb nur wenig über die heutige „DDR“. In den Bildern und Plastiken herrscht eine wohlfeile Unveränderlichkeit vor, wie sie für Sittes kraftmeisende, nachts „Bergarbeiter in der Kasse“, Heißigste Version der „Pariser Kommune“ oder die „privaten Mythologien“ in Hochkultur „Hochwasser“ oder Mattheuers „Immerwährender Hoff-

nung“ typisch ist. In solche und andere Bilder läßt sich viel hineininterpretieren. Und da, wo man kritische Ansätze zu erkennen glaubt, weiß die offizielle Interpretation diese Hinweise stets als Brandmarkung des Klassenfeindes zu deuten.

So darf der Künstler mit an den Leib gefesselten Armen, der halb verdeckt hinter anderen symbolischen Figuren auf Arno Rinks „Versuchung“ (die der Katalog weder abbildet, noch verzeichnet) zu erkennen ist, natürlich nicht als Gleichnis für den Künstler in der „DDR“ genommen werden. Und die Tristesse der Großstadtstraßen auf Naria Quevedos oder Konrad Knebeis Gemälden erzählt nicht von der inhumanen Vernachlässigung und dem Verfall der alten Stadtkerne, der für die „DDR“ typisch ist, sondern soll als Bekenntnis zur Heimat verstanden werden.

Da die Offenheit nach außen zwar geklärt, aber nur parteikonform goutiert wird, neigen viele Künstler der „DDR“ zur Nabelschau. Selbstporträts, oft mit bedeutungsgrachtigem Beiwerk, sind ein erstaunlich häufiges Sujet. Da malt sich Gudrun Brüne „Selbst mit Vorbildern“, Rosa Luxemburg, Paula Modersohn-Bekker und Altdorfers „Alexander-Schlacht“ sind die Vorbilder Dagmar Stoev entwirft ihr „Selbstbildnis mit Bildern“, Volker Stelzmann zeigt sich als „Maler und Muse“ und Sigward Gilke mit Frau beim „Frühstück“. Die Maltechniken schwanken zwischen altmeisterlicher oder neusachlicher

Genaugigkeit und einer spätimpressionistischen Färbung. Ein paar Ikonen dürfen nicht fehlen, so der wacker einherschreitende Lenin bei Joachim Jansong oder der mit Heinrich Heine plaudernde Marx von Arno Mohr.

Wenn Sitte die „Vielfalt der Inhalte und Weite der Formen“ beschwört, so ist das lediglich die Verklärung einer Gemischtwarenhandlung mit beschränkter Handlungsfreiheit. Wer keine Vorstellung von der gegenwärtigen Kunst in der „DDR“ hat, wird sie durch diese Ausstellung nicht gewinnen. Was fehlt, sind vor allem die Ansätze zu einem freieren Umgang mit den formalen Mitteln – wie sie z. B. Kurt Teubner, Hermann Glöckner, Günter Kieser oder Klaus-Joachim Albert auf der IX. zeigten.

An Ausstellungen, mit „DDR-Kunst“ mangelt es im übrigen in der Bundesrepublik nicht. Im letzten Jahr waren – nach einer unvollständigen Liste – allein in 22 Städten solche Einzel- und Gruppenausstellungen zu sehen. Dazu kamen noch mindestens acht Ausstellungen, in 13 Städten, an denen ein oder mehrere Künstler aus der „DDR“ beteiligt waren. Da diese Präsentationen entweder mit Hilfe der DKP oder des „Staatlichen Kunsthandels der DDR“ organisiert wurden, waren sie allesamt unkritisch und apologetisch. Auch in dieser Hinsicht ist die Ausstellung in Bremen und Worpswede alles andere als eine Ausnahme (bis 27. Mai; Katalog 20 Mark). PETER DITTMAR

## JOURNAL

### Startschuß für Berliner Kulturforum 1985

**AP, Berlin**  
Voraussichtlich Mitte nächsten Jahres soll im Berliner Tiergarten-viertel mit dem Bau des Kulturforums am Kempnerplatz begonnen werden. Dies beschloß jetzt der Senat in Berlin. Die verabschiedete Konzeption beruht auf Entwürfen des Wiener Architekten Hans Hollein. Nicht verwirklicht werden dagegen Pläne des verstorbenen Baumeisters der Philharmonie, Hans Scharoun. Das Kulturforum soll zur 750-Jahrfeier der Stadt 1987 im wesentlichen fertiggestellt sein. Für die baulichen Maßnahmen sind Gesamtkosten in Höhe von 31,7 Millionen Mark veranschlagt worden.

### „DDR“-Tounee von Udo Lindenberg geplazt

**dpa, Berlin**  
Die für den Sommer dieses Jahres geplante Tournee des Rockstars Udo Lindenberg in der „DDR“ ist geplazt. Der Sänger bedauerte die Absage des „DDR“-Jugendverbandes FDJ. Es tue ihm vor allem für die zugewandten jungen Leute in der „DDR“ leid, wie Lindenberg verlauten ließ, er hoffe aber, daß es irgendwann mal klappt. Er fügte hinzu, er habe klare Bedingungen gestellt: Open-Air-Konzerte, für jeden Interessierten zugänglich, also Karten im freien Verkauf. Darauf hatten die FDJ und ich uns im Oktober vergangenen Jahres auch mündlich geeinigt.

### PEN setzt sich für türkische Autoren ein

**dpa, Darmstadt**  
Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik hat in einem offenen Brief an den Staatspräsidenten der Türkei dafür appelliert, die Strafverfolgung gegen Mitglieder der suspendierten Schriftstellergewerkschaft aussetzen und verurteilte Autoren zu amnestieren. In dem vom PEN-Präsidenten Martin Gregor-Dellin unterzeichneten Schreiben, das in Darmstadt veröffentlicht wurde, wird daran erinnert, daß die Türkei während des Nationalsozialismus zu den Zufluchtsorten für deutsche Intellektuelle gehörte. „Daran erinnern wir uns, wenn wir nun umgekehrt in Ihrem Land zu Unrecht beklagt werden, die für viele unserer Schriftsteller-Kollegen existenzbedrohend sind.“

### 33. Internationale Orgelwoche Nürnberg

**DW, Nürnberg**  
Zum 33. Mal wird in Nürnberg eine Internationale Orgelwoche veranstaltet (23. Juni bis 7. Juli), dazu ein internationaler Orgel-Interpretationswettbewerb um den „Johann-Pachelbel-Preis“. Zur Eröffnung werden Chor und Orchester des Norddeutschen Rundfunks Hamburg unter Roland Baader in St. Sebald Puccinis selten zu hörenden Missa di Gloria aufführen.

### Gold und Silber aus dem Alten Amerika

**T. F. Pforzheim**  
Mehr als 150 seltene Schmuckstücke in „Gold und Silber aus dem Alten Amerika“ zeigt das Schmuckmuseum in Pforzheim. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum Koblenz (wo sie zuerst gezeigt wurde, vgl. WELT v. 17. 10. 1983) und dem Deutschen Goldschmiedehaus Hannover. Die ältesten Stücke stammen wahrscheinlich aus vorchristlicher Zeit. Sie wurden in Peru gefunden. Andere Beispiele kommen aus Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Panama. Die Ausstellung ist bis zum 26. Mai zu sehen.

### Rückblick auf Technische Hochschule von Danzig

**ma, Stuttgart**  
An die Gründung der Technischen Hochschule Danzig vor 80 Jahren, aber auch an ihr geistiges Fortwirken erinnern bis zum 18. Juni eine Ausstellung in der Universitätsbibliothek Stuttgart. Die drei Fakultäten der von Kaiser Wilhelm II. eröffneten Hochschule wurden bis 1945 von 16 000 Studenten besucht. Zu den Professoren gehörte der Nobelpreisträger Butenandt. Die Ausstellungsleitung erbittet Hinweise auf ihr noch unbekannte Dokumente.

### Das Werk des Schweizer Malers Eugen Joldi

**DW, Bern**  
Nach der vom Kunstmuseum Olten ausgerichteten Retrospektive hat nun der Verlag Paul Haupt, Bern, eine Monographie über den Schweizer Maler Eugen Joldi (1894-1968) herausgebracht. Joldi, ein Außenseiter im etablierten Kulturbetrieb, wurde erst in den letzten Lebensjahren zur Kenntnis genommen. Einprägsam sind seine Bilder von Berglandschaften und Industrieanlagen, von Menschen im Alltag der Straße, der Fabrik und des Verkehrs: eine ebenso realistische wie ungemühtliche Interpretation der Wirklichkeit. Der von Andreas Joldi und Peter Koller edierte Band umfaßt 125 Seiten (46 Mark).

### Fontanes Briefe sollen endlich erschlossen werden

## „Sind noch mehr da?“

**Z**u den noch immer nicht voll ausgeschöpften Quellen deutscher Literaturwissenschaft gehören die Briefe Theodor Fontanes. Mit äußerster Sorgfalt kultivierte der Dichter sein Leben lang die Leidenschaft, Briefe an seine Familie, an Bekannte oder Freunde, wie etwa Storm und Heyse, zu schreiben. Seine hinterlassenen Briefschaften sind so zahlreich, daß diese Erbschaft für die Nachwelt noch immer nicht voll zu überschauen ist. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 6000 und 7000 Briefen, während Gotthard Erler, Herausgeber mehrerer Fontane-Briefausgaben in der „Bibliothek deutscher Klassiker“, Berlin/Weimar, ihre potentielle Gesamtzahl gar auf 10 000 schätzt. Man mag es nicht glauben, aber diese Literaturgeschichte – immerhin zählen die Briefe Fontanes zu den Meisterwerken in der Geschichte der Briefliteratur – ist bisher noch nicht erschlossen.

Diese Kultur-Lücke soll nun geschlossen werden, und zwar vom Institut für Deutsche Philologie der Universität München. Koordinator und Spiritus rector der hiermit beauftragten Arbeitsgruppe ist Professor Walter Müller-Seidel, der mit einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt zunächst eine Bestandsaufnahme aller heute verfügbaren Fontane-Briefe erarbeiten will.

Zu seinem Team zählen Experten der Fontane-Forschung: Professor Charlotte Jolles (London), Jutta Neundorff (Berlin) und Rainer Bachmann, der als früherer Mitarbeiter der Nymphenburger Verlagsanstalt, München, erhebliche Vorarbeiten in das Projekt einbringen konnte, da er über rund 4000 auf Karteikarten erfaßte Briefe verfügte.

Der Plan zu diesem Vorhaben wurde erstmals 1975 auf einem in Tutzing veranstalteten Kolloquium über „Probleme der Brief-Edition“ erörtert. Schon damals wurden Postulate an einen solchen Brief-Katalog aufgestellt, der weder Kommentar noch Regesten, aber mit größtmöglicher

Genaugigkeit für jeden einzelnen aufgenommene Brief alle verfügbaren Daten wie Aufbewahrungsort, Absenddatum, Absenderort, Adressat und auch die in den Briefen erwähnten Namen enthalten sollte.

Wie umfangreich die Recherchen sind, kann man daraus ersehen, daß bereits 1905, also sieben Jahre nach dem Tode des Dichters, die erste Sammlung seiner „Familienbriefe“ ediert wurde, denen 1910 als zweite Sammlung die „Briefe an Freunde“ folgten. „Sind noch mehr da?“ Man soll sie herausheben! verlangte Thomas Mann in seinem 1910 in Hardens „Zukunft“ erschienenen Aufsatz. Und 1954, also fast ein halbes Jahrhundert später, kommentierte wiederum Thomas Mann die damals gerade erschienenen „Briefe an Friedländer“, Ausläufer einer Art Fontane-Renaissance: „Es sind Briefe, wie heute kein Mensch sie mehr schreibt, gearbeitete Briefe, in ihrer Privatheit künstlerisch betreut.“

Mittlerweile konnten der Projektleiter und seine Mitarbeiter immerhin rund 6400 dieser Meisterwerke „dingfest“ machen. Die Drucklegung des noch zu erstellenden Gesamt-Briefverzeichnisses soll dann 1985 erfolgen. „Das Verzeichnis wird ein Band von schätzungsweise 1200 Seiten werden, und es ist als Arbeitsinstrument für die Forschung gedacht, solange keine Gesamtbriefausgabe existiert – nicht als bibliophile Gabe für Freunde Fontanes“, so Professor Müller-Seidel.

Im übrigen weist er darauf hin, daß die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der „DDR“ in Sachen Fontane schon seit den sechziger Jahren ganz ausgezeichnet sei. „Wir arbeiten mit starker Unterstützung des Fontane-Archivs in Potsdam, unter anderem nahmen wir an zwei Kolloquien teil.“ Außerdem bereitet Müller-Seidel ein Fontane-Kolloquium der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg v. d. H. vor, das Anfang September stattfinden wird. Wichtigstes Tagungsthema: die Briefe Fontanes. ANNE BORN

### Film: „Der Beginn aller Schrecken ist Liebe“

## Zu Schiff und zu Pferde

**E**n Alltagsdrama: Ein Mann kann sich nicht entschließen, pendelt unentschieden zwischen zwei Frauen. Imraut ist die zosigene „kluge Frau“, die den Mann an der langen Leine läßt, um ihn um so fester wieder an sich zu binden. Freya hingegen ist die „starke Frau“, die an den Partner im Mann appelliert, eine, die mit Argumenten überzeugen will – und natürlich prompt verliert. Männer lieben es nun einmal nicht kompliziert.

Helke Sander, die Regisseurin, ist gleichzeitig auch die Hauptdarstellerin, spielt die Freya in ihrem Film „Der Beginn aller Schrecken ist Liebe“. Diese Freya steckt mitten drin in einer sich auflösenden Beziehung. Sie leidet sichtbar, hörbar, will nicht wahrhaben, daß nun alles zu Ende sein soll. Sie, die so Aktive, fordert verzweifelt Reaktionen heraus, erwartet „Rückkoppelung“. Doch ihr Freund (Lou Castel) – ein weicheicher Typ, der sich als Mitarbeiter bei Amnesty International vehement für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzt – verhält sich bei seinen Love-Stories wenig loyal: Wenn es schwierig wird, entzieht er sich einfach, ohne Rücksicht auf das angelegte Seelen-Gebot. „Ich muß geliebt werden“, gibt er zu seiner Entschuldigung an – und stürzt sich wieder in die nächste Verführung.

Doch Freya ist hartnäckig, eine fast rührende Utopistin. Sie grübelt, stellt alles in Frage, entwirrt sich vor lauter krampfhaften Bemühungen mit ihrer nächsten Umgebung. Doch ihr heftigster Wunsch: „Erklär es mir, das steht mir in einer Demokratie zu“, wird dem Mann ignoriert. Der Anti-Held namens Traugott schweigt. Am Ende schiff er sich mit seiner

neuen Freundin Imraut nach Südamerika ein. Dort will er „neu beginnen“, will sich Wilfried nennen. Während das Schiff langsam die Elbe hinuntergleitet, sät Freya, die sich auf Land gelüftet hat, die Pferde. Es ist eine im Grunde banale Geste, die von der Sander als trokane Lehrgeschichte ausgebaut wird, die in keinem Moment durch Sentimentalität gefährdet ist. Nie sind es saftige Bilder des Lebens, die Unmittelbarkeit ausstrahlen, immer gewollt kühle Konstruktionen, in denen sich all diese emanzipierten Frauen aus Hamburg mit ihren Passionen bewegen wie geborene Statisten.

Ungenießbar wird das Opus aber erst dadurch, daß es die Regisseurin zu Höherem treibt, nämlich hin zur Politik. Die Geschichte einer mißlungenen Zweierbeziehung muß dazu erhalten, wieder einmal den ganzen Katalog linker Reizthemen durchzuhecheln.

Über den ganzen Film hinweg sind Dokumentarkügel aus unserer jüngeren und jüngsten Vergangenheit verstreut, man sieht NS-Aufmärsche, zerbrochene Städte, an die Wände gesprühte Friedensparolen und Kanzler-Visiten. Die Filmemacherin versucht Parallelen zu ziehen, Opfer und Täter werden gesucht und dingfest gemacht.

Wenn dann der Film auch noch vor lauter Women's-Lib-Parolen resolut auf papierene Trockenheit gebracht wird, dann versteht man, warum Traugott das Weiße sucht. Neudeutscher Kinoernst und neudeutsches Emanzipations, das ist einfach zuviel. Da leert sich der Zuschauer im Handumdrehen.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

### Zum Auftakt der „Rheinland-Pfälzischen Musiktage“: Tourneestart des Londoner BBC-Orchesters

## Heiteres Spiel mit Spätwerken und Götterliebungen

**W**er Rheinland-Pfalz für ein Entwicklungsland halten sollte, gleich hinter den sieben Bergen, kann sich den Blickwinkel derzeit korrigieren lassen von der flächendeckenden Kulturoffensive, die im Mai und Juni als „Rheinland-Pfälzische Musiktage“ zum dritten Mal das Land überzieht. Mit rund dreißig Veranstaltungen zwischen Bietdorf und Wörth gehen die Mainzer ein, daß sie zwar ein ganzes Riege von Kulturzentren haben, aber das eine, große, in die ganze Region ausstrahlende nicht. Zudem rücken sie ihrem spezifischen Süd-Nord-Gefälle von dicht besiedelten Süden und menschenarmen Nord, Elbel und Westerwald zu Leibe. Der Prophet kommt zum Berg: Statt die 500 Musikreue in entfernte Konzerthallen zu locken, führt man ihnen das Hundert-Mann-Orchester vor die Tür der Schulaula.

Die 15 000-Seelen-Gemeinde Wittlich, 40 Kilometer vor Trier am Fuße der Vulkaneifel, als Beispiel. Dort begann das Sinfonieorchester der BBC London eine Europatournee durch 17 Städte und vier Länder, und wer davon vier Konzerte allein auf sein ver-

gleichsweise kleines Bundesland zieht, wie das Mainzer Kultusministerium als Oberveranstalter der Musiktage, trägt sicher ein gutes Stück von den Lasten einer solchen Tournee.

Ziemlich neu dürfen die Erfahrungen für beide Teile gewesen sein. Für Sir John Pritchard und seine Mannen, die sicherlich nicht oft in der Atriumhalle eines Gymnasiums spielen. Aber auch die Wittlicher selbst geben sich, wie ihr Bürgermeister versichert, ansonsten mit Kammermusik zufrieden, entwickeln da aber bemerkenswerten Ehrgeiz.

Daß der Rezensent, nachdem er zuvor im zehn Kilometer entfernten Zellingen, unten an der Mosel, den kulturellen Reizen der Landschaft nachgegangen war, später auch der Hotelier unter den Zuhörern sah, gehört ins Bild dieser respektablen rheinland-pfälzischen Kulturinnovation.

Deren Probleme sind denn auch mehr minimalstrategischer Natur: Wie bringt man solch stolzes Orchester auf dem provisorischen Podium unter? Die kleinere Mozart-Besetzung, schön und gut, aber den großen

Klangkörper für Bartóks Concerto für Orchester von 1943? Doch die Professionalität dieser Londoner Musiktage, trägt offenbar überhaupt nicht zu tangieren, nicht einmal von mangelnder Elbogenfreiheit.

Nichts, was nicht auch für ein monatliches Musikzentrum gut genug gewesen wäre: Sir John dirigierte Mozarts „Prager Sinfonie“ mit nachwandlerischem Instinkt für die richtigen lebendig pulsierenden, atmenden Mozart-Tempi. Seine geistige Souveränität strapaziert nicht die Bezüge. Wer Beethovens seinen Schatten auf die dunkle Einleitung zurückwerfen läßt, verkennt da schließlich auch einiges. Pritchard entfaltete die Partitur und ihre syntaktischen Verbindungen, aber durch die solide Faktur hindurch klingt alles auf, was in Mozarts späten Sinfonien die pure, weitzugewandte Heiterkeit des Götterlieblings zunehmend verdrängt.

Das BBC-Orchester steht in der Londoner Orchester-Hierarchie zur Zeit weit oben. Wo sich schon bei Mozart die vorzüglichen Bläser prächtig in Szene setzen konnten, weil Pritchards Anspruch auf klangli-

che Ausgewogenheit in einer höchstens ein wenig taflastigen Akustik kaum Probleme hatte, wieder mehr da noch bei Bartók. Das „Gioco delle coppie“, das Spiel der Paare, geriet zur perfekten Demonstration virtueller Bläserkinste.

Und im übrigen ließ Pritchard keinen Zweifel, daß es sich, die Elegia als Nachwehen oder dunkle Vorahnung von Leid einmal ausgenommen, bei diesem Bartókkonzert um ein Spätwerk von mal sublimierter, mal sich deilig aufspielender Heiterkeit handelt, und solche Serenität hat Pritchard allemal im Griff. Zwischen gestellt war Delius mit seinem Nachstück „Paris – The Song of a great City“ von 1899.

Dreißig Konzerte an mehr als zwanzig verschiedenen Orten mit allerhand Uraufführungen in den kommenden Wochen und in erster Linie „einheimischen“ Orchestern, die kürzlich aufgestockte Staatsphilharmonie an der Spitze: Rheinland-Pfalz geht mit der Musik über die Dörfer. Aber das meint hier ganz gewiß nichts Ehrenrührendes. DIETER SCHÜREN

### Der Film hat mit ihm das Tanzen gelernt: Fred Astaire wird heute 85 Jahre alt

## Er steppte quer über den Kontinent

**I**ch weiß gar nicht mehr, wie alles begann, und ich will es auch gar nicht mehr wissen. Ich will meine Anfänge auch nicht mehr einer Prüfung unterziehen. Ich habe meine Arbeit nie als eine Art Ventil gesehen oder als eine Möglichkeit, mich auszudrücken – Ich tanze.“

Bescheidene Worte, so bescheiden, daß sie schon fast wieder anmaßend wirken. Sie wurden von einem Mann geschrieben, der Filmgeschichte ganz besonderer Art gemacht hat: Fred Astaire. Heute feiert der Tänzer seinen 85. Geburtstag. Sicherlich sind die Sätze auch zu verstehen als endgültige Antwort auf die von Reporter bis zum Überdruß gestellte Frage, wie er denn nun eigentlich zum Tanz gekommen sei. Deshalb also noch einmal in kurzen Zügen die Geschichte: Begonnen hat alles in der New Yorker Tanzschule eines gewissen Ned Wayburn, die Fred Astaire gemeinsam mit seiner Schwester Adele besuchte. Mr. Wayburn – man mag das glauben oder nicht – soll den Stepptanz erfunden haben, und in dem

jungen Fred, der damals 1907, gerade acht Jahre zählte, glaubte er ein besonderes Talent für diese kuriose Mischung aus anglo-irischer Holzschnitzerei und der Musik der Negerklaviers gefunden zu haben.

Nun, Mr. Wayburn hatte sich nicht getäuscht; Fred wurde tatsächlich zum Staptalent der frühen Showbusiness-Jahre. Er änderte den Namen Astaire (der Vater war aus Österreich eingewandert) um in das amerikanische Zungenfell Astaire und steppte quer über den Kontinent nach Hollywood. Dort kreierte er in den Filmen der dreißiger Jahre erstmals etwas, was wirklich den Namen Tanzchoreographie verdient. Vor Astaire hatte es etwas Derartiges nicht gegeben im jungen Film, denn niemand hatte den Tanz als eine dem Medium angemessene Ausdrucksform ernst genommen. Man war froh, daß der Film das Sprechen gelernt hatte, und da man beim Tanzen nicht reden, was das für die neuerfindenden „talkies“ nicht weiter interessant.

Das sollte sich mit Astaire grund-

gend ändern. Die wichtigsten und schönsten Augenblicke in den Filmen, die er im Lauf des nächsten Vierteljahrhunderts drehte, waren die Tanzszenen, in der Regel ohne Schnitte gedreht – die Ausdauer dafür hatte er sich während seiner Bühnenlaufbahn erworben. Diese in einem einzigen „take“ aufgenommenen Nummern, mitunter bis zu zehn Minuten lang, forcierten ihn und seinen Partnerinnen – darunter vor allem der großartigen Ginger Rogers – wahrlich das Letzte ab.

Fred Astaire gehört zu jenen Menschen, die ihre berufliche Karriere alterslos durchlaufen – ein beneidenswerter Umstand in der Welt des schönen Scheins. Ganz offensichtlich hat dieser Mann, dem der Tanzfilm und der Filmstanz so viel zu verdanken haben, ein besonders enges Verhältnis zu Terpsichore. Und zwar so eng, daß in dieser Beziehung kein Platz für einen dritten zu sein scheint. Denn ein ebenbürtiger Nachfolger ist weit und breit nicht zu sehen. RAINER NOLDEN



Mit Terpsichore auf du und du: Fred Astaire FOTO: CAMERA PRESS



Von PETER SCHMALZ

Zwei Wochen beobachteten die Staatsanwälte im oberbayerischen Traunstein die erregte öffentliche Diskussion um den spektakulärsten Todesfall in ihrem Bezirk. Fernsehstationen in Japan und in den USA hatten schon über die Tote am Chiemsee berichtet, ehe die Staatsanwälte ein Aktenzeichen anlegten und gegen den Arzt Julius Hackethal ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Totschlag eröffneten.

Zur Elie bestand ohnehin kein Anlaß. Die einzige Flucht, die der Verdächtige angetreten hatte, war die in die Öffentlichkeit. Und Beweismaterial hat er selbst reichlich für die Ermittler gesammelt. Hackethal hatte auf eigene Kosten ein Kamerateam in seine kurz vor der Eröffnung stehende „Eubios-Klinik“ geholt, um in Bild und Ton festzuhalten, wie die vom Krebs erkrankte Patientin Hermy E. (69) nach drei Operationen und zahllosen Bestrahlungen den Arzt of-

## Sterbehilfe – auch das Recht sorgt für Rätsel

fensichtlich im vollen Besitz ihrer geistigen Kräfte um den erlösenden Todeskampf bat. Er übte mit der im Gesicht entsetzt entstellten Frau das Schlucken, besorgte ihr Gift und ließ sie mit ihrer Ziehtochter und deren Freund allein. Wenig später schrieb er selbst in den Totenschein: „Vergiftung durch Zyankali“. Und verständigte die Polizei.

Julius Hackethal, das enfant terrible der deutschen Medizin, läßt sich durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht erschüttern. Er hat mit ihnen gerechnet. „Ich wollte mich absichern, denn ich mußte ja fürchten, daß man mich zu irgendeinem Zeitpunkt vor den Kadi zerrufen würde“, rechtfertigte er den Film mit der Sterbewilligen. Vor der Aktion hatte er mit dem Münchner Staranwalt Rolf Bossi die möglichen juristischen Konsequenzen besprochen und bei der Gesellschaft für Hu-

manes Sterben nachgefragt, ob ein derartiger Fall ihr gelegen käme.

Er kam. Er war sogar in mehrfacher Weise glänzend getimed. Da ist einmal das neue Haus mit 104 Betten, das Hackethal noch in diesem Monat am Chiemsee eröffnet. „Die schönste Klinik der Welt“, dürfte der Mediziner-Rebell im „Spiegel“ jubeln, wenn er auch versichert: „Ich habe der Frau bestimmt nicht geholfen, um Werbung für meine Klinik zu machen.“

Da war aber gerade auch in München der 101. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, dem Hackethal mit Geschick und Gespür ein Thema aufzwang. Und da steht am 27. Juni die Hauptverhandlung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofes über den Krebserkrankten Arzt Herbert Witig an, der eine 77-jährige Patientin auf deren ausdrücklichen Wunsch nicht am Sterben hinderte. Nach 20

Jahren werden sich Deutschlands höchste Richter erstmals wieder mit dem Problem der Euthanasie befassen. Ein Wort, das in diesem Land besonders belastet ist, seit die nationalsozialistischen Verbrechen das Leben in wert und unwert geteilt und 70 000 geistig und körperlich Behinderte getötet haben.

So werden in nächster Zeit hinter den Schwaden der Emotionalisierung die Konturen der ethischen und der rechtlichen Kompliziertheit der Sterbehilfe deutlich werden.

Selbsttötung ist straflos, falls der Entschluß auf einem frei verantwortlichen Willen beruht, die Tötung eines anderen ist dagegen unter Strafe gestellt. Soweit ist das Gesetzbuch deutlich. Auch beim „Töten auf Verlangen“ zeigt das geltende Recht noch eine erkennbar klare Linie: Nach Paragraph 216 des Strafgesetzbuches wird dies mit einer Strafe zw-

ischen sechs Monaten und fünf Jahren geahndet – und damit milder als der Totschlag. Hier bleibt, wie der Freiburger Professor Albin Eser, Direktor des Max-Planck-Instituts für Strafrecht, vor dem Chirurgenkongreß formulierte, „die grundsätzliche Unverbrüchlichkeit des Fremdtötungsverbots verankert.“

Strafos bleibt dagegen die aktive Beihilfe zur Selbsttötung, falls der Entschluß zum Tod vom Betroffenen selbst zweifelsfrei geäußert wird. Das Recht hat damit „schon manches Rätsel“ aufgegeben. Strafrecht macht sich der Medizin, wenn er die lebenserhaltende Maschine bei einem Unrettbaren abschaltet, strafrei aber geht die Schwester aus, die „vergift“, eine leere Sauerstoffflasche zu ersetzen. Den Karlsruher Richtern steht angesichts der angeheizten Diskussion eine schwere Entscheidung bevor, bei der sie sich durchzuwinden

haben zwischen der Forderung des Herzchirurgen Christian Barnard, der Arzt müsse im Ernstfall die Kompetenz haben, „für den Selbstmord das Rezept zu schreiben“, und der Entscheidung des Deutschen Ärztes von 1981, in der eine Beteiligung des Arztes am Gnadentod „mit aller Entschiedenheit“ abgelehnt wird.

Sie werden aber auch den Gedanken des Strafrechters Eser zu würdigen haben, der bei einer Freigabe der aktiven Euthanasie einen Dammbruch befürchtet: Das Unverbrüchlichkeitsprinzip des Lebensschutzes wäre durchbrochen.

Ob Julius Hackethal mit der Beschaffung des Giftbehalters im Recht war, werden die Ermittlungen und möglicherweise ein Prozeß zeigen. Moralisch aber fühlt sich der streitbare Mediziner unangreifbar. „Diese Qualen zu verlängern“, sagte er, „ist für mich keine Nächstenliebe, sondern bedeutet, Menschen im Stich zu lassen.“ Den Sterbefilm hat der Staatsanwalt gestern sichergestellt.

## Amokläufer im Parlament von Quebec: 3 Tote

Der kanadische Gefreite Denis Lortie (22), der am Dienstagabend im Parlament von Quebec ein Blutbad anrichtete, wollte die frankophone „Quebec-Partei“ auslöschen. Dies geht aus den wirren Erklärungen hervor, die der Amokläufer vor seiner Tat auf einer Tonbandkassette einer örtlichen Rundfunkstation zugesprochen hatte. Im Kugelhagel der Maschinenpistole von Lortie starben drei Menschen, 12 wurden zum Teil schwer verletzt. Nach fünf Stunden konnte er im Keller des Gebäudes, wo er sich mit einer Geisel verschanzt hatte, von der Polizei überwältigt werden. Seinen Haß auf die Quebec-Partei begründete er damit, daß sie der französischen Sprache in der kanadischen Provinz „sehr geschadet“ habe. Auf dem Band kündigte er an, er werde auf jeden schießen, der sich ihm in den Weg stellen sollte.

Inzwischen scheint klar, daß Lortie nicht zurechnungsfähig ist und es sich nicht um eine wohl vorbereitete Aktion handelte. In diesem Fall, so meinen Beobachter, sei es jedoch unerklärlich (die konservative Opposition hat bereits eine entsprechende Anfrage an Verteidigungsminister Jean-Jacques Blais eingereicht), wie der Soldat in der Wartungsabteilung des Militärstützpunktes Carp bei Ottawa beschäftigt sein konnte. Auf diesem Stützpunkt liegt unter anderem auch einer der Atombunker, der im Ernstfall Mitglieder der kanadischen Regierung aufnehmen soll.

### Fischsterben

Ein verheerendes Fischsterben wird seit Montagabend in der Isar oberhalb von Freising beobachtet. Auf einer Flußbreite von 60 Metern trieben Tausende von toten oder unter Atemnot leidenden Äschen, Barben, Weißfischen und Hechten. Die Ursache war gestern noch unklar.

### Notlandung

Eine Lockheed Tristar der Düsseldorf-Fluggesellschaft Lufthansa mit 70 Fluggästen an Bord ist am Dienstag auf dem Flughafen Mallorca problemlos notgelandet. Eine der Turbinen der Maschine hatte kurz nach dem Start Richtung Düsseldorf wegen eines Vogels Feuer gefangen.

### Diebe im Amtssitz

Kunsträuber drangen in den Amtssitz des Madrider Regierungschefs ein. Laut Polizei wurde schon am Wochenende ein auf eine Million Pesetas (rund 20 000 Mark) geschätztes Porträt des Marqués de la Ensenada gestohlen. Es hing in der Nähe des Büros des Ministers beim Ministerpräsidenten, Javier Moscoso.

### Zehn-Millionen-Schaden

Mindestens zehn Millionen Mark Schaden hat das Feuer im Bonner Stadttheater angerichtet, das am 4. Mai vermutlich durch einen Kurzschluß entstanden war. Der Spielplan soll, so ein Sprecher der Stadtverwaltung, durch Improvisation, die Verlegung von Aufführungsterminen und -orten weitgehend aufrechterhalten werden.

### Expres-Konkurrenz

Der Airport-Express der Lufthansa, der täglich viermal den Raum Düsseldorf/Köln mit dem Frankfurter Flughafen verbindet, bekommt Konkurrenz. Von 1985 an will die Deutsche Bundesbahn (DB) auch Rhein-Main in ihr IC-Netz einbeziehen und den Flughafen stündlich mit einem InterCity-Zug ansteuern.

### Verlobung in Brüssel

Prinzessin Astrid von Belgien (21), eine Nichte von König Baudouin, hat sich gestern in Brüssel mit Herzog Lorenz von Österreich-Este (28) verlobt. Nach Mitteilung des Hofes soll die Heirat im Herbst in Brüssel gefeiert werden.

### 7000 Obdachlose

Durch das Erdbeben südlich von Rom sind mehr als 7000 Menschen obdachlos geworden. Nach einer ersten Bilanz der Schäden wurden über 80 Personen verletzt, zehn davon schwer. Die größten Schäden gab es in den Provinzen von Grosseto und in Süd-Latium, von Isernia in Molise und von L'Aquila in den Abruzzen.

### 3 Herzen in 4 Jahren

Einem 37 Jahre alten Engländer wurde gestern innerhalb von vier Jahren das dritte Herz eingepflanzt. Nach Auskunft der Ärzte verlief die Operation im Payworth Hospital nahe Cambridge so erfolgreich, daß der Patient nur einen halben Tag lang künstlich beatmet werden mußte.

### ZU GUTER LETZT

„Ich hätte ihn gern behalten.“ Der Chefportier des Hamburger Bezirksamtes – Wandsbek, Hasemann, laut „Bild“-Zeitung über die Beförderung des Bezirksamtsrates Lange zum Innenminister.

## Ein Schrottplatz strahlt über den Rio Grande

Folgen des Kobalt-Unfalls in Mexiko immer noch unabsehbar

rp1. Mexiko City

„Beim Bäcker und in der Wäscherei halten die Leute Abstand. Von unserem Metzger haben sie sogar verlangt, daß er mir den Laden verbietet. Sie tun, als ob ich eine ansteckende Krankheit hätte.“ Alicia Sotelo aus Ciudad Juarez, der mexikanischen Grenzstadt am Rio Grande, wird behandelt wie eine Aussätzige. Dabei hat sie nichts Ansteckendes – ob sie krank ist, wird sich erst in ein paar Monaten, vielleicht aber auch erst nach vielen Jahren herausstellen. Alicia ist die Frau von Vincente Sotelo, jenes Mannes, der nach Meinung von US-Experten den bisher „schwersten Strahlenschwundfall“ Nordamerikas auslöste (siehe WELT vom 15. März), selber aber auch nur ein Opfer ist.

Der 29-jährige Vincente Sotelo ist Elektriker im Krankenhaus von Ciudad Juarez. Um seinen spärlichen Wochenlohn von 35 Dollar aufzubessern, war er mit der Krankenhausverwaltung übereingekommen, daß er alles, was von der Klinik ausstrahlt, verwerten dürfte. Dazu gehörten auch alte Geräte, die er mit einem Lastwagen des Krankenhauses zum Schrottplatz fuhr. Eines Tages schaffte er auch einen schweren Stahlkanister heran, für den ihm der Schrotthändler zehn Dollar gab. Beide wußten nicht, daß der Kanister Teil eines Kobalt-Bestrahlungs-Gerätes war, wobei bis heute nicht geklärt ist, wie der schwere Behälter zum normalen Schrott geraten konnte.

Tatsache ist jedoch, daß der Kanister mehr als 8000 streichholzgroße Kügelchen des hochradioaktiven Kobalt 60 enthielt. Irgendwann brach der Kanister und Hunderte von Kügelchen rollten über die Ladefläche des Lastwagens, wurden über den ganzen Schrottplatz verstreut. Sie verstrahlten alles in ihrer Umgebung: den Boden, den anderen Schrott, ja, sogar bei den Papieren im Büro des Unternehmens gaben die Geigerzähler später Alarm.

Heraus kam der Unfall nur durch Zufall. Der strahlende Schrott wurde in Stahlwerken in Ciudad, aber auch in 200 Kilometer entfernten Chihuahua weiterverarbeitet. Ein Lastwagen, beladen mit Stahl für eine amerikanische Baustelle, verfuhr sich und geriet auf eine Straße zu einem Atomlabor. Dort schlugen in der Straße eingebaute Meßinstrumente aus. Amerikanische Experten haben, wie berichtet, inzwischen einige Bauteile ausgemacht, in denen der strahlende Stahl verwendet wurde. Unter Umständen müssen mehrere Gebäude, bis hinauf in den hohen Norden der USA, wieder abgerissen werden.

Inzwischen steht auch fest, daß mindestens 20 Arbeiter auf dem Schrottplatz hohe Dosen von Radioaktivität abbekamen. Bei vier von ih-

nen wurden gar Mengen festgestellt, die hundertmal das überstiegen, was als Höchstwert für Beschäftigte in amerikanischen Atomkraftwerken in einem Jahr festgelegt wurde. Einer von ihnen leidet unter ständig entzündetem Zahnfleisch, ein anderer hat ständig Nasenbluten. Ein behandelter Arzt: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie an Krebs erkranken.“

Doch die Arbeiter sind höchstwahrscheinlich nicht die einzigen, die den Strahlen ausgesetzt waren. Nachdem der Kanister aufgebrochen war, stand der völlig verseuchte Lastwagen noch lange Zeit in einem dichtbewohnten Viertel, bevor er, 20 Kilometer von Ciudad Juarez entfernt, mit Stacheldraht und Verbotschildern umzäunt, isoliert wurde. „Auf dem Wagen spielten Kinder“, erinnert sich Sotelo heute, „und da standen Leute dran und unterhielten sich.“

Aber die Seuche verbreitete sich noch weiter. Beim Transport des Schrotts wurden offensichtlich die radioaktiven Kobalt-Kügelchen entlang der Straße zum Stahlwerk in Chihuahua verteilt. Acht kontaminierte Stellen, so Antonio Rotonda, Mitglied der mexikanischen Atom-Kommission, wurden bisher festgestellt. Eine Firma machte Tischbeine aus dem radioaktiven Stahl. Davon war auch eine größere Ladung über die amerikanische Grenze gegangen. Die US-Behörden behaupten heute, die versuchten Lieferungen seien allesamt aufgetrieben und nach Mexiko zurückgeschickt worden. Dies gilt allerdings sicher nicht für rund 500 Tonnen Baustahl, die mit Schiffen in verschiedene Teile der USA gebracht wurden.

Die Behörden auf beiden Seiten der Grenze versichern, man habe die Situation im Griff, die Gefahr sei gering. Nach Informationen des US-Nachrichtendienstes „Time“ sind allerdings Experten auf der Straße nach Chihuahua immer noch mit der Suche nach den Strahlen beschäftigt. Mit Hilfe von hochempfindlichen Detektoren versuche man gar von Spezialflugzeugen aus kontaminierte Gebiete ausfindig zu machen.

Grund genug für die Gewerkschaft der Atom-Arbeiter, heftige Attacken gegen die Nukleare Sicherheitskommission Mexikos zu fahren. Ihr Sprecher Antonio Ponce wirft den Verantwortlichen vor, immer schon zu lax gegenüber Unternehmen gewesen zu sein, die allzu sorglos mit gefährlichem Strahlenschutzmaterial umgegangen seien. Währenddessen versuchen Fachleute den Schrottplatz zu entsäuern. Zur Zeit sind sie dabei, den Boden zentimetertief abzutragen. Sotelo und seinen Nachbarn aber wird langsam klar, daß all das ihnen nicht hilft. Sie haben Angst vor der Zukunft...



Zur Brutstätte des Verbrechens wurden die engen Gassen des „Ilot Chalon“, in die kaum ein Sonnenstrahl dringt.

## Paris zieht mit Planieraupen in den Drogenkrieg am Gare de Lyon

„Ilot Chalon“, eines der gefährlichsten Viertel der Hauptstadt, wird abgerissen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wer in Paris noch nach Erlebnissen sucht, wer wissen will, wie es zugeht, wenn Afrikaner und Araber sich einen Krieg um den einträglichsten Drogenmarkt der französischen Hauptstadt liefern, gegen den die Bandenkämpfe in Chicago der zwanziger Jahre wie Gauner-Komödien wirken. Wer sehen will, wie junge Menschen in dunklen Hauseingängen sich die tödliche Überdosis spritzen, wer den Geruch von Kot, schmutziger Wäsche, Rum und Merges-Würsten für den Duft des Abenteuer hält, und bei all dem noch glaubt, mit heller Haut von seinem Ausflug in die Unterwelt wieder in die Zivilisation zurückkehren zu können, der gehe ins „Ilot Chalon“. Wörtlich: auf das Chalon-Inselchen. Mit „Ilot“ bezeichnet man in Frankreich meist Viertel, in denen es nicht mit rechten Dingen zugeht, die man besser meidet, über die Stadtviertel und Polizeipräferien aus schlechtem Gewissen hinwegsehen, die eben eine „Insel des Bösen“ in einer sonst noch relativ anständigen Welt sind.

„Ilot Chalon“, ein Konglomerat von schiefen, brüchigen Wohnhäusern aus der letzten Jahrhunderthälfte, durchschnitten von schmalen hohen Gassen, in die das Licht der Sonne fällt, liegt unmittelbar neben dem Gare de Lyon, von dem aus täg-

lich Tausende von Passagieren in schnellen und superschnellen Zügen in den sonnigen Midi aufbrechen. Es wurde einst angelegt, um Familien der Angestellten der Staatlichen Eisenbahnen (SNCF) oder Elektrizitätswerke (EDF) billig unterzubringen. Schon damals waren sie ein Skandal. Der erste Plan der Stadt Paris, das fünf Hektar große Viertel abzureißen, stammt aus dem Jahre 1926.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühten sich Einwanderer aus den afrikanischen Kolonien der Insel, wobei sich schnell die handelstüchtigen Senegalesen zu Herren über die rund 6000 erbarmswürdigen Einwohner aufschwangen. Später kamen allerlei gescheiterte Existenzen hinzu, Clochards, entlassene Straßengehänge, Deserteure der Kolonialarmee. In den sechziger Jahren übernahmen die Maghrebiner aus Nordafrika die Herrschaft über die heterogene Inselbevölkerung. Sie waren es, die die Drogen mitbrachten und damit auch den Krieg.

Seit 1970 ist es im „Ilot Chalon“ nie mehr zur Ruhe gekommen. Der mörderische Kampf um die Beherrschung des Drogenmarktes, der sich von Jahr zu Jahr ausdehnte, forderte stets neue Opfer. Niemand weiß genau, wie hoch ihre Zahl ist. Viele drogenabhängige junge Menschen sind auf immerwiedersehen in den Gassen

des Ilots verschwunden. Unter ihnen dem Vernehmen nach auch der junge Prinz Lobkowicz, dessen Leiche Ende April in der Seine gefunden wurde (siehe WELT vom 8. 5.).

Erst seit 1978 wagte sich die Polizei in das Hornissenest. Bei insgesamt 44 Razzien nahm sie zahllose Dealer, Hausbesitzer und illegal eingewanderte Ausländer fest, beschlagnahmte sie lächerliche Mengen von Heroin und Morphium. Aber kaum waren die Beamten verschwunden, nahmen die Händler wieder ihren Platz ein. Mord und Totschlag zwischen Arabern und Afrikanern steht weiterhin an der Tagesordnung. Die letzten gezählten Opfer: ein 34-jähriger Algerier und der 21-jährige französische Student, Christophe Riviere, der sich in das Viertel gewagt hatte und von einer verirrten Kugel am Kopf getroffen, auf dem Bahnsteig des nahen Metro-Bahnhofs „Gare de Lyon“ verblutete.

Immerhin scheint die Geduld der Pariser Stadtväter am Ende zu sein. Bürgermeister Chirac hat am 22. Februar im Stadtrat den Abriss des ganzen Viertels und seine Ersetzung durch einen Park mit 1200 Sozialwohnungen durchgesetzt. Die Arbeiten, auf sechs Jahre angesetzt, haben am letzten Freitag in der Zeit begonnen, in dem Christophe Riviere starb. Vielleicht war er der letzte Tote des „Ilot Chalon“.

## Londoner City macht gegen Mullahs mobil

HELMUT VOSS, London

Londons patriotischstes Massenblatt ließ sich gestern die Gelegenheit nicht entgehen, einem unbeliebten ausländischen Staatsoberhaupt die Leviten zu lesen. „Khomeni“, so der „Daily Express“, „wird bald herausfinden, was ihm jeder britische Mann hätte sagen können: britische Frauen lassen sich nicht einschüchtern.“

Der kernige Kommentar bezog sich auf einen Arbeitskonflikt, der zur Zeit eines der leichteren Tagesthemen in den Finanzbeständen der Londoner City ist. Die iranische Melli-Bank hat den weiblichen Angestellten in ihren Filialen in der City und im Stadtteil Kensington ausgerechnet zu Beginn der warmen Monate zur Auflage gemacht, sich bei der Arbeit mehr auf Mullah-Art herzurichten: dunkle Kleidung, die Haare unter Kopftüchern und die Arme unter langen Ärmeln verborgen, dazu „ein Minimum an Make-up“.

In Kensington, wo hinter den Schaltern nur zwölf vorwiegend ausländische Damen ihrem Tagewerk nachgehen, hat die Belegschaft aus Furcht vor einer Kündigung bereits nachgegeben – wenn auch unter Protest.

„Ich bin Mohammedanerin und lebe seit 24 Jahren in England“, erklärte die mit einem Engländer verheiratete, neuerdings von einem hellgelben Kopftuch teilweise verhüllte Iranerin Shahs Hughes, „ich finde die Anordnung idiotisch.“

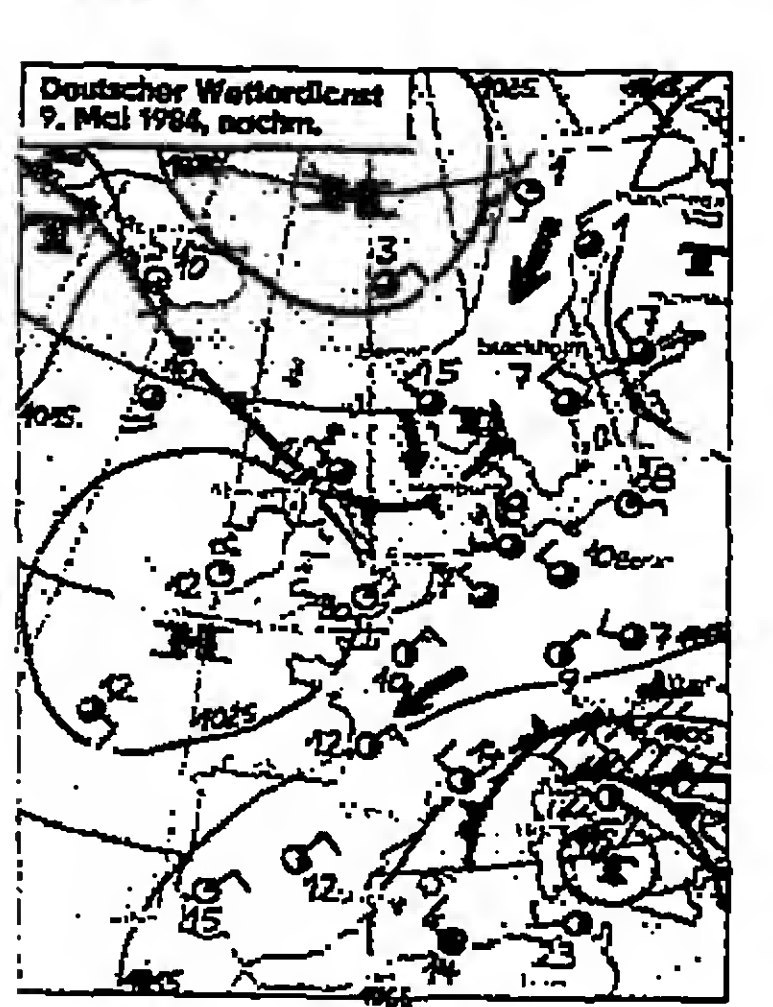
In der Hauptfiliale des iranischen Geldinstitutes in der City, im Zentrum der Stadt, die der Welt den Mini-rock und die „Page-three“-Pin-ups – die leichtbekleideten Mädchen von der Seite drei – beschert hat, tobt hingegen die offene Rebellion. Keine der fünfzig weiblichen Angestellten ist der Aufforderung, sich ab sofort „zuchtiger“ zu kleiden, bisher nach-

„Wo haben wir schließlich vor sechzig, siebzig Jahren die Suffragetten gehabt?“, schimpfte eine Melli-Mitarbeiterin im ärmellosen Sommerkleid im BBC-Fernsehen. Eine Kollegin, gekleidet in ein knappsitzendes, orangefarbenes Kostüm, wetterte: „Ich lasse mir nicht sagen, was ich zur Arbeit anziehen habe. So etwas hat es ja noch nie gegeben.“ Eine dritte Bankangestellte, eine 29-jährige Programmiererin, protestierte: „Ich bin keine Mohammedanerin und sehe nicht ein, warum ich mich wie eine anziehen sollte.“

Außer Englands Karikaturisten freut sich auch die Gewerkschaft für das Bank- und Versicherungswesen über den Ärger bei Melli. „Vor dieser Affäre“, erklärte David Evans gestern der WELT, „waren weniger als 25 Prozent der Melli-Angestellten Mitglieder bei uns. Mittlerweile sind es über 50 Prozent. Notfalls wird es gestreikt.“

## WETTER: Anhaltend kühl

Wetterlage: Mitteleuropa liegt weiter an der Südostflanke eines Hochs über den Britischen Inseln im Zustrom kalter Meeresluft.



Temperatur am Mittwoch, 13. Uhr:  
Berlin 10°, Köln 12°, München 10°, Frankfurt 10°, Hamburg 10°, Leipzig 10°, Stuttgart 10°, Bonn 10°, Köln 12°, München 10°, Frankfurt 10°, Hamburg 10°, Leipzig 10°, Stuttgart 10°, Bonn 10°.

Vorhersage für Donnerstag:  
Bundesgebiet und Berlin: Im Norden stärker wolkig mit gelegentlichen Schauern, im übrigen Bundesgebiet heiter bis wolkig. Tageshöchsttemperaturen zwischen 8 Grad im Norden und 13 Grad in den übrigen Gebieten. Nächliche Tiefwerte zwischen 4 und null Grad, im Süden und in der Mitte örtlich leichter Frost. Schwächer bis mäßiger, tagsüber zeitweise auffrischender Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten:  
Im Süden allmählicher Temperaturanstieg, sonst wenig Änderung, für die Jahreszeit zu kalt.

Nachfolgend die Höchstwerte zu erwarten sind. In den meisten Fällen liegen sie in der Mitte zwischen leichtem Frost und schwacher bis mäßiger, tagsüber zeitweise aufziehender Wind aus Nord bis Nordost.

**Weitere Aussichten**  
 Im Süden allmählicher Temperaturanstieg, sonst wenig Änderung, für die Fahrzeit zu kalt.

**Temperaturen am Mittwoch, 13. Uhr:**

Berlin	10°	Köln	12°
Bonn	10°	Köln	12°
Dresden	9°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	10°
Frankfurt	10°	Madrid	12°
Hamburg	10°	Mallorca	13°
Leipzig	10°	Mallorca	13°
München	10°	Moskau	21°
Stuttgart	10°	Nizza	19°
Budapest	10°	Paris	10°
Bukarest	10°	Prag	7°
Athen	20°	Rom	20°
Barcelona	17°	Stockholm	7°
Brüssel	8°	Tel Aviv	20°
Bukarest	10°	Tunis	23°
Helsinki	10°	Wien	7°
Istanbul	17°	Zürich	10°

\* Sonnentanzung am Freitag: 5.37 Uhr, Untergang 9.01 Uhr, Mondanfang: 16.05 Uhr, Untergang: 4.28 Uhr.  
 \* in MESZ, zentraler Ost Kassel